

# Monatsbericht

## Juni 2017

69. Jahrgang  
Nr. 6

Deutsche Bundesbank  
Wilhelm-Epstein-Straße 14  
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02  
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0  
Durchwahlnummer 069 9566- . . . .  
und anschließend die gewünschte  
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)  
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:  
23. Juni 2017, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



## ■ Inhalt

■ Kurzberichte .....	5
Konjunkturlage .....	5
Wertpapiermärkte.....	8
Zahlungsbilanz.....	9
■ Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Ausblick auf das Jahr 2019 .....	11
<i>Rahmenbedingungen</i> .....	16
■ Zur Ausgestaltung und Umsetzung der europäischen Fiskalregeln .....	29

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum.....	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken .....	20•
Mindestreserven .....	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt .....	50•
Finanzierungsrechnung .....	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland .....	58•
Konjunkturlage in Deutschland .....	65•
Außenwirtschaft .....	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank .....	83*

## Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## Kurzberichte

### Konjunkturlage

#### Grundtendenzen

*Deutsche  
Wirtschaft setzt  
im Frühjahr  
kräftigen Expansionskurs fort*

Die deutsche Wirtschaft dürfte im Frühjahr 2017 den kräftigen Expansionskurs aus dem Winterhalbjahr fortsetzen. Getragen wird die Aufwärtsbewegung derzeit vor allem von der lebhaften Industriekonjunktur, die nicht nur aus dem Inland, sondern auch aus dem Ausland wichtige Impulse erhält. Dies äußert sich auch in der sehr optimistischen Beurteilung der Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe, die laut ifo Institut im Mai auf den höchsten Wert seit Mitte 2011 geklettert ist, sowie in den verbesserten Geschäfts- und Exporterwartungen. Das Aktivitätsniveau im Bauhauptgewerbe dürfte – vor dem Hintergrund des außerordentlich kräftigen Auftragseingangs im Winterhalbjahr 2016/2017 sowie der anhaltend ausgezeichneten Stimmung in der Branche – ebenfalls weiter steigen. Schließlich dürften die Geschäfte der Dienstleister aufwärtsgerichtet bleiben. Hierfür spricht die anhaltende Zunahme der Beschäftigung. Die sehr vorteilhafte Arbeitsmarktlage stützt die Konsumentenstimmung und ist eine wesentliche Grundlage dafür, dass der private Verbrauch seine Rolle als wichtiger Eckpfeiler des Aufschwungs beibehält.

#### Industrie

*Industrielle  
Erzeugung den  
vierten Monat in  
Folge aufwärtsgerichtet*

Die Industrieproduktion legte im April gegenüber dem deutlich aufwärtsrevidierten Vormonat mit saisonbereinigt  $\frac{1}{2}\%$  spürbar zu. Damit setzte sich die Expansion der industriellen Fertigung bereits den vierten Monat in Folge fort, sodass der Stand des Winterquartals 2017 erheblich überschritten wurde (+1%). Dabei konnten insbesondere die Produzenten von Datenverarbeitungsgeräten sowie elektronischen und optischen Erzeugnissen vom kräftigen Aufwärtstrend profitieren (+4%). Eher schwunglos entwickelte sich hingegen die

Erzeugung in der Kfz-Branche, die das Niveau des Winterquartals knapp verfehlte ( $-\frac{1}{4}\%$ ). Insgesamt stieg die Ausbringung der Investitionsgüter jedoch deutlich ( $+\frac{3}{4}\%$ ). Noch stärkere Produktionszuwächse konnten die Vorleistungsgüterhersteller ( $+1\frac{1}{2}\%$ ) verbuchen. Die Produktion der Konsumgüter nahm mit  $\frac{1}{4}\%$  nur leicht zu.

Der Zufluss an neuen Aufträgen für die Industrie lag im April saisonbereinigt um 2% niedriger als im Vormonat. Damit wurde auch der Stand des ersten Vierteljahres 2017 leicht unterschritten ( $-\frac{1}{4}\%$ ). Der Dämpfer war vor allem auf schwunglose Großbestellungen zurückzuführen, die typischerweise recht diskontinuierlich eingehen. Ohne Großaufträge gerechnet verzeichnete das Ordervolumen mit  $1\frac{1}{4}\%$  nämlich einen erheblichen Zuwachs gegenüber dem Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres. In regionaler Hinsicht belastete der Mangel an Großaufträgen insbesondere den Ausweis der Bestellungen aus Drittstaaten außerhalb des Euroraums ( $-2\%$ ). Auf deutlich gesteigertes Kaufinteresse stießen dagegen deutsche Erzeugnisse bei Kunden innerhalb des Euro-Währungsgebiets ( $+2\%$ ). Der inländische Auftragseingang verharrte auf Vorquartalsniveau. Im Hinblick auf die Branchenentwicklung erhöhte sich die Nachfrage nach Vorleistungsgütern merklich ( $+\frac{1}{2}\%$ ). Ganz erheblich stieg der Auftragszufluss bei den Konsumgüterproduzenten ( $+3\frac{1}{2}\%$ ). Demgegenüber verbuchten die Investitionsgüterhersteller deutlich weniger neue Orders ( $-1\%$ ), ohne Großaufträge wurde aber auch hier ein Plus verzeichnet.

*Auftragsminus  
wegen  
fehlender Großbestellungen*

Die Umsätze in der Industrie stiegen im April – der günstigen Industriekonjunktur folgend – saisonbereinigt im Vormonatsvergleich kräftig an ( $+1\frac{1}{2}\%$ ) und übertrafen deutlich den Durchschnitt des ersten Quartals 2017 ( $+1\frac{3}{4}\%$ ). Dabei fiel das Absatzplus gegenüber dem ersten Vierteljahr breit verteilt aus: Die Umsätze legten sowohl in allen wichtigen Gütergruppen – bei

*Umsätze und  
Ausfuhren im  
Einklang mit  
günstiger  
Industriekonjunktur*



## Arbeitsmarkt

*Beschäftigungsdynamik zuletzt abgeschwächt*

Die Beschäftigungsdynamik, die im Herbst und Winter sehr hoch gewesen war, schwächte sich zuletzt ab. Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland erhöhte sich im April 2017 in saisonbereinigter Berechnung um 31 000 gegenüber dem Vormonat, nach monatsdurchschnittlich + 61 000 im Winterhalbjahr 2016/2017. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat war mit einer Rate von 1,5% – dahinter steht ein Plus von 652 000 Beschäftigten – außerordentlich kräftig. Hinter der günstigen Entwicklung stand ganz überwiegend die Expansion der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung: Während der Vorjahresvergleich in der wichtigsten Beschäftigungsform mit + 734 000 sogar noch höher ausfiel, ging die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten sowie der Selbständigen weiter zurück. Die Frühindikatoren der Arbeitsnachfrage, insbesondere das ifo Beschäftigungsbarometer sowie das Arbeitsmarktbarometer Beschäftigung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), sind weiterhin sehr hoch. Gleichwohl fällt auf, dass dem stetig steigenden Bestand an offenen Stellen, die bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldet sind, kein entsprechend erhöhter Stellenumschlag gegenübersteht. Dies deutet auf zunehmende Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung hin.

*Registrierte Arbeitslosigkeit etwas gesunken*

Die Arbeitslosigkeit ging im Mai 2017 gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt leicht zurück. Bei der BA waren nach Ausschaltung jahreszeitüblicher Schwankungen 2,54 Millionen Personen arbeitslos gemeldet. Die zugehörige Quote verringerte sich auf 5,7%. Verglichen mit dem Vorjahresmonat sank die Zahl der Arbeitslosen um 166 000 und die Quote um 0,4 Prozentpunkte. Die gesamte Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), die auch Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen mitzählt, verminderte sich zuletzt in ähnlichem Maß. Dies deutet darauf hin, dass es keine starken Verschiebungen beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gab, nachdem diese im Laufe des letzten Jahres im Zuge der Flücht-

lingsintegration deutlich ausgeweitet worden waren. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte in den kommenden Monaten dem Arbeitsmarktbarometer des IAB zufolge weiter leicht sinken.

## Preise

Die Rohölnotierungen unterschritten im Mai trotz der Einigung der OPEC, Förderkürzungen beizubehalten, den Stand vom April 2017 um etwa 5%, unter anderem wegen der nach wie vor hohen Lagerbestände. In den ersten drei Wochen des Juni gaben die Preise für Rohöl weiter deutlich nach. Zum Abschluss dieses Berichts notierte das Fass Brent bei 46 US-\$. Der Aufschlag für zukünftige Rohöllieferungen betrug bei Bezug in sechs Monaten 1¼ US-\$ und bei Lieferung in 12 Monaten 2¾ US-\$.

*Rohölnotierungen im Durchschnitt niedriger*

Die Einfuhren verteuerten sich im April insgesamt saisonbereinigt geringfügig, wobei Preissenkungen bei Energie leichten Preissteigerungen bei anderen Gütern gegenüberstanden. Die gewerblichen Erzeugerpreise, für die bereits Angaben für Mai vorliegen, bewegten sich im Mittel der Monate April und Mai insgesamt und ohne Energie ebenfalls leicht nach oben. Der Vorjahresabstand verharrte bei den Einfuhren zuletzt bei etwas über 6% und bei den gewerblichen Erzeugnissen bei rund 3%.

*Anstieg der Einfuhr- und Erzeugerpreise ohne Energie hält an*

Die Verbraucherpreise (HVPI) blieben im Mai saisonbereinigt unverändert. Die Preise für Energie gaben infolge der niedrigeren Rohölnotierungen nach, und Nahrungsmittel verteuerten sich kaum. Die Preise für Industriegüter ohne Energie und für Dienstleistungen stiegen dagegen etwas. Der Vorjahresabstand des HVPI verringerte sich auch wegen der späten Lage von Ostern und Pfingsten in diesem Jahr insgesamt von 2,0% auf 1,4% (VPI 1,5%, nach ebenfalls 2,0%) und ohne Energie und Nahrungsmittel von 1,6% auf 1,1%. In den kommenden Monaten dürfte die Gesamtrate das Niveau von Mai etwa beibehalten.

*Verbraucherpreise insgesamt mit Seitwärtsbewegung*





*Aktivsaldo im  
Warenhandel  
vermindert*

auf 20,6 Mrd € im April. Dabei gaben die Warenexporte stärker nach als die Warenimporte.

*Salden bei den  
„unsichtbaren“  
Leistungs-  
trans-  
aktionen ver-  
schlechtert*

Die „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen wiesen im April ein Defizit von 5,5 Mrd € aus, nach einem Aktivsaldo von 3,1 Mrd € im März. Zu diesem Umschwung haben sowohl niedrigere Nettoeinnahmen bei den Primäreinkommen als auch die Ausweitung des Passivsaldos bei den Sekundäreinkommen beigetragen. Die Nettoeinkünfte bei den Primäreinkommen gingen um 2,8 Mrd € auf 4,0 Mrd € zurück. Das hing im Wesentlichen mit höheren Dividendenzahlungen an Gebietsfremde zusammen. Das Defizit bei den Sekundäreinkommen stieg um 5,8 Mrd € auf 8,3 Mrd €, da die Einkünfte ab- und die Ausgaben zunahmen. Demgegenüber blieb das Defizit in der Dienstleistungsbilanz in Höhe von 1,2 Mrd €, nach 1,3 Mrd € im März, nahezu unverändert. Hier verkürzten sich beide Bilanzseiten in beinahe gleichem Umfang. Dazu haben bei den Einnahmen vor allem EDV-Dienste sowie sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen und bei den Ausgaben neben dem Reiseverkehr die Bereiche Transport und ebenfalls sonstige unternehmensbezogene Dienste beigetragen.

*Kapitalexporte  
im Wertpapier-  
verkehr ...*

Im April prägten nicht zuletzt die erste Runde der Präsidentschaftswahlen in Frankreich und die weiterhin expansive Geldpolitik des Eurosystems das Geschehen an den europäischen Finanzmärkten. Alles in allem kam es im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr Deutschlands zu Netto-Kapitalexporten in Höhe von 15,6 Mrd €. Ausschlaggebend dafür waren die Abgaben deutscher Wertpapiere durch ausländische Halter (14,5 Mrd €). Diese trennten sich – vor dem Hintergrund der Wertpapierkäufe der Bundesbank im Rahmen des Ankaufprogramms für Vermögenswerte – per saldo in erster Linie von Anleihen öffentlicher Emittenten (12,0 Mrd €) sowie von Geldmarktpapieren (3,7 Mrd €) und Investmentzertifikaten (1,1 Mrd €). Lediglich die Bestände an Aktien deutscher Unternehmen in den Händen ausländischer Halter stiegen im Berichtszeitraum an (2,4 Mrd €). Gebietsansässige Anleger erhöhten in der

Summe ihre Bestände an ausländischen Wertpapieren leicht (1,0 Mrd €). Sie kauften per saldo Investmentzertifikate (3,8 Mrd €) und Schuldverschreibungen (2,5 Mrd €). Die Bestände der Schuldverschreibungen stiegen in erster Linie durch den Erwerb von in Euro denominierten Anleihen (2,4 Mrd €). Deutsche Investoren trennten sich dagegen per saldo von ausländischen Dividentiteln (5,3 Mrd €).

Im Bereich der Direktinvestitionen kam es im April ebenfalls zu Netto-Kapitalexporten, und zwar in Höhe von 5,8 Mrd €. Maßgeblich hierfür war, dass ausländische Investoren gebietsansässigen Unternehmen per saldo Direktinvestitionsmittel entzogen (4,9 Mrd €), vor allem im Rahmen des konzerninternen Kreditverkehrs (6,7 Mrd €). Dagegen stockten sie ihr Beteiligungskapital in Deutschland auf (1,8 Mrd €). Umgekehrt bauten hiesige Firmen per saldo ihre Beteiligungen im Ausland leicht aus (0,9 Mrd €). Dabei stand einer Aufstockung des Beteiligungskapitals im Ausland (6,8 Mrd €) eine Rückführung konzerninterner grenzüberschreitender Kredite gegenüber (5,9 Mrd €).

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der sowohl Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen) als auch Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, waren Netto-Kapitalimporte in Höhe von 3,6 Mrd € zu verbuchen. Diese entstanden ausschließlich bei den Nichtbanken durch Netto-Kapitalimporte aufseiten des Staates (3,3 Mrd €) sowie der Unternehmen und Privatpersonen (0,3 Mrd €). Im Bankensystem standen den Netto-Kapitalimporten der Monetären Finanzinstitute (34,6 Mrd €) Netto-Kapitalexporte über die Konten der Bundesbank in gleicher Höhe gegenüber. Die Mittelabflüsse aufseiten der Bundesbank wurden dadurch getrieben, dass gebietsfremde Institutionen Einlagen abzogen (20,2 Mrd €) und die TARGET2-Forderungen weiter anstiegen (13,7 Mrd €).

Die Währungsreserven der Bundesbank blieben im April 2017 – zu Transaktionswerten gerechnet – nahezu unverändert.

*... wie auch bei  
den Direkt-  
investitionen*

*Hingegen  
Mittelzuflüsse  
im übrigen  
Kapitalverkehr*

*Währungs-  
reserven*

## Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Ausblick auf das Jahr 2019

*Der Aufschwung in Deutschland dürfte im Projektionszeitraum anhalten. Dank der sehr guten Arbeitsmarktlage sorgt der private Konsum im Verbund mit der Nachfrage des Staates und den Wohnungsbauinvestitionen weiterhin für ein solides Grundtempo. Zudem stützen die Exporte und wieder steigende Unternehmensinvestitionen das Wachstum. Somit ergibt sich das Szenario einer breit angelegten, recht kräftigen Aufwärtsbewegung. Allerdings dürften sich zunehmend Angebotsengpässe am Arbeitsmarkt bemerkbar machen, was nicht nur den Lohnanstieg verstärken sollte, sondern auch tendenziell die Wachstumsmöglichkeiten begrenzt.*

*Unter diesen Voraussetzungen könnte das kalenderbereinigte reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,9%, im kommenden Jahr um 1,7% und im Jahr 2019 um 1,6% zulegen. Damit überträfe das Wirtschaftswachstum weiterhin die Zunahme des Produktionspotenzials. Der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten, der bereits im vergangenen Jahr über dem Normalmaß lag, würde sich deutlich erhöhen.*

*Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich im laufenden Jahr wegen der wieder gestiegenen Rohölnotierungen und Nahrungsmittelpreise sprunghaft verstärken. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex könnte die Inflationsrate von 0,4% im Vorjahr auf 1,5% im laufenden Jahr anziehen, sich im Jahr 2018 geringfügig auf 1,4% ermäßigen und sich im Jahr 2019 auf 1,8% verstärken. Bei diesem Profil spielt eine wichtige Rolle, dass sich die Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln den Annahmen folgend vor allem im kommenden Jahr wieder erheblich abschwächen wird. Dies überlagert die aufwärtsgerichtete zugrunde liegende Preistendenz, die sich in dem erwarteten graduellen Anstieg der Rate ohne Energie und Nahrungsmittel von 1,3% im laufenden Jahr bis auf 1,9% im Jahr 2019 zeigt.*

*Die Lage der Staatsfinanzen bleibt günstig. Ohne grundlegende Politikänderung sind im Projektionszeitraum merkliche Überschüsse angelegt. Zwar ist die Ausgabenpolitik expansiv ausgerichtet. Allerdings entlasten die gute Konjunktur und sinkende Zinsausgaben die Staatshaushalte. Die Schuldenquote könnte im Jahr 2019 – erstmals seit dem Jahr 2002 – wieder unter die 60%-Marke fallen.*

*Im Vergleich zur Projektion vom Dezember 2016 wird durchgängig ein etwas höheres Wirtschaftswachstum erwartet. Bezüglich der Inflationsprognose ergibt sich aufgrund des temporären Anstiegs der Energie- und Nahrungsmittelpreise für das laufende Jahr eine um 0,1 Prozentpunkte höhere und für die kommenden Jahre eine um 0,3 beziehungsweise 0,1 Prozentpunkte geringere Rate. Die Erwartungen hinsichtlich der Rate ohne Energie und Nahrungsmittel wurden hingegen für die Jahre 2018 und 2019 geringfügig nach oben revidiert.*

## ■ Konjunktureller Ausblick<sup>1)</sup>

*Verstärktes  
Wirtschafts-  
wachstum im  
Winterhalbjahr*

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland verstärkte sich im Winterhalbjahr 2016/2017. Das durch die schwungvolle Erholung des Welthandels angetriebene kräftige Exportwachstum führte zu einer deutlichen Belebung der Industriekonjunktur und zu einem Umschwung bei der zuvor rückläufigen gewerblichen Investitionstätigkeit. Damit kamen weitere Impulse für den bisher vor allem vom Konsum und den Wohnungsbauinvestitionen getragenen Aufschwung hinzu. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte im Schlussvierteljahr 2016 und im ersten Vierteljahr 2017 insgesamt saison- und kalenderbereinigt um gut 1% zu und damit annähernd so stark wie in der Projektion vom Dezember 2016 erwartet.<sup>2)</sup>

*Kurzfristig hohe  
konjunkturelle  
Dynamik*

Anders als in der vorangegangenen Projektion unterstellt, dürfte sich das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo im vergangenen Winterhalbjahr nicht nur vorübergehend verstärkt haben. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die derzeitige konjunkturelle Grundtendenz etwas kräftiger ist als zuvor erwartet. Hierfür spricht unter anderem die Erholung der globalen Handelsaktivität, die im Dezember noch nicht so rasch und in diesem Umfang erwartet worden war. Dazu passt, dass sich die ohnehin sehr gute Stimmung nicht nur bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, sondern auch bei den Unternehmen weiter verbesserte. Dies gilt insbesondere für das exportorientierte verarbeitende Gewerbe, dessen Meldungen zu den kurzfristigen Produktions- und Exporterwartungen sich gemäß den Umfragen des ifo Instituts im deutlich expansiven Bereich bewegen. Auch die vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) erhobenen Erwartungen für die kommenden 12 Monate hellten sich spürbar auf. Hinsichtlich der Exportperspektiven zeigte sich erstmals seit dem Jahr 2014 wieder eine über dem langfristigen Mittelwert liegende Bewertung.

*Aufschwung  
setzt sich fort*

Auch mittelfristig ist mit einer Fortsetzung des Aufschwungs zu rechnen. Das Exportwachstum

wird wohl kräftig bleiben, obwohl es sich im Einklang mit der unterstellten leicht moderateren Expansion der Absatzmärkte etwas beruhigen sollte. Zudem sorgt die Binnenkonjunktur für ein unverändert solides Grundtempo. Eine wichtige Stütze bleibt dabei der private Konsum. Bei – im Vergleich zu den beiden Vorjahren – wieder höheren Inflationsraten ist hier die sehr gute Arbeitsmarktlage ausschlaggebend. Die nach wie vor lebhaften Wohnungsbauinvestitionen könnten zwar angesichts des bereits erreichten Niveaus an Schwung einbüßen, dafür sollten weiter deutlich ansteigende Unternehmensinvestitionen allerdings einen gewissen Ausgleich bieten. Angebotsbeschränkungen auf dem Arbeitsmarkt machen sich aber zunehmend bemerkbar und beginnen, einen dämpfenden Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Expansion auszuüben.

Insgesamt ergibt sich damit das Bild eines breit getragenen, recht kräftigen Aufschwungs mit leicht nachgebenden Wachstumsraten. Nach einem Anstieg um 1,9% im laufenden Jahr dürfte das kalenderbereinigte reale BIP im kommenden Jahr um 1,7% zulegen. Im Jahr 2019 könnte sich das Expansionstempo weiter leicht auf 1,6% ermäßigen. Ohne die Bereinigung um kalendarische Effekte ergibt sich im laufenden Jahr wegen der im Vergleich zum Vorjahr geringeren Zahl an Arbeitstagen eine niedrigere Wachstumsrate von 1,6%.<sup>3)</sup> Im kommenden Jahr ist der Kalendereffekt hingegen neutral, und im Jahr 2019 drückt er die Rate leicht auf 1,5%. Im Vergleich zur Projektion vom Dezember 2016 wird damit durchgängig ein etwas höheres BIP-Wachstum erwartet. Darin kommt vor allem zum Ausdruck, dass die derzeitige konjunkturelle Grundtendenz nunmehr etwas

*Wirtschaft  
wächst  
voraussichtlich  
kräftiger als im  
Dezember 2016  
erwartet*

<sup>1</sup> Die hier vorgestellte Vorausschätzung für Deutschland wurde am 23. Mai 2017 abgeschlossen. Sie ist in die am 8. Juni 2017 von der EZB veröffentlichte Projektion für den Euroraum eingegangen.

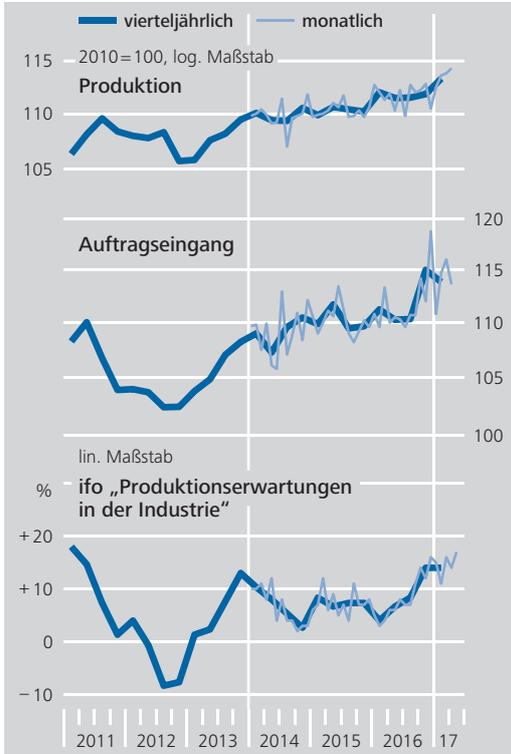
<sup>2</sup> Siehe: Deutsche Bundesbank, Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Ausblick auf das Jahr 2019, Monatsbericht, Dezember 2016, S. 15–32.

<sup>3</sup> Dabei spielt im laufenden Jahr auch eine Rolle, dass der Reformationstag aufgrund des 500-jährigen Jubiläums dieses Jahr in allen Bundesländern als Feiertag begangen wird.



## Industrie

saisonbereinigt



Deutsche Bundesbank

## DIHK-Umfrage

Salden aus guten und schlechten Urteilen, Monatswerte, in %



Deutsche Bundesbank

aus der Europäischen Union (EU) die Nachfrage nach Investitionserzeugnissen der deutschen Industrie von Ländern außerhalb des Euroraums schmälern. Die deutschen Ausfuhren würden dabei über die reinen Absatzmarkteffekte hinaus gedämpft, da die deutsche Wirtschaft in beide Länder in großem Umfang Investitionsgüter exportiert. Allerdings könnte dem entgegenwirken, dass sich der globale Investitionszyklus verstärken dürfte und die deutsche Wirtschaft zudem im Vergleich zu den Handelspartnern außerhalb des Euroraums an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewinnt.

Im Folge der Nachfragebelebung in der Industrie überwandene die Unternehmen ihre zögerliche Investitionsneigung und investierten zu Jahresbeginn wieder deutlich mehr in Ausrüstungen. Auch die gewerblichen Bauinvestitionen wurden kräftig ausgeweitet. Da sich die Absatzperspektiven nach wie vor gut darstellen und auch die Finanzierungskonditionen ausgesprochen günstig bleiben, sollte sich die Aufwärtsbewegung bei den Unternehmensinvestitionen in den kommenden Quartalen und darüber hinaus fortsetzen. Dies steht im Einklang mit den vom DIHK erhobenen Investitionsabsichten der Unternehmen, die sich zuletzt merklich erhöhten. Im Verlauf des Projektionszeitraums dürften bei steigender Nachfrage nach industriellen Exportgütern und einer zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Auslastung neben Ersatz- und Modernisierungsvorhaben vermehrt Erweiterungen von Produktionskapazitäten anstehen.

*Umschwung bei den Unternehmensinvestitionen*

Der Wohnimmobilienmarkt ist trotz der deutlichen Ausweitung des Bestandes in den letzten Jahren weiterhin durch einen Nachfrageüberhang gekennzeichnet. Zur expansiven Grunddynamik tragen die günstigen Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte sowie die niedrigen Finanzierungskosten bei. Impulse kommen zudem von der nach wie vor hohen arbeitsmarktorientierten Zuwanderung sowie der seit einigen Jahren zunehmenden Bevölkerungskonzentration in den Ballungsräumen. Dementsprechend weiteten sich die Woh-

*Wohnungsbau mit hoher, aber leicht nachlassender Dynamik*



## Rahmenbedingungen

Die hier vorgelegte Projektion basiert auf Annahmen über die Weltwirtschaft, die Wechselkurse, die Rohstoffpreise und die Zinssätze, die von Fachleuten des Eurosystems festgelegt wurden. Ihnen liegen Informationen zugrunde, die am 16. Mai 2017 verfügbar waren. Die Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum ergeben sich aus den Projektionen der nationalen Zentralbanken der Euro-Länder. Hinsichtlich der Finanzpolitik beziehen diese alle Maßnahmen ein, die verabschiedet sind oder die bereits hinreichend spezifiziert wurden und deren Umsetzung wahrscheinlich erscheint.

### **Weltwirtschaft gefestigt, Welthandel deutlich belebt**

Das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamte sich zwar zu Beginn des Jahres 2017 leicht, grundsätzlich scheint aber eine Fortsetzung der gefestigten konjunkturellen Aufwärtsbewegung wie bereits in der Dezember-Projektion erwartet angelegt. Für die Fortgeschrittenen Volkswirtschaften (ohne den Euroraum) wird nun sogar eine etwas höhere Expansionsrate unterstellt. Vor allem für die Vereinigten Staaten von Amerika werden die wirtschaftlichen Perspektiven günstiger eingestuft. Zwar dämpften dort schwache private Konsumausgaben und ein Umschwung in der Vorratsdynamik das Wirtschaftswachstum im ersten Vierteljahr 2017. Für den weiteren Jahresverlauf werden aber wieder höhere Zuwachsraten erwartet. Zudem wird unterstellt, dass die US-Konjunktur besonders in den Jahren 2018 und 2019 von Steuersenkungen und zusätzlichen öffentlichen Infrastrukturausgaben profitieren wird.<sup>1)</sup> Im Vereinigten Königreich mehren sich allerdings inzwischen die Anzeichen für eine nachlassende Dynamik nach dem robusten Wirt-

schaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte 2016. Vor dem Hintergrund der Unsicherheit über den Gang der Verhandlungen zum Austritt des Landes aus der Europäischen Union (EU) wird für die kommenden beiden Jahre mit einem schwächeren Wirtschaftswachstum gerechnet. Die Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität wird aus heutiger Sicht aber wohl weniger stark ausfallen als noch in der Dezember-Projektion erwartet.

In den Schwellenländern festigte sich das Expansionstempo zuletzt. Hierzu trug bei, dass sich die Rohstoffmärkte erholten und die Belastungen durch Anpassungen in diesem Sektor nachließen. Die Abwärtsbewegungen in Russland und Brasilien scheinen beendet zu sein. Für die aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaften wird eine Fortsetzung des derzeitigen Wachstumstempos erwartet. Dabei könnte eine graduelle Abschwächung in China von einer dynamischeren Entwicklung anderer Länder weitgehend kompensiert werden. Für die aufstrebenden Volkswirtschaften zusammen wird – ähnlich wie in der Einschätzung vom Dezember – für die kommenden Jahre eine leicht steigende Wachstumsrate erwartet. Insgesamt dürfte die Weltwirtschaft (ohne den Euroraum und bei Gewichtung mit Kaufkraftparitäten) im laufenden Jahr um 3½% wachsen, nach einem Plus von 3¼% im Vorjahr. Für die kommenden beiden Jahre wird

---

<sup>1</sup> Der hier unterstellte Umfang dieser wirtschaftspolitischen Maßnahmen beträgt etwa 1% des US-BIP. Der von der US-Regierung Ende April vorgelegte – zum Teil wenig spezifische – Entwurf für eine umfassende Steuerreform würde einen wesentlich höheren fiskalischen Impuls bedeuten. In der zweiten Maihälfte – und damit nach Festlegung der Prognose-Annahmen – wurden aber auch Vorschläge für Ausgabenkürzungen veröffentlicht. Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank, Zu den makroökonomischen Effekten der geplanten Steuerreform in den Vereinigten Staaten, Monatsbericht, Mai 2017, S. 13–15.

mit Zuwachsraten von jeweils  $3\frac{3}{4}\%$  gerechnet.

Der Welthandel expandierte im Winterhalbjahr deutlich stärker als in der vorangegangenen Projektion angenommen. Für die kommenden Jahre wird erwartet, dass der Schwung etwas nachlassen wird, die Dynamik aber etwas höher als in der Dezember-Projektion sein dürfte. Im laufenden Jahr wird für den internationalen Handel (ohne den Euroraum) mit einem Zuwachs von  $4\frac{1}{2}\%$ , 2018 mit einem Plus von  $3\frac{3}{4}\%$  und 2019 mit einer Ausweitung um 4% gerechnet.

### Technische Annahmen der Prognose

Nachdem die Rohölnotierungen im Dezember 2016 auf knapp 56 US-\$ je Fass angezogen und für mehrere Monate um dieses Niveau geschwankt hatten, gaben sie unter dem Eindruck der fortgesetzten Erholung der Förderung in den USA wieder etwas nach. Diese wirkt den Produktionsbeschränkungen der OPEC und einiger weiterer Förderländer entgegen. Die Terminnotierungen, aus denen die Annahmen der Prognose abgeleitet werden, weisen für den Projektionszeitraum auf weitgehend unveränderte Rohölpreise hin. Damit sind die Notierungen, die dieser Projektion zugrunde liegen, sowohl in US-Dollar als auch in Euro gerechnet zwar im Durchschnitt des laufenden Jahres höher als in der Dezember-Projektion, liegen für die Jahre 2018 und 2019 aber etwas darunter. Auch die Annahmen zu den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen im Euroraum weisen nach dem kräftigen Anstieg im Durchschnitt dieses Jahres auf keine bedeutsamen zusätzlichen Zuwächse im Projektionszeitraum hin. Vor allem aufgrund einer methodischen Umstellung der zugrunde liegenden Prognosemodelle, die sich nun stärker als bisher an den Terminnotierungen für internationale Nahrungsmittelrohstoffpreise orientieren, wurden diese An-

### Rohstoffpreise



Quellen: Bloomberg und EZB. 2. Vj. 2017 bis 4. Vj. 2019 Prognoseannahmen. **1** Berechnungen der EZB zu sog. DG-Agri-Preisen auf Basis der „Farm-gate and wholesale market prices“ der Europäischen Kommission.

Deutsche Bundesbank

### Wichtige Annahmen der Prognose

Position	2016	2017	2018	2019
Wechselkurse für den Euro				
US-Dollar je Euro Effektiv <sup>1)</sup>	1,11	1,08	1,09	1,09
Zinssätze				
EURIBOR-Dreimonatsgeld	-0,3	-0,3	-0,2	0,0
Umlaufrendite öffentlicher Anleihen <sup>2)</sup>	0,1	0,4	0,7	0,9
Rohstoffpreise				
Rohöl <sup>3)</sup>	44,0	51,6	51,4	51,5
Sonstige Rohstoffe <sup>4) 5)</sup>	-3,9	6,4	2,0	4,5
Absatzmärkte der deutschen Exporteure <sup>5) 6)</sup>	2,4	4,3	3,9	3,8

**1** Gegenüber den Währungen der 38 wichtigsten Handelspartner des Euroraums (EWK-38-Gruppe), 1. Vj. 1999 = 100. **2** Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von über neun bis zehn Jahren. **3** US-Dollar je Fass der Sorte Brent. **4** In US-Dollar. **5** Veränderung gegenüber Vorjahr in %. **6** Kalenderbereinigt.

Deutsche Bundesbank

nahmen gegenüber der Dezember-Projektion kräftig abwärts revidiert, und zwar um 7%, 14% und 18% in den Jahren 2017 bis

2019.<sup>2)</sup> Die Notierungen anderer Rohstoffe hatten nach dem deutlichen Anstieg im Winter zuletzt nachgegeben, sollten aber mit dem erwarteten Wachstum der Weltwirtschaft im weiteren Jahresverlauf sowie in den kommenden beiden Jahren wieder ansteigen.

Wie im Dezember 2016 vom EZB-Rat beschlossen, hat das Eurosystem seit April 2017 sein Kaufvolumen im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten auf monatlich 60 Mrd € reduziert. Die Ankäufe sollen bis Ende Dezember 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus erfolgen und in jedem Fall so lange, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung im Euroraum erkennt, die mit seinem Inflationsziel im Einklang steht. Zudem bekräftigte der EZB-Rat seine Erwartung, dass die Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs hinaus auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Die anhaltend expansive Geldpolitik trug dazu bei, die Zinsen seit Abschluss der Dezember-Projektion auf dem sehr niedrigen Niveau zu halten. Die Markterwartungen bezüglich der zukünftigen Zinsen sind aber weiterhin etwas aufwärtsgerichtet, sodass hier für die weitere Entwicklung der Kurzfristzinsen und der Rendite neun- bis zehnjähriger Staatsanleihen ein leichter Anstieg unterstellt wird. Das Niveau über den Projektionszeitraum bleibt ähnlich niedrig wie in der Dezember-Projektion angenommen. Dies gilt auch für Zinsen auf Bankkredite in Deutschland. Der Anteil der Unternehmen, die Finanzierungsschwierigkeiten als Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung nennen, liegt laut der Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) vom Frühsommer 2017 nach wie vor auf einem historisch niedrigen Niveau.

Günstigere Konjunkturaussichten für den Euroraum sowie verschiedene politische und

wirtschaftspolitische Ereignisse diesseits und jenseits des Atlantiks stützten den Wechselkurs des Euro in den vergangenen Monaten.<sup>3)</sup> Die Gemeinschaftswährung glich daher die im November und Dezember 2016 aufgetretenen Kursverluste gegenüber dem US-Dollar wieder aus und notierte in dem für die Ableitung der Wechselkursannahmen relevanten Zeitraum bei 1,09 US-\$ und damit auf dem gleichen Kurs, der auch der Dezember-Projektion zugrunde lag. Auch in Bezug auf die für den Außenhandel 38 wichtigsten Währungen, das heißt in nominal effektiver Rechnung, weicht der Wechselkurs des Euro nur geringfügig von den damaligen Annahmen ab.

### **Konjunkturaussichten im Euroraum verbessert**

Die Wirtschaft im Euroraum steigerte im Winterhalbjahr ihr Expansionstempo wie in der Dezember-Projektion erwartet. Für den Projektionszeitraum wird mit einer Fortsetzung des robusten Wirtschaftswachstums – wenn auch mit etwas geringeren Raten als zum Jahresauftakt – gerechnet. Bei anhaltenden Beschäftigungszuwächsen, anziehendem Lohnwachstum und zunehmender Kapazitätsauslastung bleibt die inländische Nachfrage ein wichtiger Impulsgeber. Die Ausfuhren sollten sich im Einklang mit den Absatzmärkten entlang eines robusten Wachstumspfad es entwickeln.

Sowohl wegen einer etwas stärker eingeschätzten binnenwirtschaftlichen Dynamik als auch wegen des leicht verbesserten außenwirtschaftliche Umfelds wurden die Erwartungen für das Wachstum des Brutto-

---

2 Gemäß rein mechanischen Modellrechnungen sollte die erwartete HVPI-Rate in Deutschland dadurch um 0,1 Prozentpunkte im Jahr 2017, um knapp 0,3 Prozentpunkte im Jahr 2018 und um knapp 0,1 Prozentpunkte im Jahr 2019 niedriger ausfallen.

3 Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Finanzmärkte, Monatsbericht, Mai 2017, S. 41 ff.

inlandsprodukts im Euroraum (ohne Deutschland) in diesem und im kommenden Jahr um jeweils rund zwei Zehntel auf kalenderbereinigt 1,9% und 1,8% angehoben. Im Jahr 2019 wird ebenfalls ein etwas höheres Wirtschaftswachstum von rund 1,7% erwartet. Damit sollten die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten im Euroraum im Jahr 2019 wieder im normalen Umfang ausgelastet sein.

### **Expansive finanzpolitische Maßnahmen**

Die für Deutschland einbezogenen finanzpolitischen Maßnahmen wirken vor allem im laufenden Jahr expansiv. So werden im Projektionszeitraum deutliche Ausgabenzuwächse nicht zuletzt in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Verkehrsinfrastruktur und Militär erwartet. Bei der sozialen Pflegeversicherung kommt es durch die zu Jahresbeginn in Kraft getretene wei-

tere Reform zu Mehraufwendungen. Diese werden durch die Anhebung des Beitragsatzes um 0,2 Prozentpunkte nur teilweise gedeckt, und die diesbezügliche Finanzierungslücke dürfte in den Folgejahren noch etwas steigen. In der gesetzlichen Krankenversicherung schlagen ebenfalls Leistungsausweitungen zu Buche. Für die kommenden Jahre ist unterstellt, dass die Krankenkassen ihre Zusatzbeitragssätze leicht anheben. Zudem wird angenommen, dass die insgesamt hohen Rücklagen im Gesundheitssystem etwas abgeschmolzen werden. Bei den Steuern führen die einbezogenen Rechtsänderungen per saldo, insbesondere durch die Anhebung der Freibeträge und Tarifverschiebungen bei der Einkommensteuer in den Jahren 2017 und 2018, zu Ausfällen; mit Blick auf die Abgabenquote stehen diesen aber Mehreinnahmen in ähnlicher Größenordnung durch die insgesamt progressive Besteuerung gegenüber.

*Bruttoanlageinvestitionen liefern kräftige Impulse*

Insgesamt gehen von den Bruttoanlageinvestitionen im laufenden und im kommenden Jahr Impulse für das Wirtschaftswachstum aus, die deutlich stärker sind als im Mittel der vergangenen fünf Jahre. Dies gilt aus heutiger Sicht auch für das Jahr 2019.

*Privater Konsum mit solide aufwärtsgerichteter Grundtendenz*

Der private Konsum konnte im Winterhalbjahr 2016/2017 zwar weiter zulegen, blieb aber etwas hinter den Erwartungen der Dezemberprojektion zurück. Dies dürfte maßgeblich damit zusammenhängen, dass die Energiepreise deutlich stärker als unterstellt anstiegen. Zwar ist die Sonderkonjunktur, die in den vergangenen beiden Jahren durch den stark gefallen Ölpreis und die damit verbundenen Kaufkraftgewinne ausgelöst wurde, nunmehr wohl vorbei. Der private Verbrauch bleibt dennoch solide aufwärtsgerichtet. Die Basis hierfür ist nach wie vor die sehr gute Verfassung des deutschen Arbeitsmarktes. Zwar dürfte sich der derzeit sehr kräftige Beschäftigungsaufbau nach und nach verlangsamen, aber dies sollte im Hinblick

auf die Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch stärker steigende Verdienste weitgehend aufgefangen werden. Zudem könnte die Sparquote der Tendenz nach wieder etwas zurückgehen. Insgesamt dürften die privaten Haushalte ihre realen Konsumausgaben im laufenden und im kommenden Jahr daher auch bei wieder höheren Teuerungsraten recht kräftig ausweiten. Im Jahr 2019 könnte die Expansion des privaten Konsums etwas schwächer ausfallen.

Der Staatsverbrauch stieg im vergangenen Jahr stark an. Dahinter standen vor allem Mehraufwendungen für die zugewanderten Flüchtlinge. Da sich die vielfach noch erforderliche Unterstützung stärker in den Bereich des Arbeitslosengeldes II und damit verbundener Leistungen verlagert, der nicht dem Staatskonsum zugerechnet wird, wird dieser nunmehr etwas gedämpft. Angesichts der guten Finanzlage der Gebietskörperschaften ist aber zu erwarten, dass im Projektionszeitraum die sonstigen

*Staatsverbrauch wirkt insgesamt weiter expansiv*



Sachkäufe deutlich zulegen und die Personal- ausgaben stetig zunehmen. Hinzu kommt ein weiterhin relativ starker Anstieg der Gesundheits- und Pflegeausgaben. Insgesamt dürfte der reale Staatskonsum damit stärker wachsen als das reale BIP.

*Kräftig steigende Einfuhren*

Güter aus dem Ausland werden von der deutschen Wirtschaft im Projektionszeitraum voraussichtlich verstärkt nachgefragt. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass sowohl Exporte als auch Ausrüstungsinvestitionen, die jeweils einen hohen direkten und indirekten Anteil an importierten Gütern aufweisen, ihr Expansions- tempo steigern. Von der hohen Nachfrage Deutschlands nach ausländischen Produkten dürften die Handelspartner aus Euro-Ländern wegen ihrer verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit überproportional profitieren. Aber auch die Importdynamik aus Ländern außerhalb des Euroraums dürfte leicht zulegen.

*Leichter Rückgang des Leistungsbilanz-überschusses*

Der Überschuss in der Leistungsbilanz wird im Projektionszeitraum voraussichtlich leicht zurückgehen. Im laufenden Jahr ist insbesondere durch die Veränderung der relativen Preise eine Verringerung des Überschusses angelegt. Nachdem sich die Terms of Trade vier Jahre in Folge wegen gesunkener Einfuhrpreise verbessert hatten, legen vor allem die höheren Rohölpreise nahe, dass es einen Umschwung im relativen

Austauschverhältnis mit dem Ausland geben wird. Für die Folgejahre ist hingegen auf der Grundlage der Annahmen zu Wechselkursen und internationalen Rohstoffpreisen von weitgehend unveränderten relativen Preisen auszugehen. Dann dürfte aber die realwirtschaftliche Komponente angesichts der robusten Binnen- nachfrage den Überschuss dämpfen. Da weder bei den Primär- noch bei den Sekundäreinkommen größere Verschiebungen zu erwarten sind, könnte sich im Ergebnis der Überschuss in der Leistungsbilanz von 8,3% des BIP im Jahr 2016 auf knapp 8% des BIP im laufenden Jahr verringern und in den Folgejahren noch etwas weiter zurückgehen.

## ■ Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt war im Winterhalbjahr 2016/ 2017 – in saisonbereinigter Betrachtung – durch einen außerordentlich kräftigen Anstieg der Beschäftigung und einen spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit geprägt. Die Erwerbstätigkeit nahm im Verlauf dieser sechs Monate mit einem Plus von saisonbereinigt 370 000 Personen deutlich stärker zu als in vergleichbaren Zeiträumen der letzten Jahre und übertraf damit auch die Erwartungen der letzten Projektion.<sup>7)</sup> Zugleich verringerte sich die registrierte Arbeitslosigkeit noch deutlicher als ursprünglich angenommen. Vor allem die Arbeitslosigkeit unter den Einheimischen ging sehr stark zurück. Zudem konnten die Zuwanderer aus anderen EU- Staaten wohl gut in den Arbeitsmarkt integriert werden, denn die Zahl der Arbeitslosen mit einer nichtdeutschen EU-Staatsangehörigkeit war weitgehend stabil. Allerdings werden zunehmend Flüchtlinge als arbeitssuchend erfasst, wobei sich in der ausgewiesenen Arbeitslosigkeit nach wie vor die Integrationsmaßnahmen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge beziehungsweise arbeitsmarktpolitische Maß-

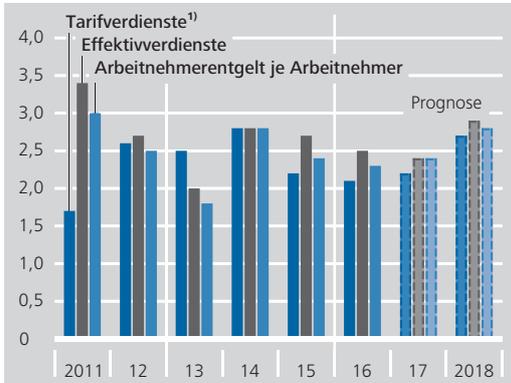
*Sehr gute Arbeitsmarkt- entwicklung im Winter- halbjahr ...*

<sup>7</sup> Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Dezember-Projektion auf zu niedrig ausgewiesenen Erwerbstätigenzahlen für das 3. Vierteljahr 2016 basierte, die im März 2017 stark nach oben revidiert wurden.



### Tarif- und Effektivverdienste sowie Arbeitnehmerentgelte

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, auf Monatsbasis



Quelle: Statistisches Bundesamt. 2017 bis 2018 eigene Prognosen. <sup>1)</sup> Gemäß Tarifverdienstindex der Bundesbank. Deutsche Bundesbank

vergangenen Jahren und wohl auch im laufenden Jahr rückläufigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen kommen, etwa über verlängerte Arbeitszeiten der Teilzeitbeschäftigten und vermehrte Überstunden beziehungsweise den Aufbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten. Das aktuell hohe Beschäftigungswachstum wird sich hingegen erheblich abschwächen. Die Arbeitslosigkeit könnte noch etwas sinken, wenngleich der weitere Abbau zunehmend anspruchsvoller wird. Für das Jahr 2019 ist mit einer Fortsetzung dieser Tendenzen zu rechnen.

## Arbeitskosten und Preise

*Tarifverdienste steigen zunächst nur verhalten, ab 2018 aber zunehmend kräftiger*

Der Anstieg der Tarifverdienste wird im laufenden Jahr wie schon im Jahr 2016 recht verhalten ausfallen. Dies liegt zu einem Gutteil daran, dass etliche Tarifvereinbarungen aus dem Vorjahr vor dem Hintergrund der damals niedrigen Teuerungsrate und der schwunglosen globalen Industriekonjunktur nicht nur für das Jahr 2016, sondern auch für das Jahr 2017 niedrige Stufenanhebungen vorsahen. In diesem Jahr stehen lediglich noch Verhandlungen in einigen Dienstleistungsbranchen aus, die in der Vergangenheit eine eher unterdurchschnittliche Lohndynamik aufwiesen.<sup>9)</sup> Im kommenden Jahr hingegen wird es wieder eine „große“ Tarifrunde für zahlreiche Branchen der gewerblichen Wirtschaft

und bei den Dienstleistungen geben. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs, weiter zunehmender Anspannungen am Arbeitsmarkt und – im Vergleich zu den Jahren 2015 und 2016 – spürbar höherer Preissteigerungsraten dürften die Tarifparteien im Jahr 2018 deutlich höhere Abschlussätze aushandeln. Im öffentlichen Sektor dürften sich die Verdienstanhebungen auch vor dem Hintergrund günstiger Haushaltslagen und einer durch Personalaufbau gekennzeichneten Entwicklung ebenfalls verstärken.

Die Erhöhung der Effektivverdienste dürfte im Projektionszeitraum wie bereits in den beiden zurückliegenden Jahren über den Anstieg der Tarifverdienste hinausgehen. In dieser positiven Lohndrift schlagen sich die günstige Konjunktur und die hervorragende Arbeitsmarktlage nieder, was sich in höheren Prämienzahlungen und zunehmend übertariflichen Entlohnungen manifestiert. Hinzu kommt der erwartete Umschwung bei der Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Die zu Jahresbeginn 2017 erfolgte Anhebung des allgemeinen Mindestlohns hat gleichfalls einen, wenn auch nur leichten, positiven Einfluss auf die Lohndrift.<sup>10)</sup>

*Anhaltend positive Lohndrift*

Die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte, die zusätzlich noch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber enthalten, werden im Projektionszeitraum wie die Effektivverdienste merklich anziehen. Da dies zunächst in etwa mit der Erholung des – je Erwerbstätigen gemessenen – Produktivitätszuwachses einhergeht, ist für das laufende und das kommende Jahr ein ähnlich kräftiger Anstieg der Lohnstückkosten wie in den Vorjahren zu erwarten. Im Jahr 2019 könnte sich dieser dann noch ein wenig verstärken.

*Fortsetzung des recht kräftigen Lohnstückkostenwachstums*

<sup>9)</sup> In den Vorausschätzungen der Tarifverdienststeigerungen werden sämtliche in der Tarifverdienststatistik der Bundesbank erfassten Abschlüsse der Vergangenheit berücksichtigt und am Ende ihrer vertraglichen Laufzeit unter Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie branchenspezifischer Besonderheiten fortgeschrieben.

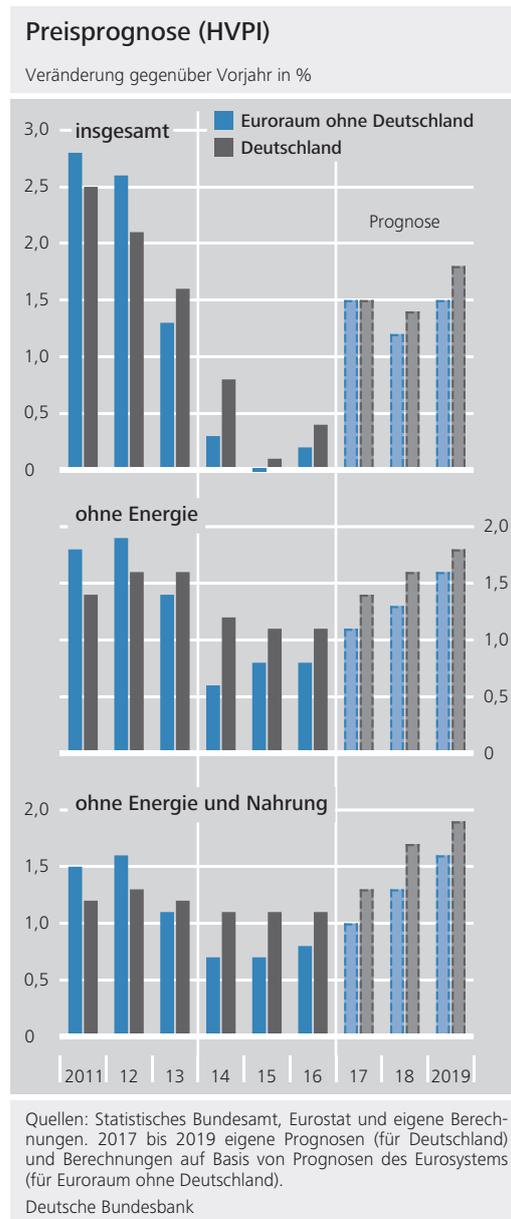
<sup>10)</sup> Die nächste Anhebung des allgemeinen Mindestlohns wird es voraussichtlich erst wieder im Jahr 2019 geben.

*BIP-Deflator zeigt nach vorübergehender Delle wieder kräftige binnenwirtschaftliche Teuerung an*

Die am BIP-Deflator gemessene binnenwirtschaftliche Teuerung dürfte in diesem Jahr wie bereits 2016 hinter dem Anstieg der Lohnstückkosten zurückbleiben. Ursächlich für die damit verbundene Einengung der gesamtwirtschaftlichen Gewinnmargen ist der ausgesprochen starke Umschwung bei den Preisen importierter Güter. Offensichtlich wälzen die Unternehmen die höheren Einkaufspreise nicht vollständig auf ihre Absatzpreise über. Mittelfristig sollten sich die Margen angesichts der guten Konjunktur jedoch wieder stabilisieren. Damit dürfte der Anstieg des BIP-Deflators nur vorübergehend gedämpft werden und sich bereits im kommenden Jahr wieder deutlicher erhöhen. Für das Jahr 2019 ist aus heutiger Sicht eine weitere Verstärkung der am BIP-Deflator gemessenen binnenwirtschaftlichen Teuerung angelegt.

*Verbraucherpreisanstieg im Winterhalbjahr vor allem wegen Energie stärker als unterstellt*

Die Verbraucherpreise stiegen im Winterhalbjahr deutlich stärker an als erwartet. Während in der Dezember-Projektion für das erste Vierteljahr 2017 und für April Vorjahresraten des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) von 1,4% beziehungsweise 1,6% unterstellt worden waren, erreichten sie tatsächlich 1,9% beziehungsweise 2,0%. Dies lässt sich größtenteils durch den überraschend steilen Anstieg der Rohölpreise erklären, der in Euro gerechnet infolge der zwischenzeitlichen Abwertung noch etwas deutlicher ausfiel. Außerdem verteuerten sich Nahrungsmittel wegen der ungünstigen Witterung in Teilen Europas stärker als angenommen. Hinzu kam die im Januar bekannt gegebene und Mitte Februar erfolgte Anhebung des Mindeststeuersatzes für Tabakwaren. Bei Industriegütern ohne Energie war der Preisanstieg ebenfalls etwas stärker als erwartet. Hier dürfte vor allem eine Rolle gespielt haben, dass der Euro in den Wintermonaten schwächer notierte als erwartet. Auch der Anstieg der Mieten ging leicht über die Dezember-Projektion hinaus. Umgekehrt fiel die Verteuerung der übrigen Dienstleistungen schwächer aus. Hier machte sich bemerkbar, dass die Pflegereform im Januar die Zuzahlungen der Versicherten unerwartet merklich reduzierte.



Vor dem Hintergrund der guten Konjunktur dürfte die Rate ohne Energie und Nahrungsmittel allmählich anziehen, und zwar von 1,1% im Vorjahr auf 1,3% in diesem Jahr sowie auf 1,7% und 1,9% in den beiden Folgejahren. Dahinter steht zum einen der durch die Arbeitskosten angelegte robuste binnenwirtschaftliche Preisdruck, der sich vor allem bei den Dienstleistungen bemerkbar machen sollte. Außerdem dürften die Unternehmen in einem Umfeld wieder steigender Importpreise insbesondere bei einigen Industriegütern kaum an den bislang moderaten Preissteigerungsraten festhalten und damit weitere Einbußen ihrer Margen akzeptieren. Zudem wird bei den Mieten unterstellt,

*Graduell verstärkter Anstieg der „Kern“-Rate ...*

### Revisionen gegenüber der Projektion vom Dezember 2016

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2017	2018	2019
<b>BIP (real, kalenderbereinigt)</b>			
Projektion vom Juni 2017	1,9	1,7	1,6
Projektion vom Dezember 2016	1,8	1,6	1,5
Differenz in Prozentpunkten	0,1	0,1	0,1
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex</b>			
Projektion vom Juni 2017	1,5	1,4	1,8
Projektion vom Dezember 2016	1,4	1,7	1,9
Differenz in Prozentpunkten	0,1	-0,3	-0,1

Deutsche Bundesbank

dass sich der zuletzt etwas höhere Anstieg im Umfeld des anhaltenden Booms am Wohnungsmarkt fortsetzt. Schließlich könnten Reisen ins europäische Ausland, die mit gut 2% einen recht hohen Anteil am HVPI-Warenkorb haben, aufgrund der gestiegenen Nachfrage und der zunehmenden wirtschaftlichen Erholung in den Zielländern wieder deutlich positiv zur Verteuerung der Dienstleistungen beitragen.

... wird von abnehmender Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln überlagert

Dem erwarteten Aufwärtstrend der Kerninflation dürfte allerdings im kommenden Jahr eine erheblich sinkende Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln gegenüberstehen. Im laufenden Jahr sollte der Beitrag der Energie zur Gesamtinflation, der in den vergangenen drei Jahren stark negativ war, spürbar positiv sein. Angebotsverknappungen, die sich vor allem in den ersten Monaten des Jahres zeigten, dürften überdies dazu führen, dass der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln etwas stärker ausfällt als im Jahr 2016. Im kommenden Jahr dürfte der Beitrag von Energie leicht negativ werden, da der Rohölpreis den Annahmen folgend unterhalb seines Niveaus vom Jahresbeginn 2017 liegen könnte. Die vor dem Hintergrund kräftig steigender Netzentgelte weiter anziehenden Tarife für Elektrizität wirken hier teilweise entgegen. Da bei den Nahrungsmitteln – anders als noch in der Dezember-Projektion<sup>11)</sup> – unterstellt wird,

dass von den Rohstoffpreisen kein weiterer Kostendruck mehr ausgeht, dürfte die Verteuerung hier im kommenden Jahr ebenfalls deutlich niedriger ausfallen. Auch im Jahr 2019 dürfte die Gesamtrate durch die „volatilen“ Komponenten noch etwas gedrückt werden. Insgesamt könnten die Verbraucherpreise im laufenden Jahr um 1,5%, 2018 um 1,4% und 2019 um 1,8% steigen.

## Öffentliche Finanzen

Die Staatsfinanzen bleiben aus heutiger Sicht im Überschuss, der sich über den gesamten Projektionszeitraum etwa auf jährlich ¾% des BIP belaufen könnte (2016: + 0,8% des BIP). Einerseits profitieren die Staatshaushalte weiterhin von der guten Konjunktorentwicklung und sinkenden Zinsausgaben. Andererseits ist bei Ausblendung dieser Faktoren mit einer Verschlechterung (des konjunkturbereinigten Primärsaldos) vor allem im laufenden, aber auch im kommenden Jahr zu rechnen. Dahinter steht letztlich ein expansiver Ausgabenkurs.<sup>12)</sup> Allerdings besteht eine besondere Unsicherheit für die Zeit nach der Bundestagswahl im Herbst. Hier sind neue haushaltsbelastende Maßnahmen und damit ein stärker expansiver Kurs im Gespräch.<sup>13)</sup> Nach Abschluss der Prognose erklärte das Bundesverfassungsgericht das Kernbrennstoffsteuergesetz für verfassungswidrig. Im laufenden Jahr dürfte der Staatshaushalt hierdurch einmalig um etwa 0,2% des BIP belastet werden, was in der Pro-

Staatsfinanzen bleiben im Überschuss

<sup>11</sup> Aufgrund einer methodischen Umstellung der Modelle zur Ableitung der im Eurosystem gemeinsam festgelegten technischen Annahmen für die Nahrungsmittelrohstoffpreise verläuft die unterstellte Preisentwicklung nun nicht mehr deutlich steigend, sondern fast völlig flach, vgl. die Erläuterungen auf S. 17 f.

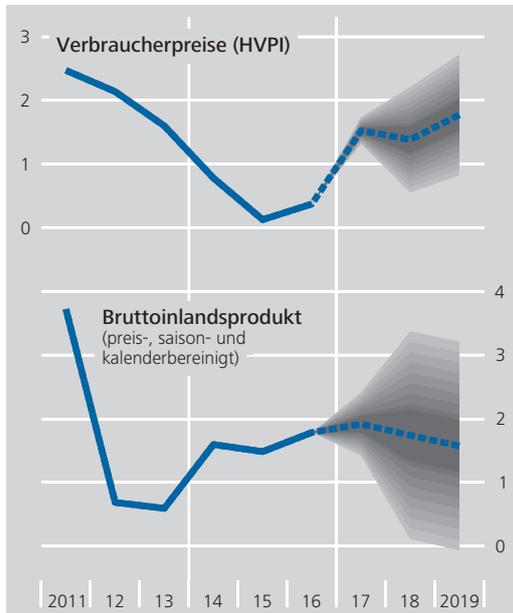
<sup>12</sup> Vgl. S. 19 zu den einbezogenen Maßnahmen.

<sup>13</sup> Daneben ergibt sich ein Risiko für die Staatsfinanzen im Zusammenhang mit den verbleibenden Ländergarantien für die HSH Nordbank (etwa 8 Mrd €). Unsicherheiten bestehen auch mit Blick auf das internationale Umfeld.



### Basislinie und Unsicherheitsmargen der Projektion<sup>\*)</sup>

Jahreswerte, Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 2017 bis 2019 eigene Prognosen. \* Unsicherheitsmargen berechnet auf Grundlage der empirischen Prognosefehler. Die Breite des symmetrisch um den wahrscheinlichsten Wert verteilten Bandes entspricht dem doppelten mittleren absoluten Prognosefehler.

Deutsche Bundesbank

## Risikobeurteilung

Die hier vorgestellte Projektion beschreibt zwar das aus heutiger Sicht wahrscheinlichste Szenario für das Wirtschaftswachstum und die Inflationsrate unter den gegebenen Annahmen. Allerdings gibt es eine Vielzahl von Risiken und Unwägbarkeiten, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Entwicklungen von den hier beschriebenen abweichen. In der Gesamtschau erscheinen die Risiken sowohl für das Wirtschaftswachstum als auch für die Preisentwicklung weitgehend ausgeglichen.

*Risiken für das Basisszenario*

Einen großen Einfluss insbesondere auf die Projektion der Verbraucherpreise hat die zukünftige Entwicklung der Rohstoffpreise. Bezüglich der Rohölnotierungen scheinen gegenwärtig weder Aufwärts- noch Abwärtsrisiken klar zu dominieren. Einerseits reicht die Disziplin innerhalb des OPEC-Kartells augenscheinlich aus, um ein kräftiges Abrutschen des Ölpreises zu verhindern. Andererseits dürften einem anhaltenden Anstieg der Ölpreise die Möglichkeiten zur Ausweitung der Förderung in der US-amerikanischen Schiefergasindustrie entgegenstehen.

*Ölpreisrisiko ohne klare Tendenz*

Insbesondere für das Wirtschaftswachstum ist eine wichtige Voraussetzung der Basislinie dieser Projektion, dass die jüngste Belebung des Welthandels von Dauer ist und sich – wenn auch in gemäßigttem Tempo – über den Projektionszeitraum fortsetzt. Dem könnte allerdings eine Zunahme protektionistischer Tendenzen entgegenstehen. Dies würde die globalen Absatzperspektiven der deutschen Exporteure und vermutlich auch die inländische Investitionstätigkeit beeinträchtigen. Abwärtsrisiken ergäben sich auch, wenn es im Zuge der geldpolitischen Normalisierung in den USA zu einer unkontrollierten Verschärfung der Finanzierungsbedingungen in anfälligen Schwellenländern käme und damit zu negativen Folgen für die Weltwirtschaft.

*Externe Risiken für das Wirtschaftswachstum eher abwärtsgerichtet*

Mit Blick auf die Binnenwirtschaft überwiegen aus heutiger Sicht die Chancen. Die aktuell ausgesprochen gute Stimmung – insbesondere im

*Binnenwirtschaftlich dominieren Aufwärtchancen*

Bei den Sozialversicherungen könnten die bereits recht hohen Überschüsse in der Summe sogar noch etwas zunehmen. Besonders die BA profitiert von der – teils konjunkturbedingt – günstigen Entgelt- und Arbeitsmarktentwicklung. In den anderen Zweigen stehen den recht hohen Ausgabenzuwächsen ebenfalls deutlich steigende Beitragseingänge gegenüber, die hier durch die höheren Sätze teils noch verstärkt werden.

Die Schuldenquote bleibt aus heutiger Sicht auf ihrem Abwärtstrend (Ende 2016: 68,3%). Im Jahr 2019 könnte dann auch die 60%-Grenze wieder unterschritten werden – wie letztmals im Jahr 2002. Der Rückgang der Quote ist vor allem auf das Wachstum des nominalen BIP im Nenner zurückzuführen. Hinzu kommen die Haushaltsüberschüsse der Gebietskörperschaften. Außerdem verstärkt die fortgesetzte Abwicklung der staatlichen Bad Banks den Rückgang, wobei die Entwicklung hier in der Vergangenheit recht volatil war.

*Schuldenquote bleibt auf Abwärtstrend*

Verarbeitenden Gewerbe – könnte sich kurzfristig in einer noch höheren Wachstumsdynamik niederschlagen. So wäre es beispielsweise möglich, dass die bevorstehende Belebung der gewerblichen Investitionstätigkeit kräftiger ausfällt, etwa falls in der exportorientierten Industrie Investitionsvorhaben in der Vergangenheit aufgrund der ungewissen Absatzperspektiven zurückgestellt worden waren und jetzt bei Festigung der globalen Industriekonjunktur in größerem Umfang nachgeholt werden. Damit bekäme der Aufschwung in größerem Maße ein sich selbst verstärkendes Element. Allerdings mahnen hier die Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit zur Vorsicht. Auch der Wohnungsbau könnte eine höhere Dynamik entfalten. Zusätzliche Impulse könnten zudem von der Fiskalpolitik kommen. So ist nicht zuletzt angesichts der günstigen Perspektiven für die Staatshaushalte im Gespräch, nach der Bundestagswahl im Herbst die Abgaben zu senken und die Ausgaben stärker auszuweiten.

Für die Preisprojektion bestehen neben den Folgen, die sich aus den Risiken für die Rohstoffpreise und die wirtschaftliche Aktivität ergeben, weitere Unwägbarkeiten. So könnten die Importpreise niedriger ausfallen als erwartet, und der internationale Wettbewerbsdruck könnte die Margen sowie den Lohnanstieg hierzulande drücken. Andererseits ist es aber auch möglich, dass die Löhne angesichts der zunehmenden Knappheiten am Arbeitsmarkt stärker als hier unterstellt ansteigen. Zudem hielte im Basisszenario der Konjunkturaufschwung in Deutschland gegen Ende des Projektionszeitraums schon ungewöhnlich lange an. In einer solchen Konstellation mit einer über einen längeren Zeitraum starken Überauslastung wäre es durchaus möglich, dass die Unternehmen ihre Gewinnmargen nicht nur stabilisieren, sondern deutlich ausweiten und der Preisanstieg stärker als hier unterstellt ausfällt.

*Auch bei Preisen  
Abwärtsrisiken  
aus dem  
internationalen  
Umfeld und  
Aufwärtsrisiken  
aus heimischen  
Faktoren*



## Zur Ausgestaltung und Umsetzung der europäischen Fiskalregeln

*Die europäischen Fiskalregeln sind ein Eckpfeiler der Währungsunion und sollen zu soliden Staatsfinanzen in den Ländern des Euroraums beitragen. Damit sollen die stabilitätsorientierte gemeinsame Geldpolitik abgesichert und unerwünschte Auswirkungen auf andere Mitgliedstaaten vermieden werden. Gravierende Probleme, die aus einem Verlust des Vertrauens in die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen einzelner Länder resultieren, zeigten sich mit der Finanz- und Wirtschaftskrise.*

*Die Fiskalregeln und ihre Implementierung wurden im Spannungsfeld zwischen Schuldenbegrenzung durch Regelbindung einerseits sowie Flexibilität, Ausnahmen und Konjunkturstimulierung andererseits wiederholt angepasst. Obwohl als Lehre aus der Staatsschuldenkrise und im Zuge der verstärkten fiskalischen und geldpolitischen Risikoteilung die Notwendigkeit stärker bindender Regeln betont wurde, hat dies im weiteren Verlauf tatsächlich nur eine geringe Rolle gespielt. Die gewachsene Bedeutung der Europäischen Kommission im Rahmen der Fiskalregeln führte nicht zu einer strikteren Umsetzung. Stattdessen wurde im Einvernehmen mit dem Rat der Europäischen Union zunehmend auf Flexibilisierung gesetzt. Die Regeln wurden immer komplexer, und es wurden beträchtliche Ermessensspielräume eröffnet. Mittlerweile ist die Implementierung kaum noch nachvollziehbar. Es besteht der Eindruck, dass die Regelauslegung teils aus einem politischen Verhandlungsprozess resultiert. Dies geht zulasten der notwendigen Bindungswirkung. Im Ergebnis werden die regulären quantitativen Ziele und Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts häufig verfehlt, und die Anreize für eine solide Fiskalpolitik treten in den Hintergrund.*

*Trotz insgesamt gesunkener Defizitquoten sind die Schuldenquoten in vielen Mitgliedstaaten weiter sehr hoch. Dabei entlastet das aktuelle Niedrigzinsniveau die Staatsfinanzen erheblich und mildert die Probleme aus hohen Schulden. Dennoch ist es von elementarer Bedeutung, in allen Ländern zügig eine solide Grundposition zu erreichen. Auch um künftig bei einer weniger expansiven geldpolitischen Ausrichtung das Vertrauen in die Staatsfinanzen bewahren zu können, wäre es wichtig, die Fiskalregeln wieder zu stärken. Hierzu gehören eine einfache und transparente Ausgestaltung und Umsetzung. Für eine zielgenaue und weniger politische Herangehensweise wäre es sinnvoll, zumindest die Überwachung der Regeleinhaltung von der Kommission auf eine neue oder andere Institution (etwa den Europäischen Stabilitätsmechanismus) zu übertragen. Diese könnte mit einem klaren Mandat für solide Staatsfinanzen und ohne konkurrierende politische Ziele die Basis für eine stringenteren Regelanwendung liefern. Ungeachtet dessen können Fiskalregeln alleine, ohne einen Grundkonsens über ihre Einhaltung, die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen nicht absichern. Bei weiter fiskalisch eigenverantwortlichen Mitgliedstaaten sollte unter anderem auch eine entsprechend eigenverantwortliche Finanzierung an den Kapitalmärkten Anreize für solide Staatsfinanzen setzen. Glaubwürdige Fiskalregeln können dabei eine marktmäßige Kreditaufnahme ohne wesentliche Risikoaufschläge unterstützen. Dagegen würde eine Ausweitung der Gemeinschaftshaftung, etwa zur Kompensation eines mit schwachen Fiskalregeln verbundenen Vertrauensverlustes in solide Staatsfinanzen einzelner Länder, die Balance von Haftung und Kontrolle weiter schwächen.*

## Fiskalregeln als wichtiger Pfeiler der Währungsunion

*Die europäischen Fiskalregeln ...*

In der Europäischen Union (EU) wurden mit den Vereinbarungen zur Währungsunion Fiskalregeln etabliert.<sup>1)</sup> So hat der Maastricht-Vertrag von 1992 als eine Teilnahmevoraussetzung grundsätzlich die Einhaltung der Referenzwerte für die staatliche Defizit- und die staatliche Schuldenquote (3% und 60%) eingeführt. 1997 wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) beschlossen. Er enthält weitere Vorgaben und bestimmt die Überwachung näher. Der SWP ist im Zeitverlauf wiederholt verändert und ergänzt worden.<sup>2)</sup>

*... sind wichtig, um die gemeinsame Geldpolitik abzusichern*

Tragfähige Staatsfinanzen sind wichtig für ein möglichst reibungsloses Funktionieren einer stabilitätsorientierten Währungsunion.<sup>3)</sup> Fiskalregeln sollen solide öffentliche Finanzen in den Mitgliedstaaten absichern, zusätzlich zu den Anreizen, die mit der Kreditaufnahme am Kapitalmarkt bei Haftungsausschluss entstehen. Sie sollen der Neigung der politisch Verantwortlichen zu einer schulden erhöhenden expansiven Finanzpolitik entgegenwirken. Die Regeln sollen nicht zuletzt davor schützen, dass die Geldpolitik unter Druck gerät, überschuldete Staaten zu finanzieren und dabei das Ziel der Preisstabilität zu vernachlässigen oder eine Umverteilung über die Notenbankbilanz vorzunehmen.

*Anforderungen an Fiskalregeln zur Sicherung der Tragfähigkeit ...*

Fiskalregeln sollten so ausgestaltet werden, dass bei ihrer Einhaltung solide Staatsfinanzen gewährleistet sind, das heißt Defizite und Schulden begrenzt und an den Märkten finanzierbar bleiben (Wirksamkeit). Sie sollten hinreichend einfach sowie beständig sein (Planbarkeit). Darüber hinaus wären Anreize zur Regelbefolgung zu setzen, etwa in Form glaubwürdiger Sanktionen bei Zielverfehlungen (Regelbindung). Gerade auch potenzielle politische Kosten beeinflussen die Regeleinhaltung positiv, etwa wenn ein Verfehlen mit Reputationsverlusten verbunden ist. Dies setzt unter anderem voraus, dass die Befolgung auch von der Öffentlichkeit beurteilt werden kann (Nachvollziehbarkeit und Transparenz).

Gleichzeitig sollte die Stabilisierungswirkung der Staatsfinanzen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht verloren gehen. Es ist sinnvoll, das Wirken der automatischen Stabilisatoren zu erlauben, indem konjunkturelle Defizite in Rezessionen zugestanden, dafür aber auch entsprechende Überschüsse im Boom eingefordert werden.<sup>4)</sup> Ein aktives Feinsteuern durch ein Euro-Land sollte nur bei Einhaltung der Haushaltsziele zulässig sein. Jedoch ist es angemessen, bei besonders schweren Rezessionen oder Krisen Ausnahmen vorzusehen, wobei die dann aufgelaufene Verschuldung im Sinne der Schuldenbegrenzung im weiteren Verlauf zurückzuführen wäre.

*... bei Berücksichtigung der Stabilisierungswirkung der Staatsfinanzen*

## Wichtige Eckpunkte der europäischen Regeln und fiskalische Ergebnisse im Überblick

Die Fiskalregeln für die Währungsunion bestehen im Kern aus zwei Teilen, dem präventiven und dem korrektiven Arm des SWP. Im Zentrum des präventiven Arms steht das „mittelfristige Haushaltsziel“ (Medium Term Objective: MTO),

*Die maßgeblichen Ziele und Grenzen des SWP im präventiven ...*

**1** Die europäischen Fiskalregeln beziehen sich grundsätzlich auf alle EU-Länder, wobei für Euro-Länder zum Teil weitergehende Bestimmungen gelten. Der vorliegende Aufsatz befasst sich mit den Regeln für die Euro-Länder. Die Anpassungserfordernisse für Länder mit einem Hilfsprogramm werden nicht im Stabilitäts- und Wachstumspakt geregelt.

**2** Inzwischen veröffentlicht die Kommission wiederkehrend eine umfassendere Erläuterung zu den einschlägigen Bestimmungen (einschl. der Bezüge zu den rechtlichen Grundlagen), siehe zuletzt: Vade Mecum on the Stability and Growth Pact, Institutional Paper 052, March 2017. Mit dem Fiskalpakt wurde im Jahr 2012 u. a. beschlossen, im Prinzip die Vorgaben des SWP im nationalen Recht mit verbindlichen und dauerhaften Bestimmungen zu verankern. Vgl.: Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, Titel III, Fiskalpolitischer Pakt. Hierauf wird in diesem Bericht nicht weiter eingegangen.

**3** Für einen Überblick über weitere wesentliche Ansatzpunkte zur Stärkung des Ordnungsrahmens der Währungsunion siehe: Deutsche Bundesbank, Ansatzpunkte zur Stärkung des Ordnungsrahmens der Europäischen Währungsunion, Monatsbericht, März 2015, S. 15 ff.; Deutsche Bundesbank, Ansatzpunkte zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum, Monatsbericht, Juli 2016, S. 43 ff. und die Übersicht S. 44.

**4** Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur aktuellen Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Euroraum, Monatsbericht, Mai 2017, S. 62–66.

das jedes Land grundsätzlich einhalten soll. Dies ist ein strukturell<sup>5)</sup> nahezu ausgeglichener gesamtstaatlicher Haushalt, wobei das MTO ab einem strukturellen Defizit von höchstens 0,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) grundsätzlich als erfüllt angesehen wird.<sup>6)</sup> Der präventive Arm bestimmt insbesondere, wie nach einer Verfehlung dieses Ziel wieder zu erreichen ist. In diesem Fall soll der strukturelle Saldo in der Regel um jährlich 0,5% des BIP verbessert werden, bis das MTO erreicht ist. Jedoch sind hier Faktoren, Methoden und Ausnahmen zu berücksichtigen, mit denen die reguläre numerische Vorgabe angepasst oder Abweichungen davon exkulpiert werden können. Würde die Gesamtbeurteilung durch die Kommission letztlich „erhebliche Abweichungen“ feststellen, wäre ein Prozess im Rahmen des präventiven Arms zu starten, und bei unzureichender Reaktion darauf könnte die Bereitstellung einer finanziellen Einlage des betroffenen Landes bei der Kommission verlangt werden. Diese Einlage bliebe in dem Fall, dass sich die Lage weiter verschlechtert und ein übermäßiges Defizit im korrektiven Arm festgestellt wird, unverzinst. Bei Korrektur der erheblichen Abweichung im präventiven Arm würde sie verzinst zurückgezahlt.

... und im  
korrektiven Arm

Der korrektive Teil bezieht sich auf die Referenzwerte für das Defizit, 3% des BIP, und den Schuldenstand, 60% des BIP. Bei Überschreiten eines dieser Referenzwerte ist im Regelfall ein „Verfahren bei einem übermäßigen Defizit“ einzuleiten. Die Vorgabe für die Schuldenquote gilt auch bei Erreichen eines Wertes von über 60% als erfüllt, wenn sie rückläufig ist und sich rasch genug dem Referenzwert annähert. Dies wurde so operationalisiert, dass die Überschreitung der 60%-Grenze in drei Jahren jahresdurchschnittlich um mindestens ein Zwanzigstel zu verringern ist. Wird nach Einleitung des Verfahrens ein übermäßiges Defizit festgestellt, ist in der Regel die Verfehlung im darauffolgenden Jahr zu korrigieren und die strukturelle Defizitquote um mindestens 0,5 Prozentpunkte zurückzuführen. Bei anhaltender Zielverletzung können grundsätzlich finanzielle Sanktionen (Geldbußen) verhängt werden. Allerdings sind die

dahin führenden Verfahrensschritte inzwischen durch zahlreiche Faktoren, Methoden und Ausnahmen mit erheblichem diskretionären Entscheidungsspielraum gekennzeichnet. Bezüglich der Schuldenquote kann so bereits die Feststellung eines übermäßigen Defizits vermieden werden.

Die Kommission überprüft die Einhaltung der Fiskalregeln im präventiven und im korrektiven Arm in der Regel im Rahmen des Europäischen Semesters. Dabei wird die Lage jeweils im November auf Basis der Herbstprognose der Kommission und der von den Ländern eingereichten gesamtstaatlichen Haushaltsplanungen („draft budgetary plans“) vor allem mit Blick auf das Folgejahr beurteilt.<sup>7)</sup> Im Februar wird vor dem Hintergrund der Winterprognose der Kommission insbesondere geprüft, inwieweit die November-Stellungnahme berücksichtigt wurde. Im Mai erfolgt im Kontext der Frühjahrsprognose eine Prüfung der von den Ländern bis April einzureichenden Stabilitätsprogramme. Außerdem liegt zu diesem Zeitpunkt die erste Meldung von Eurostat zu Defizit und Schuldenstand des Vorjahres vor. Grundsätzlich wird die Einhaltung der Vorgaben sowohl im Rückblick (ex post) als auch gemäß den Prognosen beziehungsweise Planungen geprüft, wobei im präventiven Arm für prognostizierte Verletzungen Sanktionen nicht vorgesehen sind. Die Kommission legt dem Rat jeweils ihre Analysen sowie darauf beruhende Empfehlungen oder Vor-

*Kommission und  
Rat verantwort-  
lich für die  
Überprüfung*

5 Der strukturelle Finanzierungssaldo entspricht dem Finanzierungssaldo bereinigt um den Einfluss der Konjunktur und von temporären Maßnahmen.

6 Ist die Schuldenquote erheblich geringer als 60%, kann das strukturelle Defizit auch bei bis zu 1% des BIP liegen.

7 Dieser auf die „draft budgetary plans“ bezogene Teil des Überwachungsprozesses wird hier nicht weiter erläutert. Da selbst erhebliche Verfehlungen weitgehend folgenlos bleiben, ist die Bindungswirkung besonders gering. Damit wird das ursprünglich mit der Einführung dieser weiteren Stufe im Europäischen Semester verfolgte Ziel verfehlt, Fehlentwicklungen frühzeitig im Zuge der parlamentarischen Haushaltsaufstellung zu korrigieren.

schläge vor. Der Rat trifft auf dieser Basis die Entscheidungen im Rahmen der Verfahren.<sup>8)</sup>

*Reguläre numerische Anker in der Vergangenheit häufig verfehlt*

Die regulären Maastricht-Obergrenzen wurden seit der Euro-Einführung im Jahr 1999 letztlich vielfach verfehlt.<sup>9)</sup> So war die Defizitquote aus heutiger Sicht 109 mal größer als 3%, das heißt in über 40% der Fälle, und dabei 13 mal über drei oder mehr Jahre in Folge. Die Schuldenquote lag in weit weniger als der Hälfte der Fälle (41%) unter 60%, und durchgängig nur in Estland, Luxemburg, Lettland, Litauen und der Slowakei, während Belgien, Griechenland, Italien und Österreich in keinem der betrachteten Jahre eine Schuldenquote unter 60% aufwiesen. Aktuell liegen außer Estland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta und der Slowakei alle Länder oberhalb der 60%-Grenze.<sup>10)</sup> Das mittelfristige Haushaltsziel eines annähernd ausgeglichenen strukturellen Haushalts wurde selten erreicht. Bei der Beurteilung der Fiskalregeln ist sicherlich zu berücksichtigen, dass die Entwicklung seit 2008 stark durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt war. Auch können sich die Daten aus heutiger Sicht von den Ergebnissen zum Zeitpunkt der Verfahrensentscheidungen – etwa durch methodische Veränderungen – unterscheiden, und in der Einzelfallbetrachtung könnten Ausnahmen einige der Zielverfehlungen entschuldigen. In der Gesamtschau sind aber die Fiskalregeln und ihre Umsetzung nicht als erfolgreich zu werten. Dies zeigt auch der folgende detailliertere Blick auf ausgewählte Aspekte und Beispiele der konkreten Umsetzung.

## ■ Präventiver Arm

*Annähernd strukturell ausgeglichene Haushalte vereinbart*

Die europäischen Fiskalregeln sehen vor, dass die Mitgliedstaaten einen strukturell annähernd ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Die genaue Höhe des mittelfristigen Haushaltszieles legen die einzelnen Mitgliedstaaten fest, wobei im Fiskalpakt vereinbart wurde, dass grundsätzlich ein strukturelles Defizit von 0,5% des BIP nicht überschritten werden soll.

## Ermittlung der erforderlichen Anpassung bei Verfehlung

Solange das MTO noch nicht erreicht ist, soll die strukturelle Defizitquote jährlich um 0,5 Prozentpunkte zurückgeführt werden. Dieser Anpassungspfad (siehe Punkt 1 im Schaubild auf S. 33) wird aber in Abhängigkeit vor allem von der Konjunkturlage, gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Produktionslücke und dem Wachstum des BIP-Potenzials, und der Schuldenhöhe gemäß der sogenannten Matrix (siehe Tabelle auf S. 34) feinjustiert. In „außergewöhnlich schlechten Zeiten“ und unter Umständen in „schlechten Zeiten“ kann sogar vollständig auf eine strukturelle Verbesserung verzichtet werden. Dabei fällt die von der Kommission gewählte Granulierung asymmetrisch zugunsten einer geringeren Konsolidierung aus, insbesondere da in Echtzeit – zum Zeitpunkt der Bewertung – sehr selten eine positive Produktionslücke ausgewiesen wird.

*Das mittelfristige Haushaltsziel soll – eigentlich – zügig erreicht werden*

Eine Abweichung von diesem Anpassungspfad zum MTO kann durch Rückgriff auf eine oder mehrere Ausnahmen entschuldigt werden. Diese wurden im Zeitverlauf immer zahlreicher. So können beispielsweise Strukturreformen und Investitionsausgaben berücksichtigt werden. Strukturreformen, die das langfristige Wachstumspotenzial erhöhen und daher auch vor dem Hintergrund der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen empfehlenswert sind, sollen dadurch erleichtert werden. Allerdings

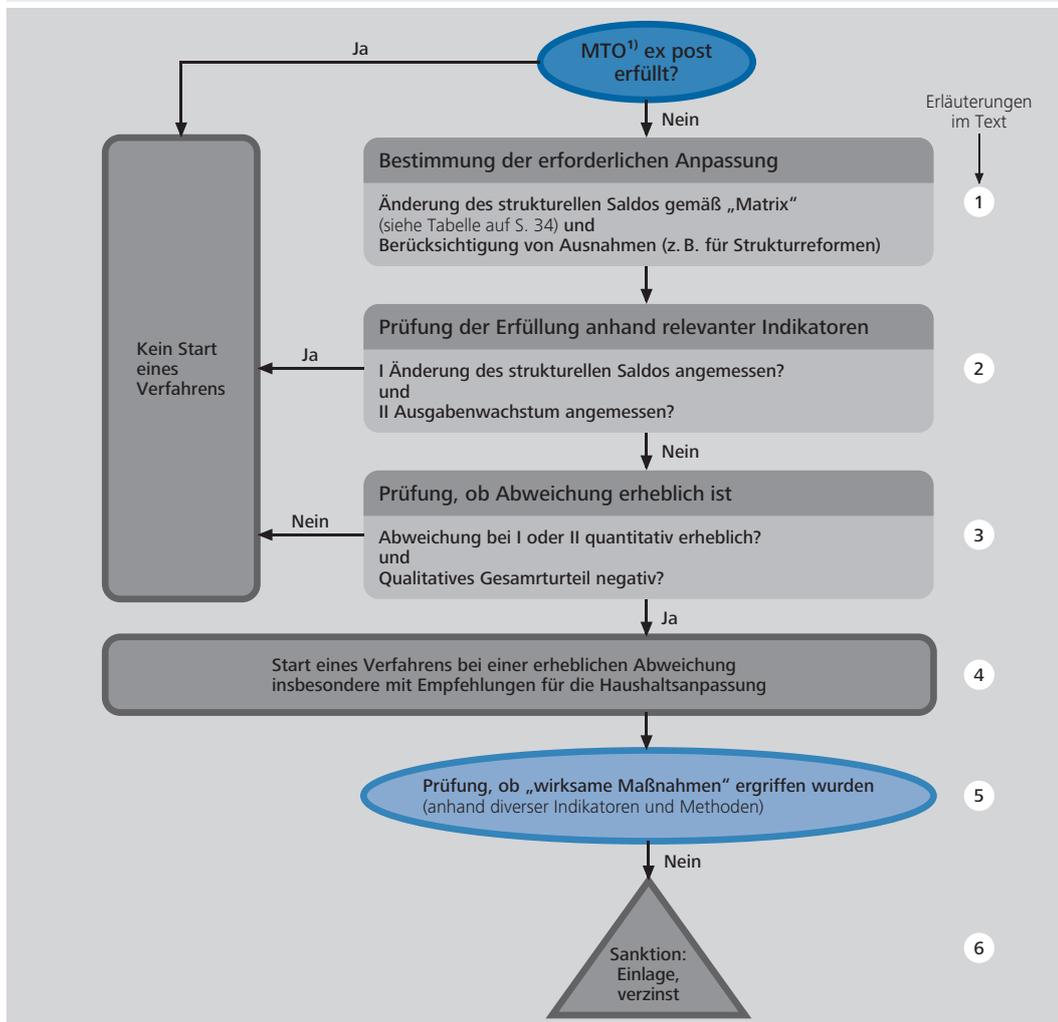
*Ausnahmen für Strukturreformen und Investitionsausgaben ...*

<sup>8</sup> Die Entscheidungen gemäß den Vorlagen der Kommission kommen grundsätzlich dann zustande, wenn der Rat diese mit qualifizierter Mehrheit annimmt. Für einige Verfahrensschritte, die im Jahr 2011 eingeführt wurden, insbesondere die Sanktionen, sind aber umgekehrte qualifizierte Mehrheiten vereinbart worden, d. h. eine Vorlage der Kommission gilt als angenommen, wenn der Rat diese nicht mit einer qualifizierten Mehrheit zurückweist. Im Rahmen des zwischenstaatlichen Fiskalpacts haben die Länder auch bekundet, bei allen Verfahrensschritten in einem Defizitverfahren bezüglich des Referenzwertes für die Defizitquote gegen einen Teilnehmerstaat faktisch mit umgekehrter qualifizierter Mehrheit vorzugehen.

<sup>9</sup> Berücksichtigt werden die Werte aller jetzigen Euro-Länder, jeweils ab dem Zeitpunkt ihres Beitritts. Die Kommission stellt für den strukturellen Saldo Werte erst ab dem Jahr 2010 bereit.

<sup>10</sup> Siehe dazu auch: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Mai 2017, a. a. O.

Vereinfachtes Schema zur Prüfung im präventiven Arm  
 des Stabilitäts- und Wachstumspakts



**1** Medium Term Objective: Mittelfristiges Haushaltsziel.  
 Deutsche Bundesbank

sind die (positiven) Wirkungen auf das Wachstumspotenzial häufig nicht verlässlich nachweisbar und umstritten. Die Ausnahmebewährung ist daher mit erheblichen Ermessensspielräumen verbunden. Zudem kann die Ausnahme auch bei einer Bewertung vergangener Jahre sogar für lediglich geplante Reformen berücksichtigt werden. Eine Verschärfung der Konsolidierungsanforderungen, wenn Maßnahmen in die falsche Richtung wirken, ist dagegen nicht vorgesehen. Bei der Investitionsklausel fehlt eine klare Abgrenzung der berücksichtigungsfähigen Ausgaben. Hierüber können potenziell vielfältige Ausgaben der Begrenzung durch die Fiskalregeln entzogen werden, sofern sie im Zusam-

menhang mit Projekten getätigt wurden, die auch durch Mittel des EU-Haushalts finanziert werden. Zudem ist ebenso wie bei den Strukturreformen ein positiver Einfluss der Investitionsausgaben auf die Tragfähigkeit nicht per se gesichert und schwer nachweisbar. Die mit diesen Ausnahmen zu legitimierende Abweichung vom Anpassungspfad kann gleichwohl durchaus beträchtlich sein. Sie kann bis zu 0,5% des BIP je Klausel und insgesamt maximal 0,75% des BIP betragen. Die Abweichung vom Niveau des strukturellen Saldos ohne Ausnahme ist derzeit



*Neben  
strukturellem  
Defizitziel steht  
Ausgaben-  
wachstums-  
obergrenze*

grenzen für das Ausgabenwachstum festgelegt (siehe Punkt 2 im Schaubild auf S. 33).<sup>13)</sup> Hat ein Land das MTO noch nicht erfüllt, muss das Ausgabenwachstum in einem mit der verlangten Verbesserung der strukturellen Defizitquote kompatiblen Maß unter dem Wachstum des Potenzial-BIP liegen (es sei denn, der stärkere Ausgabenanstieg wird durch gleichzeitig beschlossene Einnahmenerhöhungen kompensiert). Dabei sollte mit der Ausgabenregel ursprünglich erreicht werden, dass unerwartete Mehreinnahmen nicht umgehend in Ausgabensteigerungen umgesetzt, sondern zur Rückführung der Defizite genutzt werden. Hiermit sollte übermäßigen Defiziten bei einer Umkehr des Einnahmen-Booms vorgebeugt werden.<sup>14)</sup> Diese Intention ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings wird die Ausgabenregel bei Übererfüllung des MTO nicht angewendet. Zudem fallen die jeweiligen Berechnungen außerordentlich komplex aus, und im Zusammenspiel mit dem strukturellen Saldo bieten sich tendenziell zusätzliche Exkulpationsmöglichkeiten.<sup>15)</sup>

## Nur erhebliche Verfehlungen problematisch

*Eskalation nur  
bei „erheblicher“  
Abweichung*

Eine Abweichung der Veränderung des strukturellen Saldos oder beim Ausgabenwachstum vom erwarteten Anpassungspfad im präventiven Arm wird nur dann als problematisch erachtet, wenn sie 0,5% des BIP in einem Jahr oder durchschnittlich jährlich 0,25% in zwei aufeinander folgenden Jahren beträgt beziehungsweise bewirkt. Ein Verfahren bei einer erheblichen Abweichung für Ex-post-Verfehlungen könnte im Prinzip starten, wenn einer der beiden Indikatoren (Änderung des strukturellen Saldos oder Ausgabenwachstum) in diesem Sinne erheblich abweicht. Aber die Kommission muss dann erst in einer umfassenden Beurteilung, für die keine konkreten Kriterien vorgegeben sind, feststellen, dass die Abweichung insgesamt auch qualitativ als erheblich zu beurteilen ist. Erst in diesem Fall startet das Verfahren mit einer Warnung der Kommission an das Land (siehe Punkt 4 im Schaubild auf S. 33). Dieser

Warnung folgt eine Empfehlung des Rates, die einen künftigen Anpassungspfad und eine Frist von längstens fünf Monaten vorgibt, in der auf diese Empfehlung zu reagieren ist. Wird im weiteren Verlauf festgestellt, dass diese Frist versäumt wurde, so soll der Rat auf Empfehlung der Kommission eine Sanktion in Form einer Einlage des Landes bei der EU von 0,0% bis 0,2% des BIP verlangen (siehe Punkt 6 im Schaubild auf S. 33). Wird die erhebliche Abweichung im weiteren Verlauf behoben, wird die Einlage verzinst (mit dem Zinssatz, der dem Kreditrisiko der Kommission für den betreffenden Einlagezeitraum entspricht) zurückgezahlt. Verschlechtert sich die Lage so weit, dass ein übermäßiges Defizit (korrekativer Arm) festgestellt wird, wird die verzinsliche in eine unverzinsliche Einlage umgewandelt.<sup>16)</sup>

## Fazit zum präventiven Arm

Insgesamt ist die Wirksamkeit des präventiven Arms gering. Die Möglichkeiten, regelkonform dauerhaft und durchaus substanziell vom Haushaltsziel abzuweichen, sind erheblich, und die

---

**13** Zu Problemen einer Ausgabenregel, deren Bestandteil der Umfang diskretionärer (einnahmenseitiger) Maßnahmen ist, s. u.

**14** Ein Anstieg der Einnahmen, der stärker ausfällt als das BIP-Wachstum, wird als sog. „Einnahmen-Windfall“ interpretiert – soweit er nicht auf Einnahmen erhöhende Maßnahmen zurückzuführen ist. Gerade in der Krise hat sich gezeigt, dass im Vorfeld zu verzeichnende „Einnahmen-Windfalls“ oftmals nur temporärer Natur waren und deren Umkehr dann im weiteren Verlauf zu rasant steigenden Defiziten führte.

**15** Da die Änderung des strukturellen Saldos und die Ausgabenwachse aufgrund spezieller methodischer Ausprägungen auch aus anderen Gründen als „Einnahmen-Windfalls“ und „Einnahmen-Shortfalls“ voneinander abweichen können, wird die Bewertung der Ergebnisse schwierig. Grundsätzlich besteht zwar eine enge Beziehung zwischen den Zielen für die strukturelle Saldenverbesserung und für die Ausgabenwachstumsrate. Allerdings kann bspw. ein Unterschied daher rühren, dass im Fall der Ausgabenregel auf das mittelfristige durchschnittliche Potenzialwachstum Bezug genommen wird, während bei dem strukturellen Saldo hierfür der Wert für das aktuelle Jahr relevant ist. Außerdem kann etwa eine Fehleinschätzung der Auswirkungen der berücksichtigten diskretionären Einnahmemaßnahmen zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Das Gleiche gilt für anders als prognostizierte Entwicklungen von solchen Ausgaben, die nicht in der für die Ausgabenregel relevanten Abgrenzung enthalten sind (z. B. Zinsen).

**16** Es ist unklar, wie diese Sanktion bei einem negativen Zins zu handhaben wäre.

*Präventiver Arm insgesamt kompliziert, intransparent und mit sehr geringer Bindungswirkung*

Kommission hat dabei einen weiten Ermessensspielraum. So wurde bislang noch für kein Euro-Land eine erhebliche Abweichung vom Anpassungspfad festgestellt – selbst dann nicht, wenn sich die strukturelle Defizitquote erhöht hatte. Zudem sind Planbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Regeleinhaltung aufgrund der hohen Komplexität nicht gegeben. Auch besteht offenbar häufig kein ausreichender Anreiz zur Einhaltung der eigentlichen Zielvorgabe. Die drohenden finanziellen Sanktionen fallen ihrer Höhe nach kaum ins Gewicht. In der Folge droht das MTO in vielen Fällen ein Ziel zu bleiben, das nicht erreicht wird.

## ■ Korrektiver Arm: Defizitregel

### Verfahrensablauf

*Verfahren können bei anhaltender Missachtung verschärft werden*

Im korrektiven Arm wird in der Regel ein „Verfahren bei einem übermäßigen Defizit“ eingeleitet, wenn die Defizitquote des abgelaufenen Jahres über 3% lag (siehe Punkt A im Schaubild auf S. 37). Eine Defizitquote über 3% gilt in der Regel nicht als übermäßig, wenn die Verfehlung temporär, eng begrenzt und auf ein außergewöhnliches Ereignis zurückzuführen ist (siehe Punkt A1 im Schaubild auf S. 37).<sup>17</sup> Wird aber ein übermäßiges Defizit festgestellt, wird zugleich eine Empfehlung ausgesprochen, bis wann dieses zu korrigieren ist (d. h. die Defizitquote zumindest wieder auf 3% zurückzuführen ist; siehe Punkt 1 im Schaubild auf S. 37). Der Referenzwert bezieht sich zwar auf die unbereinigte Defizitquote, gleichwohl beinhalten die Empfehlungen auch quantitative Vorgaben zur Verbesserung des strukturellen Saldos sowie zum Umfang der konkret zu ergreifenden Konsolidierungsmaßnahmen. Nach einer Frist von maximal sechs Monaten hat die Kommission zu prüfen, ob wirksame Maßnahmen ergriffen wurden (siehe Punkt 2 im Schaubild auf S. 37). Bei einer mehrjährigen Korrekturfrist ist diese Prüfung zu späteren Zeitpunkten zu wiederholen. Bei positivem Ergebnis der Überprüfung sind keine weiteren Schritte erforderlich, und bei fristgerechter Einhaltung der 3%-Grenze

wird das Verfahren schließlich beendet. Wenn attestiert wurde, dass wirksame Maßnahmen in ausreichender Höhe ergriffen worden sind, das Ziel jedoch gemäß Prognose trotzdem nicht eingehalten wird, können die Empfehlungen unter Umständen angepasst werden. Dabei kann insbesondere die Korrekturfrist verlängert werden. Falls aber festgestellt wird, dass keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden, ist das Verfahren zu verschärfen (Inverzugsetzung; siehe Punkt 3.1 im Schaubild auf S. 37).

Im Defizitverfahren sind dann auch finanzielle Sanktionen vorgesehen<sup>18</sup>) (siehe Punkt 3.2 im Schaubild auf S. 37). Als Sanktion ist zum einen eine Geldbuße zu verhängen, die bis zu 0,2% des BIP des betroffenen Landes betragen kann (in Deutschland wären dies derzeit rund 6½ Mrd €). Die Geldbuße kann jedoch auch auf einen Wert von null gesetzt werden, wenn außergewöhnliche wirtschaftliche Umstände oder begründete Einwände des betroffenen Landes angeführt und von der Kommission und dem Rat akzeptiert werden. Neben einer Geldbuße muss die Kommission zum anderen die Aussetzung von Struktur- und Investitionsfondsmitteln des EU-Haushalts vorschlagen. Dieser Schritt kann wiederum insbesondere dann finanziell folgenlos bleiben,<sup>19</sup> wenn die in der Verfahrensverschärfung neu festgelegten notwendigen Korrekturmaßnahmen fristgerecht vorgenommen werden. Dies ist nach weiteren maximal vier Monaten zu prüfen (siehe Punkt 4 im Schaubild auf S. 37). Wurden bis dahin keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, können – zusätzlich zum Aussetzen der Mittel des EU-Haushalts und der vorangegangenen Geldbuße – nochmals finanzielle Sanktionen von bis zu 0,5% des BIP verhängt werden (siehe Punkt 5

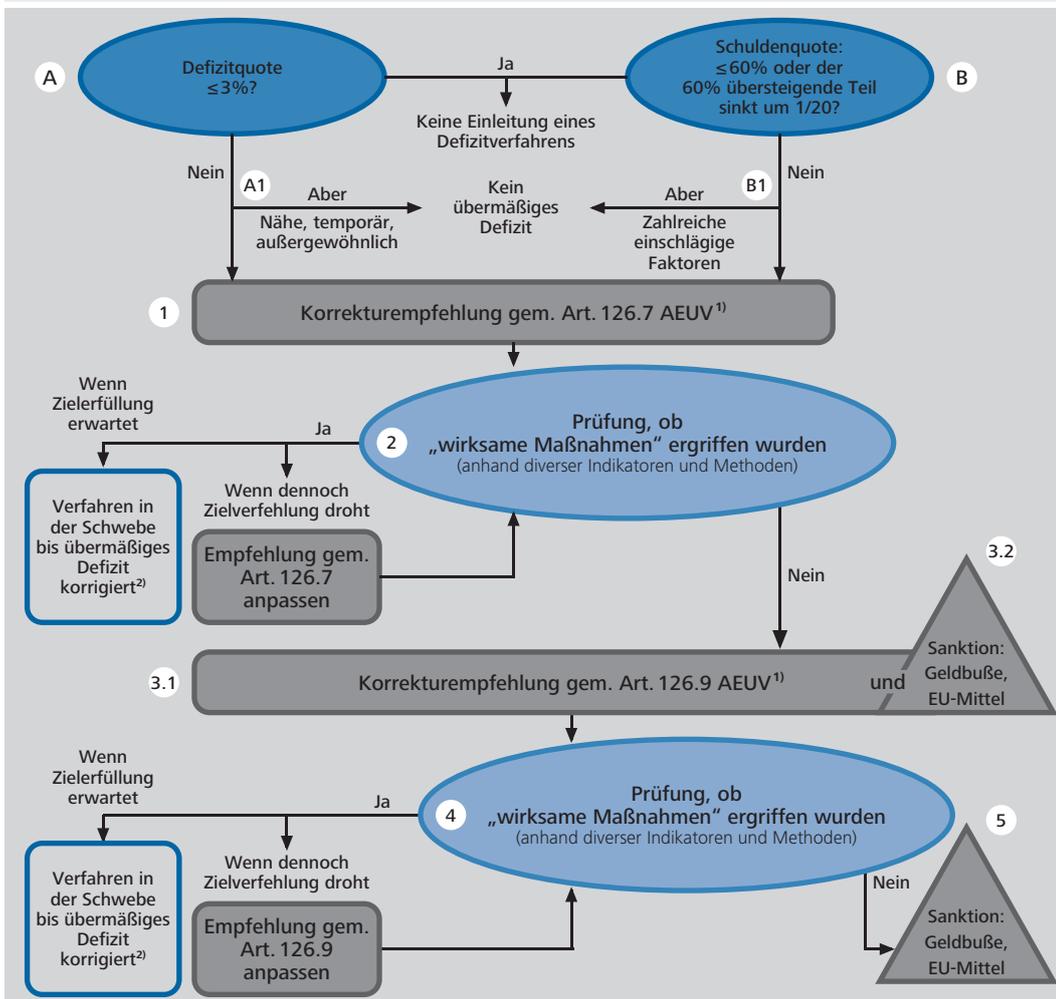
*Finanzielle Sanktionen möglich, ...*

<sup>17</sup> Prinzipiell ist vorgesehen, dass auch schon eine geplante oder prognostizierte Referenzwertverfehlung mit einer Verfahrenseinleitung zu ahnden ist.

<sup>18</sup> Seit dem Jahr 2011 sind Sanktionen bereits zu diesem frühen Zeitpunkt möglich. Zuvor konnten sie nur bei anhaltender Verfehlung nach der Verfahrensverschärfung (126.9 AEUV) ergriffen werden.

<sup>19</sup> Bezüglich der Höhe der auszusetzenden Mittelbindungen sind zahlreiche Bestimmungen zu beachten, sodass die finanzielle Last auch hier gering ausfallen oder null betragen kann.

Vereinfachtes Schema zum Defizitverfahren  
 (korrekativer Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts)



**1** Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). **2** Bzw. bei mehrjährigen Korrekturfristen wiederholte Prüfung, ob „wirksame Maßnahmen“ ergriffen wurden.  
 Deutsche Bundesbank

im oben stehenden Schaubild). Diese Geldbuße kann jährlich erneuert werden, bis das übermäßige Defizit korrigiert ist.

2015 keine wirksamen Maßnahmen ergriffen hatten. Die Verfahren wurden verschärft, die von der Kommission vorgeschlagene und vom Rat beschlossene Höhe der Sanktion betrug jedoch null. Der Vorschlag zur Aussetzung der Mittel aus dem EU-Haushalt wurde nicht unterbreitet, und diese Sanktionsandrohung wurde dann im weiteren Verlauf durch die Feststellung obsolet, dass anschließend wirksame Maßnahmen zur Korrektur des Defizits innerhalb der neuen Frist ergriffen wurden.

*... aber bislang noch nicht verhängt*

Bislang wurden de facto noch keine finanziellen Sanktionen verhängt. Zwar wurde beispielsweise im Jahr 2013 festgestellt, dass Belgien keine wirksamen Maßnahmen ergriffen hatte, und daraufhin das Verfahren verschärft. Eine Sanktion wurde aber nicht vorgeschlagen. Nachdem im Frühjahr 2016 die Kommission ihre Empfehlung bezüglich Spanien und Portugal erst mit Verzögerung vorlegte, wurde schließlich im Juli, nach der Parlamentswahl in Spanien, festgestellt, dass Spanien und Portugal

## Zur Prüfung, ob wirksame Maßnahmen ergriffen wurden

*Feststellung wirksamer Maßnahmen neuralgischer Punkt im Verfahren, ...*

Der eigentlich entscheidende Schritt im zuvor beschriebenen Defizitverfahren ist die Prüfung, ob wirksame Maßnahmen ergriffen wurden. Hieran hängen der weitere Fortgang des Verfahrens und im äußersten Fall Sanktionen. Dennoch sind die diesbezüglichen Bestimmungen in den Verordnungen sehr vage und auslegungsbedürftig. Zudem wurden sie wiederholt angepasst, sodass ein positives Urteil auch dann gefällt werden konnte, wenn die Empfehlungen zumindest auf den ersten Blick (zum Teil erheblich) verfehlt wurden.

*... Bestimmungen jedoch mit beträchtlichem prozeduralem Spielraum, ...*

Während für die erste Prüfung nach Feststellung des übermäßigen Defizits und anschließend an die Inverzugsetzung noch geregelt ist, wann diese durchzuführen ist (nach maximal sechs bzw. vier Monaten), liegt diese Entscheidung bei mehrjährigen Korrekturfristen im weiteren Verlauf im Ermessen der Kommission. Damit können Entscheidungen stark verzögert werden. Darüber hinaus sind die Bestimmungen über die bei der Prüfung einzubeziehenden Jahre unpräzise. Bei der erstmaligen Prüfung ist die prognostizierte Entwicklung an den Vorgaben zu messen. Bei nachfolgenden Prüfungen im Rahmen des gleichen Verfahrens hat die Kommission in der Vergangenheit fallweise nur vergangene Jahre oder auch Prognose-Jahre einbezogen. So hat die Kommission Frankreich im Frühjahr 2013 wirksame Maßnahmen bescheinigt, was eine Fristverlängerung um zwei Jahre ohne Verfahrensverschärfung ermöglichte. Dabei schloss die Prüfung die Prognose für das Jahr 2013 mit ein. Ende Februar 2015 basierte hingegen das positive Urteil der Kommission für Frankreich (und damit wieder eine Fristverlängerung um zwei Jahre ohne Verfahrensverschärfung) lediglich auf der Entwicklung vergangener Jahre. Unter Einbeziehung der Prognose für 2015 wäre dies wohl eher nicht möglich oder zumindest schwieriger zu begründen gewesen.

Eine weitere Regelauslegung, die eine effektive Schuldenbegrenzung tendenziell aufweicht, betrifft die im Verfahren gemachten Korrekturempfehlungen. So werden Empfehlungen für die Entwicklung der Defizitquote sowohl in struktureller als auch in unbereinigter Betrachtung gegeben.<sup>20)</sup> Im Ergebnis ist aber das Erreichen nur einer dieser Vorgaben ausreichend.<sup>21)</sup> Dabei kann die Vorgabe für die unbereinigte Defizitquote jedoch auch durch nicht nachhaltige Entwicklungen, wie temporäre Maßnahmen, erfüllt werden, was zur Folge hat, dass die für die Korrektur des übermäßigen Defizits erforderliche Konsolidierungsanstrengung in den Folgejahren umso höher ausfallen muss. Dies wird aber wiederum mitunter zum Anlass genommen, die Frist zu verlängern – mit der Begründung, dass eine solch umfangreiche strukturelle Verbesserung hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Folgen nachteilig und zu ambitioniert sei. Dies war beispielsweise in Spanien der Fall.<sup>22)</sup> Mit Blick auf die Korrekturfrist und den vorgegebenen Anpassungspfad besteht insgesamt ein erheblicher Entscheidungsspielraum. Zwar sind grundsätzlich eine Frist von einem Jahr und eine strukturelle Anpassung von jährlich mindestens 0,5% des BIP vorgesehen. Doch können entweder eine höhere Konsolidierung festgelegt oder die Korrekturfrist verlängert werden. Die diesbezügliche Entscheidung kann wiederum mit zahlreichen und sehr un-

*... mit dem die Konsolidierung aufgeschoben werden kann*

<sup>20</sup> Zudem wird der Umfang für Konsolidierungsmaßnahmen („bottom-up“) empfohlen, siehe dazu Ausführungen weiter unten.

<sup>21</sup> Bezüglich der Beurteilung, ob das übermäßige Defizit fristgerecht korrigiert wurde und das Verfahren beendet wird, ist immer nur die unbereinigte Defizitquote ausschlaggebend.

<sup>22</sup> Ohne die geforderte strukturelle Verbesserung wurde das Zwischenziel für die unbereinigte Defizitquote 2014 erreicht, das endgültige Ziel im Jahr 2015 jedoch nicht mehr. Die darauf folgende Verfahrensverschärfung sah dann aufgrund des hohen Konsolidierungsbedarfs anstelle der zuvor erwarteten Korrektur im Jahr 2016 eine Verlängerung bis 2018 vor.

bestimmten „einschlägigen Faktoren“ weitgehend freihändig begründet werden.<sup>23)</sup>

*Auch durch Konkretisierung der Bewertungsmethoden entstehen Möglichkeiten zur Exkulpation*

Zusätzlich zu den bereits genannten prozeduralen Spielräumen wurden im Rahmen der Prüfung wirksamer Maßnahmen Methoden eingeführt, die es ermöglichen, „unverschuldete“ Abweichungen vom empfohlenen Korrekturpfad nicht zu ahnden. So wird im Rahmen der Regeln die zum Bewertungszeitpunkt ausgewiesene Änderung des strukturellen Saldos mit sogenannten Alpha- und Beta-Korrekturen um unerwartete Entwicklungen der Einnahmen und des Potenzial-BIP bereinigt, bevor sie mit der ursprünglichen Empfehlung verglichen wird.<sup>24)</sup> Dies mag auf den ersten Blick naheliegend erscheinen. Im Ergebnis werden die Mitgliedstaaten aber von der Verantwortung für die Regelinhaltung befreit. Dabei sind die Probleme aus Staatsverschuldung letztlich unabhängig davon, ob diese aus vorhersehbaren oder unerwarteten Entwicklungen resultieren. Daher wäre im Defizitverfahren sicherlich eine vorsichtige, auf Sicherheitsabstände zur Defizitobergrenze bedachte Haushaltsplanung zielführender. Zudem sind die diesbezüglich herangezogenen komplexen Methoden im Zusammenspiel mit hohen Datenanforderungen kaum nachvollziehbar. Auch haben die Mitgliedstaaten einen erheblichen Informationsvorteil hinsichtlich der einzuspeisenden Daten, der strategisch genutzt werden kann. So spielt die Quantifizierung finanzpolitischer Maßnahmen auf der Einnahmenseite eine ausschlaggebende Rolle. Hier ist die Kommission jedoch von den Schätzungen der Länder abhängig, die sie im Detail kaum überprüfen kann – etwa zu Mehreinnahmen im Zusammenhang mit einer verbesserten Steuerverwaltung.

*Vermehrung von Indikatoren liefert weitere Exkulpationsmöglichkeiten, ...*

Parallel zur vorgenannten Prüfung der Rückführung struktureller Defizite soll zudem die Fiskalpolitik anhand des Umfangs der ergriffenen Maßnahmen bewertet werden. Im sogenannten „Bottom-up-Ansatz“ wird dabei (dem Prinzip nach ähnlich wie im präventiven Arm) überprüft, ob die einnahmenseitigen Maßnahmen im Zusammenspiel mit der Änderung des Ausgaben-

wachstums mindestens so groß sind, dass die empfohlene (strukturelle) Konsolidierung erreicht wird. Ebenso wie bei der Beta-Korrektur muss auch hier die Wirkung der Einnahmenmaßnahmen quantifiziert werden, wodurch die bereits zuvor erwähnten Probleme auftreten. Hinzu kommt, dass auch die Entwicklung der Ausgaben ohne zusätzliche Maßnahmen ex ante zu treffend quantifiziert werden muss.<sup>25)</sup>

---

**23** Die einschlägigen Faktoren sind in Art. 1 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 1177/2011 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit genannt: „a) die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung, insbesondere Potenzialwachstum einschließlich der verschiedenen Beiträge von Arbeit, Kapitalbildung und der totalen Faktorproduktivität, der Konjunkturentwicklungen und des Finanzierungssaldos des privaten Sektors; b) die mittelfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte einschließlich insbesondere den Fortschritt im Hinblick auf die Anpassung an das mittelfristige Haushaltsziel, die Höhe des Primärsaldos und die Entwicklungen bei den Primärausgaben in der laufenden Rechnung und in der Kapitalrechnung, die Umsetzung von politischen Maßnahmen im Rahmen der Vorbeugung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte, die Umsetzung politischer Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Wachstumsstrategie der Union und der Qualität der öffentlichen Finanzen insgesamt, insbesondere die Wirksamkeit des nationalen haushaltspolitischen Rahmens; c) die mittelfristige Entwicklung der Schuldenstandsquote, ihre Dynamik und Tragfähigkeit, einschließlich insbesondere Risikofaktoren, wie die Fälligkeitsstruktur und Währungszusammensetzung der Schulden, sowie Bestandsanpassungen und deren Zusammensetzung, kumulierte Rücklagen und andere Vermögenswerte des Staates, Garantien, insbesondere solche gegenüber dem Finanzsektor, und implizite Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Bevölkerungszusammensetzung und der privaten Verschuldung, insoweit diese implizite Verbindlichkeiten für den Gesamtstaat darstellen kann. Die Kommission schenkt allen sonstigen Faktoren gebührende und ausführliche Beachtung, die aus Sicht des betreffenden Mitgliedstaats von Bedeutung sind, um die Einhaltung der Defizit- und Schuldenkriterien in umfassender Weise zu beurteilen, und die der Mitgliedstaat dem Rat und der Kommission vorgelegt hat. In diesem Zusammenhang werden insbesondere finanzielle Beiträge zur Förderung der internationalen Solidarität und zur Erreichung der politischen Ziele der Union, die Schulden aufgrund der bilateralen und multilateralen Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten im Kontext der Wahrung der Finanzstabilität und die Schulden im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzen bei größeren finanziellen Störungen berücksichtigt.“

**24** Die darüber hinaus auch noch mögliche Gamma-Korrektur um andere unerwartete Ereignisse ist im Regelwerk nicht näher oder abschließend spezifiziert.

**25** Der empfohlene Umfang zu ergreifender Maßnahmen ist dann nicht mit der gewünschten Verbesserung des strukturellen Saldos kompatibel, wenn die Entwicklung der Ausgaben und der Einnahmen zum Zeitpunkt der Empfehlung falsch eingeschätzt wird. Im Ergebnis könnte eine unzureichende Konsolidierung durch einen Prognosefehler entschuldigt werden.

*... auch weil der eine gegen den anderen Indikator aufgewogen werden kann*

In der Prüfung, ob wirksame Maßnahmen ergriffen wurden, wird schließlich betrachtet, ob die Vorgaben des Bottom-up-Ansatzes und die Vorgaben für die strukturelle Verbesserung erreicht wurden. Etwaige Divergenzen sollen zwar grundsätzlich aufgeklärt werden, dies ist jedoch nicht immer zweifelsfrei möglich. In der Vergangenheit wurde jedenfalls bestätigt, dass wirksame Maßnahmen ergriffen wurden, obwohl nur eines der beiden Kriterien erfüllt war, während das andere erheblich verfehlt wurde. Die Regeln lassen schließlich sogar auch dann ein abweichendes Urteil zu, wenn auf Basis beider Methoden eine unzureichende Konsolidierung ausgewiesen wird – und zwar auf Grundlage einer abschließenden Gesamtbewertung, für die es keine konkreten Kriterien gibt. So wurde beispielsweise Frankreich im Frühjahr 2014 bei Verfehlung der nominalen Vorgaben das Ergreifen wirksamer Maßnahmen bescheinigt, obwohl sowohl die Veränderung des strukturellen Saldos (mit und ohne Korrektur) als auch der Umfang der Maßnahmen hinter den Empfehlungen zurückblieben. Ausschlaggebend hierfür war dann, dass die verbleibende Verfehlung mit 0,1% des BIP als geringfügig eingestuft wurde.<sup>26)</sup>

*Künftig wohl Vereinfachung durch Einführung des Ausgabenrichtwerts*

Die Kommission hat für die Zukunft eine veränderte Vorgehensweise im Defizitverfahren in Aussicht gestellt. So sollen der Bottom-up-Ansatz und die Korrektur des strukturellen Saldos um unerwartete Entwicklungen (Alpha- und Beta-Korrektur) durch eine Ausgabenwachstumsobergrenze ersetzt werden, die ex ante mit der empfohlenen Rückführung der Defizitquote (unbereinigt und strukturell) kompatibel ist. Dies würde eine Vereinfachung darstellen. Allerdings spielen auch hier insbesondere die schwer zuverlässig zu beziffernden diskretionären Einnahmenmaßnahmen eine Rolle. Zudem würden mit diesem Ansatz im Ergebnis weiterhin alle Entwicklungen, die von der Prognose abweichen, als unverschuldet exkulpiert. Dies hätte zur Folge, dass auch künftig wirksame Maßnahmen attestiert werden könnten, selbst wenn die zuvor geforderte strukturelle Verbesserung im Nachhinein deutlich verfehlt würde.<sup>27)</sup> Schließ-

lich könnte die Kommission im Hinblick auf die wirksamen Maßnahmen auch bei Verfehlung der quantitativen Ausgabenobergrenze weiterhin quasi freihändig eine positive abschließende Gesamtbewertung abgeben, für die keine konkreten Kriterien festgelegt wurden.

## Fazit zum korrektiven Arm: Defizitregel

In der Gesamtschau beinhaltet das Defizitverfahren viele Ausnahmen, Besonderheiten und Entscheidungsspielräume, sodass anhaltend hohe Defizite über dem Referenzwert regelkonform möglich sind. Die Konsolidierung lässt sich erheblich verzögern. Aufgrund der Komplexität und des sehr weitreichenden Ad-hoc-Entscheidungsspielraums sind auch Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Verfahrens stark eingeschränkt. Die Methoden wurden immer wieder geändert und sind – selbst für Fachleute – kaum nachvollziehbar. Daher entsteht der Eindruck, das Verfahren werde an gewünschte Prüfungsergebnisse angepasst. Die Mitgliedstaaten wurden in weiten Teilen aus der Verantwortung für das tatsächliche Erreichen der Zielwerte entlassen. Hierdurch sind die Anreize zur Einhaltung der Referenzwerte und damit deren Bindungswirkung eingeschränkt. Zwar sind Verfehlungen grundsätzlich sanktionsbewehrt, und finanzielle Sanktionen können zu einem recht frühen Zeitpunkt verhängt und bei anhaltender Verfehlung eskaliert werden. Allerdings sind diese in der praktischen Haushaltsüberwachung nach den bisherigen Erfahrungen äußerst unwahrscheinlich.

*Regeln zur Korrektur eines übermäßigen Defizits nicht überzeugend*

<sup>26</sup> Anstelle aufgrund einer „nur“ geringen Verfehlung vom regulären Prozess abzuweichen, könnte das Verfahren regulär angewendet, aber die geringe Abweichung ggf. bei der Sanktionsbemessung berücksichtigt werden.

<sup>27</sup> Dies könnte etwa daran liegen, dass sich Ausgabenkomponenten, die nicht in die Berechnung der Ausgabenobergrenze einfließen, anders als erwartet entwickeln. Z. B. werden Zinsausgaben ausgeklammert.

## Korrektiver Arm: Schuldenregel

*Defizitverfahren  
auch bei  
Verletzung des  
Schulden-  
kriteriums  
möglich, ...*

Im korrektiven Arm kann ein „Verfahren bei übermäßigem Defizit“ auch im Zusammenhang mit dem Schuldenkriterium eingeleitet werden (siehe Punkt B im Schaubild auf S. 37).<sup>28)</sup> So wurde für eine Schuldenquote oberhalb des Referenzwertes von 60% die Vorgabe, dass diese „hinreichend rückläufig“ und sich „rasch genug dem Referenzwert nähern“ soll, im Jahr 2011 operationalisiert. Die Vorgabe gilt als erfüllt, wenn sich der Abstand zum Referenzwert in den vergangenen drei Jahren um jährlich durchschnittlich ein Zwanzigstel verringert hat. Ist dies nicht der Fall, gilt die Anforderung auch dann als erfüllt, wenn sich diese Verringerung für das letzte Jahr und die folgenden zwei Jahre gemäß der Kommissionsprognose ergibt. Zudem kann der Einfluss der Konjunktur im Zähler und im Nenner der Schuldenquote herausgerechnet werden.<sup>29)</sup> Wenn diese numerischen Ziele alle verfehlt werden, erstellt die Kommission einen Bericht. Sie prüft darin insbesondere auch die Bedeutung der oben genannten zahlreichen einschlägigen Faktoren<sup>30)</sup> (siehe Punkt B1 im Schaubild auf S. 37). Hierzu zählt etwa auch die Würdigung des „Fortschritts im Hinblick auf die Anpassung an das mittelfristige Haushaltsziel“, wobei nähere Bestimmungen fehlen (z. B. welche Jahre diesbezüglich wie zu berücksichtigen sind). Wenn die Gesamtbetrachtung einschließlich der einschlägigen Faktoren ergibt, dass das Kriterium für die Schuldenquote verfehlt wurde, so schlägt die Kommission dem Rat vor, ein übermäßiges Defizit festzustellen. Das Defizitverfahren entspricht dann dem zuvor beschriebenen Ablauf. Es wird also auch hier eine Frist gesetzt, und zur Korrektur werden Ziele für die unbereinigte sowie strukturelle Defizitquote und der Umfang der Maßnahmen empfohlen (Punkte 1ff. im Schaubild auf S. 37).

*... aber offenbar  
wegen Vielzahl  
von Faktoren  
unwahrscheinlich*

Letztlich ist die Feststellung eines übermäßigen Defizits hinsichtlich des Schuldenkriteriums wenig wahrscheinlich und auch bis heute in keinem Fall erfolgt. Beispielsweise wählte die Kom-

mission im Fall Italiens besonders großzügige Regelauslegungen. Unter anderem kann nun eine deutliche Verfehlung des Zieles für den Schuldenabbau offenbar sogar mit einer Verfehlung des anspruchsrärmeren präventiven Arms geheilt werden, sofern diese als nicht erheblich gewertet wird. Hiermit wurde die Schuldenregel als eigenständiges Kriterium ausgehebelt. Und sogar gegenüber einem Land mit besonders hohen Verbindlichkeiten wird darauf verzichtet, wichtige Impulse für eine spürbare Rückführung zu geben. Zudem ist auch bei der Schuldenregel nicht abschließend festgelegt, wann die Einhaltung zu prüfen ist. Im Fall Italiens hatte die Kommission im Mai 2016 bezüglich der Schuldenquote des Jahres 2015 geprüft und dabei eine neuerliche Prüfung für Herbst 2016 angekündigt. Der Bericht wurde aber erst im Februar 2017, nach dem Verfassungsreferendum in Italien, erstellt. Damit konnte nicht frühzeitig etwaigen Fehlentwicklungen entgegen gewirkt werden. Zudem kam es zu keiner Feststellung eines übermäßigen Defizits, obwohl im Februar-Bericht festgestellt wurde, dass das Schuldenkriterium gemäß Kommissionsprognose nicht eingehalten wird. Begründet wurde diese Vorgehensweise damit, dass die Verfehlung noch durch zusätzliche Maßnahmen im Jahr 2017 abgewendet werden könne. Im Mai 2017 erklärte die Kommission, dass zusätzliche Maßnahmen ergriffen wurden und daher zu diesem Zeitpunkt keine weiteren Verfah-

---

<sup>28</sup> Das Verfahren heißt zwar „Verfahren bei einem übermäßigem Defizit“, knüpft aber grundsätzlich an beiden Referenzwerten an.

<sup>29</sup> Für Mitgliedstaaten, die sich bei Inkrafttreten der neuen Bestimmung (November 2011) in einem Defizitverfahren befanden, wurden Übergangsbestimmungen festgelegt. Für einen Zeitraum von drei Jahren ab der Korrektur jenes übermäßigen Defizits, gelten für sie die Anforderungen des Schuldenkriteriums als erfüllt, wenn genügend Fortschritte bei der Einhaltung erzielt werden. Dies wird mit der Vorgabe zum sog. „minimum linear structural adjustment“ näher bestimmt, deren Einhaltung gewährleisten soll, dass das Schuldenkriterium am Ende der dreijährigen Übergangsfrist eingehalten wird. Bezogen auf die Beurteilung zum abgelaufenen Jahr 2016 sind davon noch Belgien, Zypern, Irland, die Niederlande, Österreich und Slowenien betroffen.

<sup>30</sup> Siehe Fußnote 23 auf S. 39.

rensschritte erforderlich seien.<sup>31)</sup> Die Schuldenquote ist von 132,1% im Jahr 2015 weiter gestiegen, und für das Jahr 2017 erwartet die Kommission 133,1%. Damit läge die Schuldenquote um 8 Prozentpunkte über dem Wert, der bei einer Verringerung über drei Jahre um jährlich ein Zwanzigstel erreicht worden wäre.

*Schuldenkriterium spätestens mit jüngster Implementierung wohl wirkungslos*

Insgesamt ist somit zwar zu begrüßen, dass die zunächst unbestimmten Anforderungen hinsichtlich des Schuldenkriteriums konkretisiert wurden. In der tatsächlichen Umsetzung ist die Schuldengrenze hierdurch jedoch kaum effektiver geworden. Selbst über mehrere Jahre steigende Schuldenquoten sind möglich, ohne dass ein übermäßiges Defizit festgestellt wird. Anreize zur Einhaltung der Vorgabe hinsichtlich eines deutlichen Abbaus überhöhter Verschuldung bestehen vor diesem Hintergrund hieraus kaum.

## ■ Schlussbemerkungen

*Bindungskraft des SWP ...*

Solide Staatsfinanzen in den einzelnen Mitgliedstaaten sind eine elementare Voraussetzung für eine stabilitätsorientierte Währungsunion. Fiskalregeln sollen hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten, indem sie der Verschuldungsneigung der politischen Akteure entgegenwirken und das Vertrauen in die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen stärken. Die grundlegenden quantitativen Vorgaben des SWP bieten dafür durchaus geeignete Voraussetzungen. Auch stehen im präventiven und korrektiven Arm Instrumente zur Verfügung, mit denen Kommission und Rat auf die zügige Korrektur von Fehlentwicklungen hinwirken könnten. So können anhaltende Verfehlungen sogar finanziell sanktioniert werden, um Anreize für ein Umsteuern zu einer soliden Haushaltsführung zu setzen.

*... nur noch schwach, ...*

Die Regeln und deren Auslegung wurden im Zeitverlauf wiederholt verändert. Obwohl als Lehre aus der Staatsschuldenkrise und insbesondere bei Ausweitung der fiskalischen und geldpolitischen Risikoteilung die Notwendigkeit einer stärkeren Bindungswirkung betont wurde,

hat dies im weiteren Verlauf eine geringe Rolle gespielt. Die gestiegene Bedeutung der Kommission im Rahmen des SWP führte nicht zu einer strikteren Umsetzung, sondern im Einvernehmen mit dem Rat (der Finanzministerinnen und -minister) wurde zunehmend auf die Flexibilisierung der Regeln gesetzt. Diese wurden immer komplexer, und es wurden beträchtliche Ermessensspielräume insbesondere zur Exkulpation von Verfehlungen eröffnet. Mittlerweile sind sie kaum noch nachvollziehbar. Es besteht der Eindruck, dass die Regelauslegung teils aus einem politischen Verhandlungsprozess resultiert. Dabei scheinen die Regeln an die Finanzpolitik der einzelnen Länder angepasst zu werden und nicht umgekehrt. Anreize für eine solide Fiskalpolitik wurden dabei zugunsten einer konjunkturellen Feinsteuerung über eine expansivere Finanzpolitik und anderer (wirtschafts-)politischer Ziele in den Hintergrund gedrängt. Im Ergebnis werden die regulären quantitativen Ziele und Vorgaben des SWP häufig verfehlt.

---

**31** Detaillierter: Die Kommission hatte bereits im Mai 2016 für Italien bezüglich des Jahres 2015 festgestellt, dass der rückblickende Teil der Schuldenregel verfehlt wurde, und sie erwartete gleichzeitig auch in der Vorausschau eine Verfehlung. Dies sollte aber insbesondere dadurch exkulpiert werden, dass die Anpassung zum MTO als relevanter Faktor berücksichtigt wird. Dabei befand es die Kommission als ausreichend, wenn der Anpassungspfad zum MTO im Jahr 2016 (also wiederum ex ante) „weitgehend“ eingehalten würde. D. h., sogar eine Verfehlung bei diesem Faktor wäre ausreichend, solange diese nicht erheblich ist. Jedoch nahm sie für diese Einschätzung nicht auf ihre Prognose Bezug, aus der eine quantitativ erhebliche Abweichung hätte geschlossen werden müssen, sondern sie unterstellte, dass die notwendige Anpassung noch durch weitere fiskalische Maßnahmen erfolgen werde. Im Prüfbericht zur Schuldenregel vom Februar 2017 wurde dann festgestellt, dass der Anpassungspfad zum MTO im Jahr 2016 (relevanter Faktor) nur dann als nicht erheblich verfehlt gelten könne, wenn 2017 eine erhebliche Abweichung vermieden würde. Da auch dies in der Prognose nicht abzusehen war, forderte die Kommission Italien auf, zusätzliche Maßnahmen von 0,2% des BIP zu ergreifen. Diese Bedingung wird nunmehr nach Ansicht der Kommission vom Mai 2017 erfüllt. Die Feststellung einer erheblichen Abweichung vom Anpassungspfad zum MTO kann dabei aber nur vermieden werden, da die Kommission von dem zuvor angekündigten Vorgehen bei der Berücksichtigung der flüchtlingsbezogenen Kosten abweicht (siehe Fußnote 12 auf S. 34). Die Kommission schlussfolgerte im Mai vor diesem Hintergrund, dass zu diesem Zeitpunkt keine weiteren Verfahrensschritte erforderlich seien.

*... wäre aber mit weitreichenden Reformen zu stärken*

Zwar sind die Defizitquoten insgesamt spürbar gesunken, doch die Schuldenquoten sind in vielen Mitgliedstaaten weiterhin sehr hoch. Das aktuelle Niedrigzinsniveau entlastet die Staatsfinanzen und hat in den letzten Jahren maßgeblich zum Defizitrückgang beigetragen. Die Probleme aus hohen Schulden werden damit stark gemindert. Es sollte sich aber nicht auf anhaltende Niedrigzinsen verlassen werden, und in allen Ländern ist ein zügiger Abbau sehr hoher Schuldenquoten zum Erreichen einer soliden Grundposition von elementarer Bedeutung. Auch um bei einer künftig weniger expansiven geldpolitischen Ausrichtung das Vertrauen in die Staatsfinanzen erhalten zu können, wäre es wichtig, die Wirksamkeit der Fiskalregeln und ihre Glaubwürdigkeit zu verbessern. Die grundlegenden quantitativen Ziele und Obergrenzen des SWP sollten wieder bedeutsamer werden; nicht zuletzt wäre die Einhaltung des strukturell annähernd ausgeglichenen Haushalts nachdrücklicher einzufordern. Eine deutliche Einschränkung der Ausnahmen, zu berücksichtigenden Faktoren und Bereinigungen wäre geboten. Dazu wären auch die Anpassungsvorgaben auf Basis gestaltungsfester und beständiger Methoden zu definieren. Die Regelbefolgung sollte zudem nicht am Konsolidierungsbemühen, sondern an den Ergebnissen gemessen werden. Des Weiteren könnte der bei Verfehlungen der Vorgaben resultierende stärkere Schuldenaufbau auf einem Kontrollkonto erfasst und im weiteren Verlauf wieder getilgt werden. Die Wirkung der automatischen Stabilisatoren sollte grundsätzlich im Rahmen der Regeln berücksichtigt werden. Überdies wären Ausnahmen für gravierende Krisensituationen sinnvoll. Allerdings sollte eine darüber hinausgehende aktive Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch ein Feinsteuern der Finanzpolitik nicht Bestandteil der Haushaltsregeln sein. Möglichkeiten dazu verblieben den Mitgliedstaaten, soweit sie dabei die Regelgrenzen nicht verletzen. Mit insgesamt einfachen und transparenten Zielen und Methoden wären die Entscheidungen in den Verfahren schließlich leichter nachvollziehbar und könnten

dann auch wieder von der Öffentlichkeit bewertet werden.

Ein Fortschritt im Hinblick auf die Implementierung der Fiskalregeln könnte potenziell erzielt werden, wenn zumindest die Überwachung der Haushalte und der Regeleinhaltung von der Kommission auf eine hierauf spezialisierte neue Institution übertragen würde. Eine insgesamt striktere Anwendung und im Ergebnis ein besserer Schutz durch widerstandsfähigere öffentliche Finanzen wären vor allem dann vorstellbar, wenn diese Institution unabhängig wäre und außer dem Mandat für solide Staatsfinanzen keine anderen, konkurrierenden politischen Ziele zu verfolgen hätte. Rechtskräftige Entscheidungen im Rahmen der Regeln – wie etwa die Feststellung eines übermäßigen Defizits – könnten auf der Grundlage der Prüfberichte wie bislang vom Rat getroffen werden. Zumindest die Vorbereitung sollte aber zielgenauer und unpolitischer sein – denn die Regeln sollten ja gerade der politischen Verschuldungsneigung entgegenwirken. Da die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen im Kontext des europäischen Krisenlösungsmechanismus eine entscheidende Rolle spielt und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) diesbezügliche Einschätzungen vorzulegen hat, könnte auch eine Übertragung dieser Funktionen auf diese Institution in Erwägung gezogen werden – sofern es gelingt, eine politische Einflussnahme bei der Analyse und Ableitung etwaiger Anpassungsvorgaben zu vermeiden.<sup>32)</sup>

Fiskalregeln allein können jedoch ohne einen Grundkonsens zu deren Einhaltung tragfähige Staatsfinanzen nicht sicherstellen. Zudem sind weitere Reformen am Ordnungsrahmen der Wirtschafts- und Währungsunion erforderlich, um diese widerstandsfähiger zu machen (vgl. Übersicht auf S. 44 mit diesbezüglichen Vor-

*Haushaltsüberwachung von der Kommission lösen*

*Daneben weitere Reformen zur Stärkung des Ordnungsrahmens erforderlich*

<sup>32</sup> Hierzu – und grundsätzlich bei einer grundlegenden Reorganisation des Verfahrens – wäre eine Änderung des ESM-Vertrages und gegebenenfalls auch der EU-Verträge erforderlich.

## Überblick über ausgewählte Empfehlungen und Maßnahmen

Finanzstabilität	Finanzpolitik	Wirtschaftspolitik
Verlustresistenz von Banken erhöhen: Eigenkapitalanforderungen und/oder Leverage Ratio  Makroprudenzielles Instrumentarium konsequent einsetzen und weiterentwickeln  Integration Eigen- und Fremdkapitalmärkte verbessern – Einheitlicher Rechtsrahmen – Diversifizierte Kreditvergabe  Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht  Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (SRM) – Ausreichendes Bail-in fähiges Kapital – Bail-in strikt anwenden und nicht lebensfähige Banken konsequent abwickeln – Gemeinsamer fiskalischer Absicherungsmechanismus mit nationalem Selbstbehalt  Auch Finanzsystem außerhalb des Bankensektors angemessen regulieren (z. B. Schattenbanken)	Unabhängige Institution zur Haushaltsüberwachung schaffen  Fiskalregeln – Einfacher und transparenter ausgestalten und stringent umsetzen – Einheitliche und nachvollziehbare Überwachung – Weniger diskretionärer Entscheidungsspielraum – Automatismus bei Korrekturmaßnahmen erhöhen – Schuldenquote stärker berücksichtigen  ESM – Konditionierte Liquiditätshilfen – Zinsaufschläge bei Hilfen – Stärkere Rolle im etwaigen Insolvenzprozess – Außerordentliche fiskalische Maßnahmen, um Schuldenschnitt abzuwenden beziehungsweise abzumildern	Ungleichgewichtsverfahren überprüfen und gegebenenfalls anpassen, sobald ausreichende Erfahrungen vorliegen; stringent umsetzen  Europäische Koordinationsmechanismen straff und transparent gestalten  Grenzüberschreitende Wechselwirkungen beachten, aber keine wirtschaftspolitische Feinstuerung durch zentrale Ebene
<b>Geldpolitik</b>		
Kernziel Preisstabilität im Fokus halten  Grenzen des Mandats eher eng auslegen, um Unabhängigkeit zu legitimieren  Einheit von Haftung und Kontrolle in anderen Bereichen nicht unterlaufen, Marktprozesse nicht verzerren	Keine Verantwortung für Finanzstabilitätsrisiken aus Solvenzproblemen von Staaten und Banken übernehmen  Keine Gemeinschaftshaftung für staatliche Solvenzrisiken über die Bilanz der Zentralbanken erwirken  Institutionelle Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht	
Deutsche Bundesbank		

schlägen der Bundesbank<sup>33)</sup>). Insbesondere wären Haftung und Kontrolle wieder stärker in Einklang zu bringen. Solange die finanzpolitische Entscheidungsautonomie bei den Mitgliedstaaten verbleibt, kommt es darauf an, auch deren Eigenverantwortung zu festigen. Hierzu gehört, die Finanzmarktstabilität zu stärken, indem nicht zuletzt die negative Wechselwirkung zwischen Staaten und Finanzinstituten (Banken-Staaten-Nexus) entschärft wird. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, die bestehenden regulatorischen Privilegien für Staatsanleihen schrittweise abzuschaffen. Auch kann die Vereinbarung eines geordneten Verfahrens zur Restrukturierung von Staatsschuldtiteln für

den Fall eines staatlichen Zahlungsausfalls zur Prävention und Bewältigung von Krisen beitragen. Zu fiskalisch eigenverantwortlichen Mitgliedstaaten gehört auch eine entsprechend eigenverantwortliche Finanzierung an den Kapitalmärkten. Glaubwürdige Fiskalregeln sollten das Vertrauen in solide Staatsfinanzen aller Mitgliedstaaten stärken und Risikoaufschläge ab-

<sup>33</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, März 2015 und Juli 2016, a. a. O. Fiskalregeln, die zum Erreichen solider Staatsfinanzen beitragen, sind aber nicht nur in dem bestehenden Ordnungsrahmen der Währungsunion mit nationaler Verantwortung für die Fiskalpolitik relevant. Sie wären auch bei einer teilweise geforderten politischen oder fiskalischen Union, d. h. nach einer weitgehenden Abgabe nationaler Souveränität, unverzichtbar.

schmelzen lassen. Dagegen würde eine Ausweitung der Gemeinschaftshaftung, etwa zur Kompensation des mit schwachen Fiskalregeln ver-

bundenen Vertrauensverlustes für Länder mit angespannter Haushaltslage, die Balance von Haftung und Kontrolle weiter schwächen.



# Statistischer Teil

## ■ Inhalt

### ■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

### ■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

### ■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

### ■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche.....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck.....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen.....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

## ■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

## ■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

## ■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

## ■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	51•
3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

## ■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

## ■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaft- lichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten .....	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen .....	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung .....	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung .....	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme .....	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern.....	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	64*

## ■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	66*
3. Auftragseingang in der Industrie .....	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	68*
6. Arbeitsmarkt.....	69*
7. Preise .....	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte .....	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft .....	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen .....	73*

## ■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum .....	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland .....	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland .....	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland .....	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland .....	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank .....	79*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland .....	80*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	81*
11. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	81*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft .....	82*













































































































## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2010	634,7	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 p)	745,0	600,0	14,7	770,2	218,8	285,2	69,9	42,6	25,5	- 25,2	536,2	518,9	+ 17,3	1 171,1	1 179,0	- 7,9
2013 p)	761,8	619,7	14,7	773,6	225,3	286,9	65,7	42,8	23,5	- 11,8	536,7	532,0	+ 4,7	1 198,1	1 205,2	- 7,0
2014 p)	791,8	643,6	11,3	786,7	236,0	292,9	57,1	45,9	17,6	+ 5,1	554,4	551,1	+ 3,2	1 245,1	1 236,8	+ 8,4
2015 p)	832,4	673,3	10,4	802,8	243,6	302,2	49,7	46,4	12,5	+ 29,7	574,2	572,5	+ 1,7	1 303,2	1 271,9	+ 31,3
2014 1.Vj. p)	188,2	153,6	2,0	193,9	56,7	77,9	20,0	7,8	2,3	- 5,7	132,8	136,1	- 3,3	296,0	305,0	- 9,0
2.Vj. p)	193,1	157,4	2,2	188,1	56,9	71,8	9,8	9,8	8,2	+ 5,0	136,4	135,8	+ 0,6	304,5	299,0	+ 5,6
3.Vj. p)	192,2	157,5	3,4	193,5	57,1	71,2	17,7	11,3	4,0	- 1,4	136,3	137,4	- 1,1	303,1	305,5	- 2,4
4.Vj. p)	219,0	174,9	3,5	211,8	65,4	73,5	9,5	16,5	3,1	+ 7,2	148,3	141,5	+ 6,8	341,6	327,6	+ 14,0
2015 1.Vj. p)	196,0	160,9	2,4	198,8	58,5	80,5	18,4	7,7	2,5	- 2,8	137,3	142,8	- 5,4	307,6	315,8	- 8,2
2.Vj. p)	208,4	167,7	1,5	185,2	59,5	72,8	7,2	9,1	3,0	+ 23,1	142,4	142,3	+ 0,1	325,0	301,8	+ 23,2
3.Vj. p)	202,8	166,5	3,8	198,0	62,3	71,3	16,6	11,6	3,4	+ 4,7	141,2	143,4	- 2,1	318,1	315,5	+ 2,6
4.Vj. p)	221,5	178,2	2,6	219,3	63,4	77,4	7,3	17,3	3,5	+ 2,2	152,7	145,3	+ 7,4	348,4	338,8	+ 9,6
2016 1.Vj. p)	204,8	169,9	1,4	205,7	60,2	81,5	17,7	8,4	2,2	- 0,8	143,0	146,6	- 3,6	320,9	325,4	- 4,5
2.Vj. p)	217,5	176,6	2,4	194,8	60,7	77,7	5,4	10,4	2,4	+ 22,7	148,7	147,0	+ 1,7	339,2	314,9	+ 24,3
3.Vj. p)	204,1	169,3	2,9	207,9	62,0	79,3	14,5	12,3	2,4	- 3,8	148,3	149,7	- 1,4	325,3	330,4	- 5,1

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zahlreiche Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen, aber in den Rechnungsergebnissen bisher nicht enthalten sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahres-

angaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

### 4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	323,9	+ 0,4	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,3	- 0,3	338,3	336,1	+ 2,1	218,7	218,7	- 0,1
2015 p)	338,3	326,5	+ 11,8	355,1	350,6	+ 4,5	232,7	229,1	+ 3,6
2016 p)	344,7	338,4	+ 6,2	381,8	372,4	+ 9,5	248,9	243,1	+ 5,8
2014 1.Vj. p)	69,8	80,4	- 10,6	80,3	81,0	- 0,7	45,1	50,0	- 4,8
2.Vj. p)	77,7	76,7	+ 0,9	82,3	80,4	+ 1,9	54,8	52,0	+ 2,8
3.Vj. p)	82,5	85,3	- 2,9	82,7	80,4	+ 2,3	53,9	54,4	- 0,5
4.Vj. p)	92,9	80,8	+ 12,2	92,0	94,0	- 2,0	63,0	61,0	+ 2,0
2015 1.Vj. p)	74,4	81,6	- 7,1	84,2	84,5	- 0,3	46,3	52,1	- 5,8
2.Vj. p)	86,5	72,6	+ 13,9	87,0	83,6	+ 3,4	58,1	53,4	+ 4,7
3.Vj. p)	85,9	89,0	- 3,2	87,8	84,2	+ 3,6	57,5	56,3	+ 1,2
4.Vj. p)	91,5	83,4	+ 8,1	94,1	96,8	- 2,8	69,0	65,9	+ 3,0
2016 1.Vj. p)	81,1	83,6	- 2,5	90,5	88,2	+ 2,4	49,0	55,1	- 6,1
2.Vj. p)	87,5	73,6	+ 13,8	92,7	88,2	+ 4,4	61,1	57,9	+ 3,2
3.Vj. p)	85,2	88,6	- 3,5	91,5	90,0	+ 1,5	60,7	60,7	+ 0,1
4.Vj. p)	90,9	92,5	- 1,6	105,0	104,4	+ 0,6	76,3	68,0	+ 8,3

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaa-

ten. 3 Quartalsdaten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)			
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+ 198	27 772
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	- 212	27 241
2016	705 791	606 965	316 854	260 837	29 273	98 679	+ 148	27 836
2015 1.Vj.	161 068	137 183	68 215	57 237	11 731	15 722	+ 8 163	6 433
2.Vj.	167 763	143 248	76 762	59 298	7 188	24 814	- 299	6 633
3.Vj.	166 468	143 854	79 783	59 551	4 520	23 006	- 392	7 558
4.Vj.	177 978	156 200	84 089	64 613	7 499	29 461	- 7 684	6 618
2016 1.Vj.	170 358	144 841	74 113	61 972	8 755	17 121	+ 8 396	6 488
2.Vj.	176 879	152 042	82 184	64 684	5 175	25 205	- 368	6 512
3.Vj.	169 374	145 700	76 638	61 573	7 489	23 839	- 165	7 584
4.Vj.	189 180	164 382	83 920	72 608	7 855	32 513	- 7 715	7 253
2017 1.Vj.	...	154 154	85 256	66 704	2 194	...	...	6 606
2016 April	.	43 471	23 512	18 425	1 533	.	.	2 171
2017 April	.	45 841	23 674	19 826	2 341	.	.	2 268

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteuerertrag, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

### 6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								Gewerbesteuerumlagen 6)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501	
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517	
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822	
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040	
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031	
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802	
2016	648 310	291 492	184 826	53 833	27 442	25 391	217 090	165 932	51 157	7 831	104 441	22 342	5 113	41 345	
2015 1.Vj.	146 924	66 225	41 557	13 134	5 438	6 097	51 852	40 050	11 803	143	22 268	5 207	1 228	9 741	
2.Vj.	153 155	69 728	44 267	12 323	5 851	7 287	50 754	38 063	12 691	1 760	24 892	4 838	1 183	9 907	
3.Vj.	153 307	66 010	43 251	10 666	4 452	7 640	53 203	40 029	13 174	2 019	25 637	5 029	1 409	9 453	
4.Vj.	166 901	71 295	49 816	12 457	3 842	5 180	54 111	40 873	13 238	3 484	31 407	5 265	1 339	10 701	
2016 1.Vj.	154 892	70 790	42 583	14 569	8 433	5 204	54 408	42 268	12 141	173	22 553	5 673	1 294	10 051	
2.Vj.	162 096	74 489	45 311	12 943	7 329	8 905	52 705	40 195	12 510	1 957	25 783	5 952	1 210	10 054	
3.Vj.	155 524	68 137	44 656	11 898	5 546	6 037	53 906	40 877	13 029	2 046	24 857	5 263	1 316	9 824	
4.Vj.	175 797	78 076	52 275	14 422	6 134	5 245	56 071	42 593	13 478	3 656	31 247	5 454	1 293	11 415	
2017 1.Vj.	165 352	76 990	45 309	17 009	8 511	6 161	57 502	44 196	13 306	438	23 364	5 834	1 224	11 198	
2016 April	46 346	17 704	15 408	947	- 345	1 694	16 490	12 248	4 242	1 700	8 187	1 833	432	2 875	
2017 April	49 018	20 035	16 149	1 389	551	1 946	17 302	12 328	4 975	1 772	7 789	1 669	450	3 177	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2016: 49,4/48,3/2,2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 6 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2016: 22,4/77,6. 7 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)							Ländersteuern 1)					Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Tabak- steuer	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	Rennwett- und Lotterie- steuer	sonstige	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 2)	Grund- steuern
2010	39 838	11 713	13 492	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	5 290	4 404	1 412	1 039	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	12 781	14 414	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	6 366	4 246	1 420	1 064	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	13 624	14 143	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	7 389	4 305	1 432	1 076	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	14 378	13 820	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	8 394	4 633	1 635	1 060	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	15 047	14 612	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	9 339	5 452	1 673	1 091	57 728	43 763	12 691
2015	39 594	15 930	14 921	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	11 249	6 290	1 712	1 088	60 396	45 752	13 215
2016	40 091	16 855	14 186	12 763	8 952	6 569	2 070	2 955	12 408	7 006	1 809	1 119	65 313	50 097	13 654
2015 1.Vj.	4 704	3 783	2 223	5 825	2 454	1 806	570	904	2 760	1 668	426	353	14 288	10 912	2 982
2.Vj.	9 512	4 278	3 683	2 187	2 361	1 465	470	937	2 561	1 617	433	227	16 368	12 383	3 636
3.Vj.	10 159	3 714	3 981	2 436	2 108	1 643	496	1 102	3 021	1 335	401	272	15 180	11 118	3 697
4.Vj.	15 220	4 155	5 034	1 972	1 883	1 678	534	930	2 906	1 670	452	236	14 561	11 339	2 899
2016 1.Vj.	4 620	3 979	2 722	5 946	2 489	1 685	565	547	3 217	1 668	451	336	15 639	12 090	3 121
2.Vj.	9 860	4 470	4 139	2 269	2 366	1 515	473	691	2 952	2 283	451	267	16 740	12 635	3 715
3.Vj.	10 149	3 938	3 010	2 510	2 198	1 641	499	911	3 050	1 501	446	266	15 896	11 699	3 794
4.Vj.	15 461	4 468	4 315	2 038	1 899	1 728	532	806	3 189	1 554	460	251	17 039	13 673	3 024
2017 1.Vj.	4 812	4 324	2 637	6 178	2 536	1 746	578	553	3 359	1 641	490	343	...	...	...
2016 April	3 094	1 036	1 599	719	817	579	142	203	974	627	146	86	.	.	.
2017 April	2 994	1 138	1 218	751	756	582	140	211	926	503	158	82	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Zur Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

### 8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen \*)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner							
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+ 3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263
2015	276 129	194 486	80 464	277 717	236 634	16 705	- 1 588	35 556	32 795	2 506	167	88	4 228
2016 P)	285 827	202 274	82 616	288 291	246 438	17 381	- 2 464	34 088	31 529	2 315	192	53	4 161
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260
3.Vj.	66 129	45 992	19 865	66 801	56 909	3 991	- 672	33 678	30 264	3 191	129	94	4 256
4.Vj.	71 927	51 577	20 096	69 548	59 225	4 192	+ 2 379	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275
2015 1.Vj.	65 923	45 653	20 025	68 435	58 671	4 125	- 2 512	34 084	31 583	2 262	148	92	4 255
2.Vj.	68 700	48 483	19 945	68 443	58 390	4 113	+ 257	34 319	31 797	2 276	152	93	4 254
3.Vj.	67 538	47 280	20 006	70 165	59 931	4 228	- 2 627	32 246	29 722	2 276	156	92	4 259
4.Vj.	73 393	53 096	19 971	70 326	59 963	4 233	+ 3 067	35 574	32 794	2 506	158	117	4 242
2016 1.Vj.	68 182	47 397	20 665	70 076	60 143	4 239	- 1 894	33 865	31 194	2 406	179	86	4 223
2.Vj.	71 291	50 372	20 548	70 418	60 097	4 238	+ 873	34 427	31 892	2 265	183	87	4 220
3.Vj.	70 218	49 333	20 670	73 782	63 081	4 453	- 3 564	31 412	28 776	2 365	187	84	4 213
4.Vj.	76 136	55 171	20 733	74 016	63 117	4 450	+ 2 120	34 088	31 529	2 315	192	53	4 161
2017 1.Vj.	71 301	49 388	21 715	73 731	63 263	4 460	- 2 430	31 660	29 133	2 270	205	52	4 140

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. \* Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistun-

gen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung <sup>\*)</sup>

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes	
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld			Ver-waltungs-ausgaben 6)
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2015	35 159	29 941	1 333	-	31 439	14 846	771	6 295	.	654	5 597	+ 3 720	-
2016	36 352	31 186	1 114	-	30 889	14 435	749	7 035	.	595	5 314	+ 5 463	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-
3.Vj.	8 249	6 991	318	-	7 551	3 641	123	1 458	.	163	1 313	+ 698	-
4.Vj.	9 280	7 884	347	-	7 868	3 446	79	1 609	.	122	1 682	+ 1 412	-
2015 1.Vj.	8 209	6 969	310	-	8 599	4 267	387	1 586	.	165	1 287	- 390	-
2.Vj.	8 758	7 467	326	-	7 856	3 758	214	1 591	.	172	1 318	+ 902	-
3.Vj.	8 573	7 285	329	-	7 319	3 501	82	1 455	.	164	1 368	+ 1 254	-
4.Vj.	9 619	8 220	367	-	7 665	3 320	87	1 662	.	152	1 624	+ 1 954	-
2016 1.Vj.	8 376	7 271	261	-	7 984	4 083	395	1 739	.	150	984	+ 393	-
2.Vj.	8 991	7 737	278	-	7 807	3 648	203	1 847	.	147	1 288	+ 1 184	-
3.Vj.	8 877	7 609	276	-	7 349	3 428	74	1 608	.	165	1 399	+ 1 529	-
4.Vj.	10 108	8 569	299	-	7 750	3 276	77	1 841	.	134	1 642	+ 2 358	-
2017 1.Vj.	8 859	7 564	204	-	8 834	3 973	478	1 772	.	146	1 749	+ 26	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. \* Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbeitrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

### 10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2010	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445
2015	210 147	195 774	11 500	213 727	67 979	34 576	35 712	13 488	13 674	11 227	10 482	- 3 580
2016 p)	223 492	206 823	14 000	222 973	70 492	36 008	37 252	13 873	14 230	11 672	10 977	+ 519
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042
3.Vj.	49 992	46 637	2 634	51 035	16 335	8 266	8 392	3 152	3 313	2 607	2 391	- 1 043
4.Vj.	54 604	50 593	2 597	52 017	15 997	8 496	8 642	3 347	3 444	2 665	2 907	+ 2 588
2015 1.Vj.	50 407	46 846	2 875	53 255	17 532	8 554	8 961	3 379	3 216	2 935	2 360	- 2 848
2.Vj.	51 850	48 371	2 875	53 351	17 157	8 661	8 976	3 385	3 376	2 730	2 433	- 1 501
3.Vj.	51 888	48 472	2 875	52 884	16 899	8 621	8 808	3 262	3 398	2 732	2 508	- 996
4.Vj.	55 872	52 085	2 875	54 124	16 553	8 773	8 998	3 449	3 618	2 834	3 102	+ 1 747
2016 1.Vj.	53 320	49 292	3 500	55 424	18 044	8 879	9 374	3 470	3 419	2 955	2 458	- 2 104
2.Vj.	54 988	51 009	3 500	55 603	17 686	9 005	9 362	3 478	3 528	2 963	2 599	- 615
3.Vj.	55 632	51 377	3 500	55 114	17 421	8 929	9 166	3 399	3 585	2 842	2 628	+ 517
4.Vj.	59 552	55 146	3 500	56 832	17 342	9 194	9 351	3 526	3 698	2 912	3 291	+ 2 720

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-

ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung \*)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)	Verwaltungsausgaben		
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2014	25 974	25 893	25 457	3 570	10 263	5 893	946	1 216	+	517
2015	30 825	30 751	29 101	3 717	10 745	6 410	960	1 273	+	1 723
2016 p)	32 025	31 956	30 997	3 825	10 914	6 837	979	1 415	+	1 028
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144
3.Vj.	6 405	6 386	6 442	932	2 577	1 481	237	299	-	37
4.Vj.	6 933	6 918	6 462	907	2 590	1 529	238	288	+	471
2015 1.Vj.	7 252	7 228	6 906	906	2 655	1 571	236	333	+	346
2.Vj.	7 611	7 592	7 139	902	2 666	1 591	239	311	+	472
3.Vj.	7 626	7 609	7 390	930	2 701	1 613	239	326	+	236
4.Vj.	8 198	8 180	7 571	966	2 722	1 682	240	295	+	626
2016 1.Vj.	7 600	7 578	7 587	941	2 703	1 613	238	389	+	13
2.Vj.	7 918	7 901	7 659	949	2 724	1 665	244	331	+	259
3.Vj.	7 958	7 942	7 810	961	2 746	1 682	247	373	+	147
4.Vj.	8 550	8 535	7 941	975	2 741	1 877	250	322	+	608

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. \* Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Seit 2005:

Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

### 12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen 3)
	brutto 2)	netto		
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916
2016	+ 182 486	- 11 331	- 2 332	- 16 791
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556
2.Vj.	+ 58 444	+ 9 500	+ 6 281	+ 10 589
3.Vj.	+ 47 215	- 8 035	- 2 111	- 10 817
4.Vj.	+ 43 018	- 292	+ 1 907	+ 10 675
2015 1.Vj.	+ 52 024	- 3 086	+ 4 710	- 7 612
2.Vj.	+ 36 214	- 5 404	- 12 133	+ 6 930
3.Vj.	+ 46 877	- 1 967	- 806	- 1 091
4.Vj.	+ 32 541	- 5 929	+ 2 344	- 142
2016 1.Vj.	+ 61 598	+ 10 650	+ 8 501	- 19 345
2.Vj.	+ 60 691	+ 4 204	+ 3 694	+ 4 084
3.Vj.	+ 33 307	- 13 887	- 18 398	- 4 864
4.Vj.	+ 26 890	- 12 297	+ 3 872	+ 3 333
2017 1.Vj.	+ 47 749	- 5 700	+ 6 178	- 2 428

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe. 3 Ohne Saldo des Zentralkontos bei der Deutschen Bundesbank.

### 13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern \*)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2010	2 088 785	4 440	691 401	207 062	133 351	1 052 532
2011	2 128 324	4 440	641 685	206 631	123 064	1 152 505
2012	2 204 943	4 440	643 884	199 132	143 883	1 213 603
2013	2 189 775	4 440	634 669	190 555	145 785	1 214 327
2014	2 189 564	4 440	619 838	190 130	134 670	1 240 486
2015	2 158 813	77 220	606 481	186 661	150 966	1 137 486
2016 p)	2 140 368	196 320	572 527	179 755	175 358	1 016 408
2014 1.Vj.	2 178 713	4 440	631 241	190 306	130 966	1 221 760
2.Vj.	2 185 126	4 440	628 341	189 569	131 976	1 230 800
3.Vj.	2 186 288	4 440	629 604	188 907	129 636	1 233 701
4.Vj.	2 189 564	4 440	619 838	190 130	134 670	1 240 486
2015 1.Vj.	2 195 020	12 335	625 817	189 048	142 040	1 225 780
2.Vj.	2 160 801	34 310	612 663	187 280	141 307	1 185 241
3.Vj.	2 162 548	54 990	616 499	188 165	142 763	1 160 130
4.Vj.	2 158 813	77 220	606 481	186 661	150 966	1 137 486
2016 1.Vj. p)	2 166 362	100 051	607 793	183 160	144 155	1 131 204
2.Vj. p)	2 169 346	133 297	595 070	181 372	158 883	1 100 724
3.Vj. p)	2 162 250	163 636	590 349	179 359	158 991	1 069 914
4.Vj. p)	2 140 368	196 320	572 527	179 755	175 358	1 016 408

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. \* In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten <sup>\*)</sup>

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
<b>Gebietskörperschaften</b>												
2010	1 732 851	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 716	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 903	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 606	102	111 765	4 440	2
2012	1 791 672	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	289 225	70	113 198	4 440	2
2013	1 816 557	50 128	423 441	245 372	4 488	684 951	1 397	291 969	46	110 323	4 440	2
2014	1 817 587	27 951	429 633	259 186	2 375	703 812	1 187	277 296	42	111 664	4 440	2
2015 1.Vj.	1 821 890	28 317	425 257	250 432	2 271	707 905	1 155	290 509	42	111 561	4 440	2
2.Vj.	1 807 271	29 575	421 582	243 299	2 031	722 562	1 133	271 661	42	110 944	4 440	2
3.Vj.	1 811 599	26 213	424 534	256 613	1 677	715 763	1 106	270 467	42	110 741	4 440	2
4.Vj.	1 805 314	19 431	429 818	246 940	1 305	725 285	1 070	263 992	59	112 972	4 440	2
2016 1.Vj. p)	1 814 572	21 804	427 090	240 281	1 205	730 533	1 051	279 084	59	109 023	4 440	2
2.Vj. p)	1 812 750	29 543	427 813	235 389	1 108	727 922	1 033	277 672	59	107 769	4 440	2
3.Vj. p)	1 804 565	31 237	433 493	245 945	922	717 358	1 021	262 894	59	107 194	4 440	2
4.Vj. p)	1 786 779	24 509	430 701	236 136	737	724 328	1 010	258 084	59	106 772	4 440	2
<b>Bund <sup>7) 8)</sup></b>												
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	–	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	–	9 450	4 440	2
2012	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	–	8 784	4 440	2
2013	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	–	8 652	4 440	2
2014	1 130 128	27 951	103 445	259 186	2 375	702 515	1 187	20 509	–	8 518	4 440	2
2015 1.Vj.	1 127 042	26 495	102 203	250 432	2 271	706 308	1 155	25 289	–	8 448	4 440	2
2.Vj.	1 121 637	27 535	101 090	243 299	2 031	720 715	1 133	13 021	–	8 373	4 440	2
3.Vj.	1 119 670	24 157	98 087	256 613	1 677	713 766	1 106	11 776	–	8 046	4 440	2
4.Vj.	1 113 741	18 536	96 389	246 940	1 305	723 238	1 070	13 825	–	7 996	4 440	2
2016 1.Vj.	1 124 391	20 526	98 232	240 281	1 205	728 457	1 051	22 533	–	7 664	4 440	2
2.Vj.	1 128 595	28 369	99 417	235 389	1 108	725 469	1 033	26 236	–	7 133	4 440	2
3.Vj.	1 114 708	30 626	102 053	245 945	922	714 903	1 021	7 794	–	7 002	4 440	2
4.Vj.	1 102 410	23 609	95 727	236 136	737	722 124	1 010	11 761	–	6 866	4 440	2
2017 1.Vj.	1 096 711	14 910	95 148	227 906	619	727 887	995	17 829	–	6 976	4 440	2
<b>Länder</b>												
2010	528 696	1 176	265 631	.	.	.	.	167 429	1	94 459	.	1
2011	537 870	1 975	283 601	.	.	.	.	154 844	62	97 387	.	1
2012	541 254	950	299 750	.	.	.	.	139 116	52	101 386	.	1
2013	546 354	125	313 412	.	.	.	.	134 439	35	98 343	.	1
2014	544 992	0	326 188	.	.	.	.	120 101	5	98 697	.	1
2015 1.Vj.	547 487	1 821	323 055	.	.	.	.	123 943	5	98 662	.	1
2.Vj.	538 594	2 040	320 492	.	.	.	.	117 935	5	98 121	.	1
3.Vj.	544 260	2 056	326 447	.	.	.	.	117 506	5	98 245	.	1
4.Vj.	543 999	895	333 429	.	.	.	.	110 674	5	98 996	.	1
2016 1.Vj. p)	542 715	1 278	328 858	.	.	.	.	117 194	5	95 379	.	1
2.Vj. p)	536 884	1 173	328 397	.	.	.	.	112 651	6	94 657	.	1
3.Vj. p)	541 819	611	331 441	.	.	.	.	115 550	6	94 212	.	1
4.Vj. p)	538 755	900	334 975	.	.	.	.	108 948	6	93 927	.	1
<b>Gemeinden <sup>9)</sup></b>												
2010	128 740	.	–	.	.	375	.	121 938	20	6 407	.	.
2011	133 730	.	–	.	.	381	.	128 380	40	4 929	.	.
2012	137 386	.	–	.	.	423	.	133 916	18	3 029	.	.
2013	137 697	.	–	.	.	646	.	133 713	11	3 328	.	.
2014	142 468	.	–	.	.	1 297	.	136 686	37	4 448	.	.
2015 1.Vj.	147 362	.	–	.	.	1 597	.	141 278	37	4 450	.	.
2.Vj.	147 039	.	–	.	.	1 847	.	140 705	37	4 450	.	.
3.Vj.	147 669	.	–	.	.	1 997	.	141 185	37	4 450	.	.
4.Vj.	147 573	.	–	.	.	2 047	.	139 493	54	5 980	.	.
2016 1.Vj. p)	147 466	.	–	.	.	2 076	.	139 356	54	5 980	.	.
2.Vj. p)	147 271	.	–	.	.	2 453	.	138 785	54	5 980	.	.
3.Vj. p)	148 038	.	–	.	.	2 455	.	139 550	54	5 980	.	.
4.Vj. p)	145 614	.	–	.	.	2 204	.	137 376	54	5 980	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. \* Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Wäh-

rung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 9 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2015			2016			2015			2016			2017
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
<b>Preisbereinigt, verkettet</b>													
<b>I. Entstehung des Inlandsprodukts</b>													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	110,0	111,8	113,3	5,0	1,6	1,4	1,7	1,9	0,9	4,0	0,7	0,1	3,8
Baugewerbe	101,6	101,4	103,5	1,4	- 0,2	2,1	- 0,8	2,4	1,6	5,6	1,8	- 0,5	4,0
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	106,6	108,6	111,0	0,4	1,9	2,2	1,6	1,9	1,2	4,3	1,5	2,0	3,0
Information und Kommunikation	125,9	129,1	132,7	4,8	2,5	2,8	2,5	3,0	2,4	3,4	3,1	2,2	3,7
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	105,8	106,5	109,1	- 4,8	0,7	2,4	1,6	- 0,4	2,2	1,4	2,4	3,8	1,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	101,8	102,6	103,4	- 1,5	0,9	0,7	0,9	1,2	0,7	1,0	0,5	0,6	1,1
Unternehmensdienstleister <sup>1)</sup>	106,6	109,0	111,6		2,4	2,3	2,4	2,1	3,0	1,7	3,8	2,2	3,8
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	103,1	105,2	107,4	0,7	2,0	2,1	2,1	1,6	1,5	2,4	2,3	2,4	2,3
Sonstige Dienstleister	97,3	97,6	99,0	- 0,5	0,3	1,4	0,2	0,9	0,2	2,2	1,6	1,7	2,6
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<b>106,3</b>	<b>107,9</b>	<b>109,9</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>	<b>1,2</b>	<b>3,2</b>	<b>1,5</b>	<b>1,4</b>	<b>2,9</b>
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>106,4</b>	<b>108,2</b>	<b>110,2</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>2,1</b>	<b>1,5</b>	<b>3,2</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>2,9</b>
<b>II. Verwendung des Inlandsprodukts</b>													
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup>	104,4	106,5	108,7	0,9	2,0	2,1	2,2	2,1	2,1	2,9	1,9	1,6	1,6
Konsumausgaben des Staates	104,5	107,4	111,7	1,2	2,7	4,0	2,6	3,4	4,7	4,9	3,9	2,7	1,5
Ausrüstungen	106,8	110,7	111,9	5,5	3,7	1,1	4,4	6,4	3,9	4,4	- 0,5	- 2,6	2,0
Bauten	109,5	109,8	112,9	1,9	0,3	2,8	0,1	3,1	3,1	5,5	2,1	0,4	4,7
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	111,4	113,5	116,5	4,0	1,9	2,6	1,8	2,1	2,4	2,7	2,7	2,5	2,5
Vorratsveränderungen <sup>5) 6)</sup>	.	.	.	- 0,1	- 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,5	0,0	0,1	0,3
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>104,5</b>	<b>106,2</b>	<b>108,6</b>	<b>1,4</b>	<b>1,6</b>	<b>2,3</b>	<b>2,0</b>	<b>2,5</b>	<b>2,3</b>	<b>3,2</b>	<b>2,1</b>	<b>1,5</b>	<b>2,2</b>
<b>Außenbeitrag <sup>6)</sup></b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,6</b>	<b>0,3</b>	<b>- 0,5</b>	<b>- 0,1</b>	<b>0,9</b>
Exporte	118,0	124,1	127,4	4,1	5,2	2,7	4,9	3,6	1,3	4,6	1,4	3,3	6,6
Importe	114,8	121,0	125,6	4,0	5,5	3,8	6,0	5,0	3,1	5,0	2,7	4,3	5,6
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>106,4</b>	<b>108,2</b>	<b>110,2</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>2,1</b>	<b>1,5</b>	<b>3,2</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>2,9</b>
<b>In jeweiligen Preisen (Mrd €)</b>													
<b>III. Verwendung des Inlandsprodukts</b>													
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup>	1 594,4	1 636,0	1 681,5	1,8	2,6	2,8	2,7	2,8	2,6	3,3	2,5	2,8	3,2
Konsumausgaben des Staates	561,1	583,7	615,3	3,5	4,0	5,4	3,8	4,9	6,4	6,3	5,2	4,0	3,4
Ausrüstungen	191,5	200,2	204,4	6,1	4,6	2,1	5,3	7,4	5,1	5,4	0,5	- 1,6	2,7
Bauten	288,7	295,0	308,7	4,2	2,2	4,7	1,9	4,9	4,6	7,4	4,1	2,5	7,5
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	105,0	108,6	112,9	5,5	3,5	3,9	3,3	3,7	3,8	4,0	4,0	3,9	3,8
Vorratsveränderungen <sup>5)</sup>	- 7,4	- 20,2	- 27,6	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>2 733,2</b>	<b>2 803,3</b>	<b>2 895,3</b>	<b>2,8</b>	<b>2,6</b>	<b>3,3</b>	<b>2,9</b>	<b>3,6</b>	<b>3,1</b>	<b>4,0</b>	<b>3,1</b>	<b>2,9</b>	<b>3,9</b>
<b>Außenbeitrag</b>	<b>190,7</b>	<b>229,5</b>	<b>238,8</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>
Exporte	1 334,8	1 418,8	1 442,2	3,9	6,3	1,7	6,2	4,2	0,7	2,7	0,1	3,0	8,3
Importe	1 144,1	1 189,3	1 203,5	2,5	3,9	1,2	4,7	2,8	0,1	0,8	0,1	3,9	9,7
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>2 923,9</b>	<b>3 032,8</b>	<b>3 134,1</b>	<b>3,5</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>3,7</b>	<b>4,2</b>	<b>3,2</b>	<b>4,7</b>	<b>2,9</b>	<b>2,6</b>	<b>3,7</b>
<b>IV. Preise (2010 = 100)</b>													
Privater Konsum	105,6	106,2	106,9	1,0	0,6	0,7	0,5	0,6	0,5	0,4	0,6	1,2	1,7
Bruttoinlandsprodukt	106,6	108,7	110,2	1,8	2,0	1,4	1,9	2,1	1,7	1,5	1,3	1,3	0,8
Terms of Trade	99,5	102,0	103,6	1,3	2,6	1,5	2,5	2,6	2,4	2,3	1,3	0,1	- 2,3
<b>V. Verteilung des Volkseinkommens</b>													
Arbeitnehmerentgelt	1 485,5	1 539,9	1 598,4	3,9	3,7	3,8	3,8	3,9	4,2	3,4	3,8	3,9	4,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	694,1	723,4	740,8	2,4	4,2	2,4	4,1	5,3	1,6	9,8	0,4	- 1,6	1,8
<b>Volkseinkommen</b>	<b>2 179,5</b>	<b>2 263,2</b>	<b>2 339,2</b>	<b>3,4</b>	<b>3,8</b>	<b>3,4</b>	<b>3,9</b>	<b>4,3</b>	<b>3,3</b>	<b>5,3</b>	<b>2,6</b>	<b>2,3</b>	<b>3,3</b>
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 988,9	3 098,8	3 198,7	3,3	3,7	3,2	3,7	4,2	3,4	4,8	2,6	2,2	3,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2017. <sup>1</sup> Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. <sup>2</sup> Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen).

<sup>3</sup> Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>4</sup> Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. <sup>5</sup> Einschl. Nettozugang an Wertsachen. <sup>6</sup> Wachstumsbeitrag zum BIP.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 2. Produktion im Produzierenden Gewerbe \*)

Arbeitsstaglich bereinigt )

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Baugewerbe	Energie	Industrie									
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
				Vorleistungsguterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsguterproduzenten	Verbrauchsguterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
<b>2010=100</b>												
Gewicht in % 1)	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2013	106,4	106,4	96,4	107,7	104,4	114,0	100,1	100,6	108,3	106,0	113,7	114,7
2014	108,1	109,5	92,7	109,8	106,2	116,6	100,5	102,2	111,3	108,7	115,1	119,5
2015	108,6	107,0	97,5	110,3	106,1	117,6	102,8	101,9	111,4	109,4	114,8	119,3
2016	109,8	109,6	96,2	111,7	107,3	119,3	105,9	103,0	113,0	111,4	114,8	121,6
2016 1.Vj.	107,2	89,0	102,4	110,4	107,7	116,6	106,7	100,7	113,0	108,9	109,1	125,0
2.Vj.	109,2	110,9	89,0	111,5	108,2	118,9	104,2	101,1	114,5	109,2	112,9	124,2
3.Vj.	110,1	117,9	91,8	111,4	108,3	117,6	103,0	104,1	112,6	113,5	113,2	119,3
4.Vj.	112,9	120,5	101,6	113,3	104,8	124,1	109,6	106,1	111,7	114,1	124,1	117,7
2017 1.Vj. x)	108,6	91,3	103,0	111,8	109,2	117,8	111,0	101,7	115,1	113,6	110,7	125,3
2016 April	108,6	108,5	91,2	110,9	107,9	118,0	104,7	99,9	114,1	107,1	109,9	128,4
Mai	106,5	109,3	89,9	108,2	107,0	112,8	97,2	101,0	112,3	105,5	107,2	115,7
Juni	112,4	114,8	86,0	115,5	109,8	125,9	110,6	102,3	117,2	115,1	121,5	128,6
Juli 2)	110,4	120,7	91,7	111,4	109,2	117,5	99,3	102,7	113,6	111,9	111,1	121,7
Aug. 2)	104,5	113,6	90,6	105,1	104,2	107,8	94,1	102,5	107,0	108,2	105,8	104,6
Sept.	115,4	119,5	93,1	117,7	111,5	127,5	115,7	107,0	117,3	120,3	122,6	131,7
Okt.	115,7	122,4	99,5	116,8	111,9	124,0	114,5	109,9	118,6	116,7	114,2	132,0
Nov.	118,7	123,6	102,2	120,2	111,8	131,6	115,9	111,3	121,8	120,4	127,3	131,0
Dez.	104,3	115,4	103,1	102,9	90,6	116,7	98,4	97,2	94,6	105,3	130,9	90,1
2017 Jan. x)	99,8	69,1	108,3	103,1	104,2	103,9	103,6	98,0	108,1	106,7	95,0	112,5
Febr. x)	106,7	91,5	100,5	109,6	106,0	117,0	109,7	97,9	112,2	110,1	110,3	125,9
März x)	119,3	113,3	100,1	122,7	117,4	132,6	119,6	109,2	124,9	123,9	126,9	137,5
April x)p)	111,8	116,3	95,1	113,3	111,1	119,9	111,7	100,9	118,4	113,8	114,0	125,9
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>												
2013	+ 0,1	± 0,0	- 1,0	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,8	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,8
2014	+ 1,6	+ 2,9	- 3,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,2	+ 4,2
2015	+ 0,5	- 2,3	+ 5,2	+ 0,5	- 0,1	+ 0,9	+ 2,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,6	- 0,3	- 0,2
2016	+ 1,1	+ 2,4	- 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,8	± 0,0	+ 1,9
2016 1.Vj.	+ 1,7	+ 4,0	- 2,2	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,9
2.Vj.	+ 0,6	+ 1,8	- 2,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 2,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,1	- 2,6	+ 3,2
3.Vj.	+ 0,9	+ 2,7	- 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,3	- 0,3	+ 1,6
4.Vj.	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 4,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,6	+ 1,4	+ 1,0
2017 1.Vj. x)	+ 1,3	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,1	+ 4,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 4,3	+ 1,5	+ 0,2
2016 April	+ 1,0	+ 2,0	- 4,3	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 2,6	- 2,0	+ 6,3
Mai	- 0,4	+ 1,0	+ 0,7	- 0,6	+ 0,6	- 2,0	- 2,7	+ 1,1	+ 0,3	- 0,7	- 4,5	- 3,6
Juni	+ 1,3	+ 2,5	- 3,8	+ 1,6	± 0,0	+ 3,3	+ 7,9	- 1,2	+ 1,7	+ 1,5	- 1,5	+ 7,0
Juli 2)	- 1,3	+ 3,1	- 2,7	- 1,8	- 0,6	- 2,8	+ 2,2	- 2,0	- 1,0	+ 0,3	- 4,3	- 3,9
Aug. 2)	+ 2,3	+ 2,2	- 0,1	+ 2,6	+ 1,7	+ 3,9	+ 3,5	+ 1,7	+ 1,0	+ 2,9	+ 0,2	+ 7,9
Sept.	+ 1,8	+ 2,8	- 1,5	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,7	+ 3,0	+ 1,1	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,2
Okt.	+ 1,6	+ 2,2	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,8	+ 4,8	+ 3,1	+ 0,9	+ 3,8	- 1,6	+ 1,4
Nov.	+ 2,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 2,8	+ 2,1	+ 3,6	+ 2,2	+ 2,4	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,9	+ 1,2
Dez.	± 0,0	+ 0,1	+ 1,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,9	+ 5,4	- 0,6	+ 0,2	- 0,3	+ 0,6	+ 0,2
2017 Jan. x)	- 0,4	- 5,0	+ 0,7	- 0,1	+ 1,2	- 1,0	+ 4,2	- 1,3	+ 0,8	+ 5,0	- 0,2	- 2,1
Febr. x)	+ 2,0	+ 5,2	+ 3,4	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,8	+ 3,9	+ 1,9	+ 1,7	+ 3,2	+ 3,9	+ 0,6
März x)	+ 2,2	+ 5,7	- 2,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,2	+ 4,0	+ 2,4	+ 2,9	+ 4,7	+ 0,8	+ 1,9
April x)p)	+ 2,9	+ 7,2	+ 4,3	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,6	+ 6,7	+ 1,0	+ 3,8	+ 6,3	+ 3,7	- 1,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1) Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr

2010. 2) Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. x) Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljahrlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljahrlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie \*)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Zeit	Industrie		davon:															
	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		davon:									
			Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100						
<b>insgesamt</b>																		
2012	106,9	-	2,7	104,2	-	4,5	109,2	-	1,8	103,8	±	0,0	99,4	-	5,6	105,3	+	1,9
2013	109,4	+	2,3	103,2	-	1,0	114,3	+	4,7	105,9	+	2,0	101,8	+	2,4	107,4	+	2,0
2014	112,4	+	2,7	103,9	+	0,7	118,6	+	3,8	110,8	+	4,6	102,4	+	0,6	113,7	+	5,9
2015	114,8	+	2,1	103,0	-	0,9	123,2	+	3,9	114,3	+	3,2	106,7	+	4,2	116,9	+	2,8
2016	115,7	+	0,8	102,1	-	0,9	125,3	+	1,7	115,3	+	0,9	112,6	+	5,5	116,2	-	0,6
2016 April	113,2	-	2,4	104,8	+	0,9	119,5	-	4,7	110,1	-	0,5	118,2	+	13,9	107,2	-	5,2
Mai	111,9	-	1,6	101,5	-	3,0	119,2	-	1,1	111,5	+	0,5	100,7	-	1,0	115,3	+	0,9
Juni	118,7	-	3,9	103,0	-	3,5	130,4	-	4,5	114,1	+	0,2	111,1	+	2,8	115,2	-	1,0
Juli	114,1	-	2,1	102,1	-	2,8	122,1	-	1,9	117,3	-	1,2	110,0	+	2,0	119,9	-	2,0
Aug.	103,2	+	0,5	92,9	-	0,5	109,0	+	0,6	114,5	+	4,3	101,9	+	2,4	119,0	+	4,8
Sept.	113,9	+	1,8	100,5	+	0,5	123,3	+	2,7	115,4	+	1,1	119,2	+	2,4	114,1	+	0,6
Okt.	118,7	+	4,4	105,0	+	2,2	128,4	+	6,6	117,9	-	1,8	129,5	+	12,9	113,8	-	6,6
Nov.	119,0	+	2,1	107,5	+	2,1	127,1	+	1,8	118,3	+	2,5	119,1	+	8,7	118,0	+	0,5
Dez.	121,2	+	9,6	93,6	+	3,7	143,0	+	13,9	104,1	-	2,1	103,6	+	5,0	104,2	-	4,4
2017 Jan.	115,1	+	1,1	107,0	+	2,6	120,7	+	1,1	116,9	-	4,1	115,6	-	0,6	117,4	-	5,2
Febr.	119,0	+	6,0	111,8	+	10,4	123,8	+	3,7	121,7	+	4,1	116,6	+	11,9	123,4	+	1,7
März	133,6	+	4,3	119,5	+	10,0	143,8	+	0,8	131,1	+	8,2	135,0	+	14,8	129,8	+	6,0
April <sup>p)</sup>	119,5	+	5,6	111,2	+	6,1	125,6	+	5,1	118,3	+	7,4	121,4	+	2,7	117,2	+	9,3
<b>aus dem Inland</b>																		
2012	103,9	-	5,3	103,3	-	5,8	105,4	-	4,9	99,1	-	4,3	101,9	-	7,5	98,2	-	2,9
2013	104,4	+	0,5	101,9	-	1,4	107,6	+	2,1	100,4	+	1,3	102,8	+	0,9	99,5	+	1,3
2014	105,6	+	1,1	100,8	-	1,1	110,9	+	3,1	102,4	+	2,0	102,8	±	0,0	102,2	+	2,7
2015	107,4	+	1,7	99,0	-	1,8	116,3	+	4,9	105,2	+	2,7	102,1	-	0,7	106,3	+	4,0
2016	107,4	±	0,0	96,8	-	2,2	118,7	+	2,1	103,4	-	1,7	105,6	+	3,4	102,6	-	3,5
2016 April	108,3	+	0,2	102,0	+	1,5	116,1	-	1,0	99,3	+	0,2	106,2	+	6,4	96,8	-	2,0
Mai	105,0	-	0,8	95,8	-	5,2	114,6	+	3,0	102,5	+	1,7	95,1	+	3,1	105,1	+	1,2
Juni	108,4	+	1,1	97,0	-	3,7	121,1	+	5,8	100,7	-	1,2	101,4	+	1,4	100,4	-	2,1
Juli	105,6	-	6,0	97,6	-	3,8	113,6	-	8,0	105,1	-	5,1	102,9	-	1,6	105,9	-	6,1
Aug.	99,7	+	0,8	91,0	-	2,3	107,8	+	4,2	103,0	-	3,5	101,3	+	1,6	103,6	-	5,1
Sept.	104,4	-	0,9	92,8	-	3,5	116,0	+	1,5	104,0	-	3,5	115,8	+	0,7	99,8	-	5,1
Okt.	111,0	+	3,1	100,5	+	1,8	122,2	+	4,7	107,0	-	1,1	120,6	+	6,8	102,2	-	4,1
Nov.	111,3	+	0,8	102,4	+	0,4	120,9	+	1,4	107,5	-	0,7	114,6	+	5,7	105,0	-	3,0
Dez.	107,4	+	9,7	86,5	+	2,9	131,0	+	16,1	91,0	+	0,2	88,9	+	6,3	91,7	-	1,8
2017 Jan.	106,2	+	0,5	100,8	+	2,1	112,0	-	1,0	103,6	+	0,2	104,6	+	1,6	103,2	-	0,4
Febr.	113,5	+	7,5	108,4	+	13,9	119,3	+	3,2	109,9	+	1,9	104,3	+	3,8	111,9	+	1,4
März	122,5	+	4,9	111,5	+	9,2	135,3	+	1,9	111,2	+	2,0	117,6	+	1,0	109,0	+	2,4
April <sup>p)</sup>	112,0	+	3,4	105,3	+	3,2	120,8	+	4,0	99,6	+	0,3	107,7	+	1,4	96,8	±	0,0
<b>aus dem Ausland</b>																		
2012	109,2	-	0,7	105,2	-	3,0	111,6	+	0,2	107,7	+	3,5	97,3	-	3,7	111,3	+	5,8
2013	113,5	+	3,9	104,8	-	0,4	118,4	+	6,1	110,7	+	2,8	100,8	+	3,6	114,1	+	2,5
2014	117,9	+	3,9	107,4	+	2,5	123,4	+	4,2	118,0	+	6,6	102,0	+	1,2	123,5	+	8,2
2015	120,7	+	2,4	107,7	+	0,3	127,4	+	3,2	122,1	+	3,5	110,7	+	8,5	126,0	+	2,0
2016	122,4	+	1,4	108,3	+	0,6	129,4	+	1,6	125,5	+	2,8	118,8	+	7,3	127,8	+	1,4
2016 April	117,1	-	4,4	108,0	+	0,1	121,6	-	6,7	119,3	-	1,1	128,7	+	19,9	116,1	-	7,3
Mai	117,5	-	2,2	108,2	-	0,5	122,1	-	3,2	119,2	-	0,5	105,5	-	4,1	124,0	+	0,7
Juni	127,1	-	7,0	110,1	-	3,2	136,2	-	9,3	125,6	+	0,6	119,6	+	3,9	127,7	-	0,4
Juli	121,0	+	0,7	107,4	-	1,6	127,4	+	1,8	127,7	+	1,8	116,2	+	5,1	131,8	+	0,9
Aug.	106,1	+	0,3	95,1	+	1,4	109,8	-	1,3	124,4	+	10,6	102,4	+	3,1	132,0	+	12,7
Sept.	121,7	+	3,8	109,5	+	4,8	127,8	+	3,3	125,1	+	4,6	122,2	+	3,9	126,2	+	4,9
Okt.	124,9	+	5,4	110,3	+	2,6	132,3	+	7,7	127,2	-	2,3	137,2	+	18,0	123,7	-	8,3
Nov.	125,2	+	2,9	113,6	+	4,0	130,9	+	1,9	127,6	+	5,0	123,1	+	11,2	129,1	+	3,1
Dez.	132,4	+	9,4	102,0	+	4,5	150,4	+	12,7	115,3	-	3,6	116,4	+	4,1	114,9	-	6,1
2017 Jan.	122,4	+	1,7	114,3	+	3,2	126,0	+	2,2	128,3	-	6,8	125,1	-	2,2	129,4	-	8,2
Febr.	123,5	+	4,9	115,9	+	6,8	126,6	+	4,0	131,7	+	5,6	127,4	+	18,5	133,2	+	2,1
März	142,6	+	3,9	129,0	+	10,9	149,1	+	0,2	148,2	+	12,5	150,2	+	26,5	147,5	+	8,4
April <sup>p)</sup>	125,6	+	7,3	118,1	+	9,4	128,5	+	5,7	134,3	+	12,6	133,3	+	3,6	134,6	+	15,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ◊ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe \*)

Arbeitsmäßig bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten											Gliederung nach Bauherren 1)				
	Hochbau											Tiefbau				
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)	
	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
2012	114,7	+ 7,1	121,4	+ 8,2	132,3	+ 9,7	124,2	+ 9,3	91,7	+ 0,2	107,9	+ 5,8	118,8	+ 5,4	103,4	+ 7,8
2013	119,2	+ 3,9	126,4	+ 4,1	140,6	+ 6,3	128,1	+ 3,1	93,9	+ 2,4	111,9	+ 3,7	121,9	+ 2,6	107,7	+ 4,2
2014	118,5	- 0,6	127,2	+ 0,6	146,6	+ 4,3	126,8	- 1,0	90,6	- 3,5	109,9	- 1,8	121,7	- 0,2	104,0	- 3,4
2015	124,2	+ 4,8	133,6	+ 5,0	165,4	+ 12,8	124,3	- 2,0	98,5	+ 8,7	114,8	+ 4,5	122,6	+ 0,7	109,3	+ 5,1
2016	142,3	+ 14,6	153,8	+ 15,1	193,5	+ 17,0	143,0	+ 15,0	107,5	+ 9,1	130,7	+ 13,9	137,1	+ 11,8	126,9	+ 16,1
2016 März	164,7	+ 15,5	168,4	+ 12,3	227,4	+ 19,9	146,7	+ 9,9	117,0	- 3,0	160,9	+ 18,9	150,0	+ 9,6	154,5	+ 19,1
April	151,0	+ 18,9	155,3	+ 16,7	195,8	+ 14,2	142,3	+ 20,0	114,1	+ 13,1	146,7	+ 21,3	140,3	+ 18,7	143,9	+ 21,7
Mai	157,4	+ 18,5	176,1	+ 27,4	209,6	+ 24,8	173,7	+ 32,6	117,6	+ 16,3	138,7	+ 9,0	156,0	+ 19,4	137,9	+ 14,2
Juni	165,1	+ 19,8	181,0	+ 24,3	223,3	+ 27,7	174,6	+ 25,4	117,0	+ 9,6	149,3	+ 14,8	161,4	+ 20,4	145,6	+ 15,0
Juli	152,7	+ 15,7	163,6	+ 17,4	194,9	+ 5,6	158,6	+ 31,8	117,2	+ 9,2	141,7	+ 13,7	144,2	+ 19,5	144,4	+ 17,9
Aug.	138,9	+ 12,2	148,6	+ 14,2	184,1	+ 16,8	141,5	+ 14,9	99,7	+ 3,1	129,2	+ 9,9	132,3	+ 10,9	127,5	+ 11,0
Sept.	144,5	+ 7,6	161,6	+ 6,8	225,5	+ 11,5	133,1	- 0,5	120,3	+ 16,6	127,4	+ 8,6	129,6	+ 1,0	127,1	+ 12,3
Okt.	145,3	+ 23,4	157,0	+ 22,7	194,3	+ 22,7	148,1	+ 27,3	110,2	+ 7,1	133,6	+ 24,4	144,9	+ 20,3	126,1	+ 27,9
Nov.	127,1	+ 7,0	139,7	+ 1,9	189,4	+ 24,4	121,7	- 15,9	95,1	+ 12,0	114,5	+ 13,9	124,3	- 11,5	104,8	+ 26,0
Dez.	131,1	+ 6,2	150,0	+ 10,9	171,8	+ 2,8	153,8	+ 22,6	95,6	- 5,5	112,2	+ 0,4	141,0	+ 22,8	104,6	- 8,7
2017 Jan.	113,5	+ 4,6	124,9	+ 6,1	154,5	+ 4,7	122,4	+ 14,8	74,4	- 19,0	102,1	+ 2,8	124,4	+ 11,6	85,9	- 4,2
Febr.	130,2	+ 7,9	144,3	+ 14,5	176,0	+ 11,5	139,1	+ 20,5	97,3	+ 2,6	116,2	+ 0,7	127,4	+ 16,3	114,8	- 2,0
März	179,0	+ 8,7	190,4	+ 13,1	243,8	+ 7,2	172,1	+ 17,3	139,8	+ 19,5	167,6	+ 4,2	165,1	+ 10,1	167,3	+ 8,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

### 5. Umsätze des Einzelhandels \*)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	darunter:															
	in Verkaufsräumen nach dem Schwerpunktsortiment der Unternehmen:															
	Insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 1)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln		Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel 2)			
	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
2012	104,5	+ 1,8	100,8	- 0,3	105,2	+ 2,6	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,5	+ 0,8	100,7	+ 0,4	116,5	+ 8,4
2013	106,2	+ 1,6	101,3	+ 0,5	109,0	+ 3,6	103,0	+ 0,7	95,4	- 3,6	102,3	- 2,1	103,4	+ 2,7	123,5	+ 6,0
2014	108,2	+ 1,9	102,7	+ 1,4	111,6	+ 2,4	104,9	+ 1,8	94,6	- 0,8	101,9	- 0,4	110,7	+ 7,1	126,2	+ 2,2
2015	112,2	+ 3,7	106,7	+ 3,9	114,8	+ 2,9	105,2	+ 0,3	95,5	+ 1,0	104,6	+ 2,6	116,6	+ 5,3	151,5	+ 20,0
2016	115,0	+ 2,5	108,9	+ 2,1	117,1	+ 2,0	104,8	- 0,4	95,6	+ 0,1	106,1	+ 1,4	121,4	+ 4,1	166,4	+ 9,8
2016 April	114,5	+ 2,4	107,8	+ 2,5	117,1	+ 0,2	112,6	+ 3,5	81,9	+ 0,5	111,3	+ 2,0	119,1	+ 2,8	150,2	+ 17,4
Mai	114,8	+ 1,7	108,1	+ 1,5	118,6	+ 0,9	108,5	+ 0,8	79,4	- 1,9	109,4	+ 1,2	118,4	+ 5,0	157,3	+ 6,0
Juni	112,0	+ 1,9	106,0	+ 1,8	116,1	+ 1,7	102,9	- 2,4	85,3	+ 4,4	103,4	+ 1,2	117,3	+ 3,3	153,3	+ 6,4
Juli	115,5	+ 2,1	109,8	+ 1,8	119,1	+ 2,9	107,1	- 0,6	89,6	- 1,2	106,3	+ 2,9	124,4	+ 4,0	150,1	+ 0,9
Aug.	111,1	+ 1,7	105,7	+ 1,5	115,8	+ 0,5	96,5	+ 0,6	84,5	- 1,6	101,2	+ 2,2	118,1	+ 5,8	152,8	+ 4,2
Sept.	110,6	+ 0,6	104,4	+ 0,1	112,3	+ 2,1	100,2	- 10,7	87,9	- 5,5	101,2	- 0,9	119,8	+ 5,3	156,8	- 0,8
Okt.	120,0	+ 3,5	112,7	+ 2,9	118,6	+ 2,7	127,7	+ 6,2	101,1	+ 3,3	112,5	+ 1,6	124,3	+ 4,1	179,0	+ 9,3
Nov.	120,6	+ 2,2	113,4	+ 1,3	118,7	+ 2,0	108,0	+ 3,7	109,1	- 1,3	112,4	- 1,8	126,5	+ 3,2	198,5	+ 6,9
Dez.	138,5	+ 2,8	130,6	+ 1,2	137,6	+ 2,8	125,1	+ 0,6	153,1	+ 3,2	115,8	+ 2,1	135,7	+ 3,7	214,3	+ 4,9
2017 Jan.	107,3	+ 1,8	101,3	- 0,1	108,5	+ 0,4	86,3	- 5,3	114,3	+ 15,9	91,0	- 2,0	119,3	+ 2,7	170,4	+ 8,5
Febr.	105,4	+ 3,6	98,6	+ 1,2	108,9	+ 3,0	80,3	+ 0,1	93,7	+ 9,2	93,2	- 0,9	116,7	+ 2,6	160,3	+ 4,0
März	121,5	+ 5,2	113,0	+ 3,2	121,6	+ 3,8	108,0	+ 10,2	103,8	+ 13,7	116,7	+ 3,6	126,9	+ 2,6	180,6	+ 4,4
April	119,3	+ 4,2	110,6	+ 2,6	123,4	+ 5,4	106,2	- 5,7	95,5	+ 16,6	112,5	+ 1,1	124,5	+ 4,5	172,3	+ 14,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 2 Nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen

oder auf Märkten. 3 Ab Mai 2015 Einbeziehung eines größeren Unternehmens des Online-Handels, das im Mai 2015 eine Niederlassung in Deutschland gründete. 4 Ergebnisse ab Januar 2016 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt \*)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)						Kurzarbeiter 4)			Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter:			
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbe- reich ohne Arbeit- nehmer- überlas- sung	Arbeit- nehmer- überlas- sung	Ausschl. gering- entlohnte Beschäftigte 2)				Empfänger von Arbeits- losengeld nach dem SGB III			
													Tsd		
2012	42 062	+ 1,2	29 341	+ 2,3	8 739	19 604	773	4 981	171	67	2 897	902	6,8	478	
2013	42 327	+ 0,6	29 713	+ 1,3	8 783	19 958	743	5 017	191	77	2 950	970	6,9	457	
2014	42 662	+ 0,8	30 197	+ 1,6	8 860	20 332	770	5 029	134	49	2 898	933	6,7	490	
2015	43 057	+ 0,9	30 822	+ 2,1	8 937	20 839	806	4 856	130	44	2 795	859	6,4	569	
2016	43 594	+ 1,2	31 485	+ 2,2	9 022	21 390	834	4 805	...	42	2 691	822	6,1	655	
2014 1.Vj.	42 214	+ 0,8	29 809	+ 1,4	8 760	20 103	730	4 991	303	58	3 109	1 078	7,2	452	
2.Vj.	42 626	+ 0,9	30 080	+ 1,7	8 829	20 255	753	5 043	72	56	2 886	900	6,6	487	
3.Vj.	42 849	+ 0,8	30 284	+ 1,7	8 896	20 344	800	5 065	50	37	2 860	909	6,6	512	
4.Vj.	42 958	+ 0,7	30 614	+ 1,6	8 956	20 625	796	5 018	110	46	2 738	846	6,3	510	
2015 1.Vj.	42 512	+ 0,7	30 360	+ 1,8	8 833	20 551	756	4 863	310	51	2 993	1 011	6,9	515	
2.Vj.	42 985	+ 0,8	30 671	+ 2,0	8 895	20 740	792	4 863	61	47	2 772	822	6,3	560	
3.Vj.	43 272	+ 1,0	30 927	+ 2,1	8 974	20 864	840	4 868	47	33	2 759	827	6,3	595	
4.Vj.	43 457	+ 1,2	31 329	+ 2,3	9 049	21 201	837	4 828	101	46	2 655	775	6,0	604	
2016 1.Vj.	43 060	+ 1,3	31 064	+ 2,3	8 927	21 120	793	4 786	312	50	2 892	932	6,6	610	
2.Vj.	43 497	+ 1,2	31 326	+ 2,1	8 983	21 279	820	4 824	59	47	2 674	782	6,1	653	
3.Vj.	43 789	+ 1,2	31 536	+ 2,0	9 039	21 391	858	4 827	46	35	2 651	808	6,0	682	
4.Vj.	44 032	+ 1,3	32 014	+ 2,2	9 137	21 771	866	4 781	...	36	2 547	766	5,8	677	
2017 1.Vj.	9) 43 698	9) + 1,5	8) 31 789	8) + 2,3	8) 9 039	8) 21 698	8) 830	8) 4 725	...	8) 38	2 734	10) 987	6,2	671	
2014 Jan.	42 164	+ 0,7	29 736	+ 1,4	8 739	20 060	726	4 977	354	63	3 136	1 104	7,3	425	
Febr.	42 183	+ 0,8	29 784	+ 1,5	8 750	20 088	729	4 976	355	57	3 138	1 105	7,3	456	
März	42 296	+ 0,9	29 932	+ 1,7	8 797	20 162	742	4 990	202	55	3 055	1 026	7,1	476	
April	42 486	+ 0,9	30 060	+ 1,7	8 826	20 244	749	5 030	77	60	2 943	938	6,8	485	
Mai	42 643	+ 0,8	30 125	+ 1,6	8 836	20 292	751	5 060	72	56	2 882	893	6,6	481	
Juni	42 748	+ 0,8	30 175	+ 1,9	8 854	20 295	779	5 087	66	52	2 833	869	6,5	495	
Juli	42 780	+ 0,8	30 121	+ 1,8	8 860	20 219	800	5 100	54	40	2 871	909	6,6	502	
Aug.	42 804	+ 0,8	30 312	+ 1,6	8 904	20 362	802	5 046	44	32	2 902	934	6,7	515	
Sept.	42 964	+ 0,8	30 663	+ 1,7	8 992	20 608	813	5 013	51	39	2 808	885	6,5	518	
Okt.	43 053	+ 0,8	30 676	+ 1,6	8 980	20 645	808	5 021	61	49	2 733	836	6,3	517	
Nov.	43 010	+ 0,7	30 636	+ 1,6	8 960	20 645	798	5 020	63	52	2 717	834	6,3	515	
Dez.	42 810	+ 0,8	30 398	+ 1,7	8 864	20 565	753	5 012	204	39	2 764	867	6,4	498	
2015 Jan.	42 443	+ 0,7	30 276	+ 1,8	8 815	20 498	747	4 846	327	50	3 032	1 043	7,0	485	
Febr.	42 464	+ 0,7	30 342	+ 1,9	8 819	20 546	756	4 821	352	52	3 017	1 034	6,9	519	
März	42 630	+ 0,8	30 528	+ 2,0	8 865	20 651	777	4 829	251	50	2 932	955	6,8	542	
April	42 820	+ 0,8	30 645	+ 1,9	8 895	20 723	784	4 850	67	54	2 843	868	6,5	552	
Mai	43 002	+ 0,8	30 718	+ 2,0	8 901	20 776	794	4 875	57	44	2 762	815	6,3	557	
Juni	43 134	+ 0,9	30 771	+ 2,0	8 915	20 788	819	4 902	59	45	2 711	782	6,2	572	
Juli	43 177	+ 0,9	30 744	+ 2,1	8 934	20 724	840	4 908	49	35	2 773	830	6,3	589	
Aug.	43 232	+ 1,0	30 986	+ 2,2	8 993	20 899	846	4 841	40	26	2 796	851	6,4	597	
Sept.	43 408	+ 1,0	31 330	+ 2,2	9 076	21 150	850	4 810	51	39	2 708	799	6,2	600	
Okt.	43 492	+ 1,0	31 365	+ 2,2	9 067	21 203	846	4 813	61	47	2 649	764	6,0	612	
Nov.	43 526	+ 1,2	31 384	+ 2,4	9 059	21 243	842	4 845	66	52	2 633	764	6,0	610	
Dez.	43 353	+ 1,3	31 145	+ 2,5	8 963	21 163	798	4 843	177	39	2 681	798	6,1	591	
2016 Jan.	42 978	+ 1,3	30 967	+ 2,3	8 904	21 060	784	4 775	343	48	2 920	961	6,7	581	
Febr.	43 022	+ 1,3	31 055	+ 2,3	8 921	21 116	793	4 771	343	50	2 911	947	6,6	614	
März	43 180	+ 1,3	31 195	+ 2,2	8 951	21 205	804	4 783	252	52	2 845	888	6,5	635	
April	43 329	+ 1,2	31 299	+ 2,1	8 980	21 267	809	4 808	67	55	2 744	817	6,3	640	
Mai	43 516	+ 1,2	31 395	+ 2,2	8 997	21 324	826	4 839	57	45	2 664	774	6,0	655	
Juni	43 645	+ 1,2	31 374	+ 2,0	8 991	21 289	846	4 864	54	42	2 614	754	5,9	665	
Juli	43 637	+ 1,1	31 258	+ 1,7	8 974	21 188	852	4 861	43	31	2 617	805	6,0	674	
Aug.	43 766	+ 1,2	31 658	+ 2,2	9 070	21 475	864	4 805	50	38	2 684	830	6,1	685	
Sept.	43 963	+ 1,3	32 009	+ 2,2	9 157	21 731	869	4 770	46	35	2 608	787	5,9	687	
Okt.	44 057	+ 1,3	32 046	+ 2,2	9 154	21 775	871	4 768	50	39	2 540	756	5,8	691	
Nov.	44 100	+ 1,3	32 070	+ 2,2	9 147	21 809	876	4 795	52	40	2 532	756	5,7	681	
Dez.	43 939	+ 1,4	31 844	+ 2,2	9 062	21 729	835	4 790	...	30	2 568	785	5,8	658	
2017 Jan.	9) 43 615	+ 1,5	8) 31 703	8) + 2,4	8) 9 016	8) 21 645	8) 825	8) 4 713	...	8) 44	2 777	10) 1 010	6,3	647	
Febr.	9) 43 662	+ 1,5	8) 31 777	8) + 2,3	8) 9 032	8) 21 694	8) 828	8) 4 706	...	8) 47	2 762	1 014	6,3	675	
März	9) 43 818	+ 1,5	8) 31 928	8) + 2,3	8) 9 078	8) 21 778	8) 837	8) 4 721	...	8) 35	2 662	935	6,0	692	
April	9) 43 981	+ 1,5	...	...	...	...	...	...	...	...	2 569	861	5,8	706	
Mai	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2 498	810	11) 5,6	714	

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. \* Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind runderungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit ge-

schätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2014 und 2015 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,3 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 1,4 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 31,2 % von den endgültigen Angaben ab. 9 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 10 Ab Januar 2017 werden Aufstocker (Personen, die gleichzeitig Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II beziehen) dem Rechtskreis SGB III zugeordnet. 11 Ab Mai 2017 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex						nachrichtlich: Verbraucher- preisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreis- index	Index der Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte im Inlands- absatz 5)	Index der Erzeuger- preise landwirt- schaft- licher Pro- dukte 5)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarkt- preise für Rohstoffe 6)			
	insgesamt	davon: 1)				darunter: Wohnungs- mieten 4)					Ausfuhr	Einfuhr	Energie 7)	sonstige Rohstoffe 8)		
		Nah- rungs- mittel 2)	Industrie- erzeug- nisse ohne Energie	Energie 3)	Dienst- leis- tungen											
	2015 = 100						2010 = 100				2015 = 100					
<b>Indexstand</b>																
2012	91	97,5	94,2	98,1	107,8	95,9	96,1	91	104,1	105,7	107,0	119,4	104,9	108,7	166,8	128,7
2013		99,1	97,4	98,7	109,8	97,4	97,3		105,7	107,9	106,9	120,7	104,3	105,9	160,2	117,6
2014		99,9	98,8	99,2	107,5	98,8	98,8		106,6	109,7	105,8	111,1	104,0	103,6	142,8	108,3
2015		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0		106,9	111,3	103,9	106,9	104,9	100,9	100,0	100,0
2016		100,4	101,3	101,0	94,6	101,2	101,2		107,4	113,4	102,1	106,6	104,0	97,8	83,2	98,4
2015 Juli		100,3	99,8	99,1	102,3	100,8	100,1		107,2		104,4	104,5	105,4	101,8	106,0	101,6
Aug.		100,3	99,7	99,6	100,2	101,0	100,1		107,2	111,5	103,9	102,1	104,9	100,3	91,5	96,0
Sept.		100,1	100,0	100,7	98,4	100,1	100,2		107,0		103,5	107,4	104,6	99,6	90,8	94,1
Okt.		100,1	100,4	101,2	97,6	100,0	100,3		107,0		103,1	108,9	104,4	99,3	91,6	93,4
Nov.		100,1	100,5	101,0	97,7	100,1	100,4		107,1	111,8	102,9	107,6	104,5	99,1	89,6	92,7
Dez.		100,1	100,2	100,4	95,0	101,2	100,4		107,0		102,4	107,3	104,1	97,9	77,5	89,4
2016 Jan.		99,1	100,4	99,7	92,7	99,9	100,6		106,1		101,7	106,8	103,9	96,4	64,5	88,2
Febr.		99,5	100,8	99,9	91,8	100,6	100,7		106,5	112,5	101,2	106,0	103,4	95,8	64,0	88,6
März		100,3	101,2	101,0	92,7	101,5	100,8		107,3		101,2	106,6	103,6	96,5	72,3	93,6
April		99,8	101,6	101,5	93,6	99,7	100,9		106,9		101,3	105,9	103,5	96,4	75,1	95,5
Mai		100,2	101,3	101,4	95,0	100,5	101,0		107,2	113,1	101,7	106,0	103,7	97,3	82,6	97,2
Juni		100,3	101,0	100,7	96,2	100,9	101,1		107,3		102,1	106,4	103,9	97,8	87,9	98,9
Juli		100,7	101,3	100,0	95,1	102,2	101,2		107,6		102,3	110,0	104,1	97,9	84,4	100,2
Aug.		100,6	100,9	100,3	94,3	102,3	101,4		107,6	113,7	102,2	106,7	104,0	97,7	83,9	98,6
Sept.		100,6	101,2	101,5	94,9	101,4	101,5		107,7		102,0	104,7	104,0	97,8	83,9	97,0
Okt.		100,8	101,2	102,0	96,2	101,2	101,7		107,9		102,7	108,8	104,3	98,7	96,2	99,8
Nov.		100,8	102,0	102,0	95,2	101,1	101,8		108,0	114,1	103,0	111,2	104,8	99,4	95,4	108,5
Dez.		101,8	102,6	101,6	97,3	102,8	102,0		108,8		103,4	113,1	105,2	101,3	106,6	114,0
2017 Jan.		101,0	103,2	100,7	98,2	101,0	102,2		108,1		104,1	114,8	105,8	102,9	108,9	115,9
Febr.		101,7	104,6	101,0	98,4	101,9	102,3		108,8	115,5	104,3	116,2	106,0	102,9	110,2	118,9
März		101,8	103,4	102,6	97,5	102,0	102,4		109,0		104,3	117,6	106,0	102,4	99,7	116,4
April		101,8	103,4	102,7	98,3	101,5	102,6		109,0		104,7	119,9	106,2	102,3	100,4	110,1
Mai		101,6	103,5	102,7	96,9	101,5	102,8		108,8	...	104,5	...	...	...	93,1	104,2
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>																
2012	9)	+ 2,1	9)	+ 3,2	+ 1,3	+ 5,6	+ 1,3	9)	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,5	- 5,3
2013		+ 1,6	+ 3,4	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3		+ 1,5	+ 2,1	- 0,1	+ 1,1	- 0,6	- 2,6	- 4,0	- 8,6
2014		+ 0,8	+ 1,5	+ 0,5	- 2,1	+ 1,4	+ 1,6		+ 0,9	+ 1,7	- 1,0	- 8,0	- 0,3	- 2,2	- 10,9	- 7,9
2015		+ 0,1	+ 1,2	+ 0,8	- 7,0	+ 1,2	+ 1,2		+ 0,3	+ 1,5	- 1,8	- 3,8	+ 0,9	- 2,6	- 30,0	- 7,7
2016		+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	- 5,4	+ 1,2	+ 1,2		+ 0,5	+ 1,9	- 1,7	10)	- 0,3	- 0,9	- 16,8	- 1,6
2015 Juli		+ 0,1	+ 1,1	+ 0,7	- 6,1	+ 1,1	+ 1,2		+ 0,2		- 1,3	- 8,3	+ 1,2	- 1,7	- 26,5	- 5,1
Aug.		+ 0,1	+ 1,4	+ 0,9	- 7,5	+ 1,1	+ 1,1		+ 0,2	+ 1,4	- 1,7	- 8,4	+ 0,8	- 3,1	- 35,5	- 10,4
Sept.		- 0,1	+ 1,3	+ 0,9	- 9,2	+ 1,1	+ 1,2		± 0,0		- 2,1	- 0,5	+ 0,3	- 4,0	- 37,2	- 10,4
Okt.		+ 0,2	+ 1,7	+ 1,5	- 8,7	+ 1,3	+ 1,1		+ 0,3		- 2,3	+ 5,0	+ 0,2	- 4,1	- 32,5	- 11,6
Nov.		+ 0,2	+ 1,9	+ 1,1	- 7,6	+ 1,1	+ 1,1		+ 0,4	+ 1,5	- 2,5	+ 3,9	+ 0,3	- 3,5	- 29,3	- 13,1
Dez.		+ 0,2	+ 1,4	+ 0,7	- 6,5	+ 1,1	+ 1,0		+ 0,3		- 2,3	+ 4,4	+ 0,2	- 3,1	- 28,4	- 14,8
2016 Jan.		+ 0,4	+ 1,2	+ 1,2	- 5,7	+ 1,2	+ 1,1		+ 0,5		- 2,4	+ 4,3	- 0,5	- 3,8	- 30,0	- 17,4
Febr.		- 0,2	+ 1,1	+ 1,0	- 8,6	+ 0,7	+ 1,1		± 0,0	+ 1,5	- 3,0	+ 1,1	- 1,2	- 5,7	- 40,7	- 16,3
März		+ 0,1	+ 1,4	+ 0,8	- 8,9	+ 1,6	+ 1,1		+ 0,3		- 3,1	+ 1,4	- 1,6	- 5,9	- 33,7	- 12,6
April		- 0,3	+ 1,2	+ 1,1	- 8,5	+ 0,5	+ 1,1		- 0,1		- 3,1	- 0,1	- 2,0	- 6,6	- 35,0	- 9,6
Mai		± 0,0	+ 0,9	+ 1,2	- 8,0	+ 1,1	+ 1,1		+ 0,1	+ 1,8	- 2,7	+ 1,1	- 1,6	- 5,5	- 29,3	- 7,2
Juni		+ 0,2	+ 0,9	+ 0,9	- 6,4	+ 1,4	+ 1,1		+ 0,3		- 2,2	+ 0,9	- 1,3	- 4,6	- 22,4	- 4,4
Juli		+ 0,4	+ 1,5	+ 0,9	- 7,0	+ 1,4	+ 1,1		+ 0,4		- 2,0	+ 5,3	- 1,2	- 3,8	- 20,4	- 1,4
Aug.		+ 0,3	+ 1,2	+ 0,7	- 5,9	+ 1,3	+ 1,3		+ 0,4	+ 2,0	- 1,6	+ 4,5	- 0,9	- 2,6	- 8,3	+ 2,7
Sept.		+ 0,5	+ 1,2	+ 0,8	- 3,6	+ 1,3	+ 1,3		+ 0,7		- 1,4	10)	- 2,5	- 0,6	- 1,8	+ 3,1
Okt.		+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	- 1,4	+ 1,2	+ 1,4		+ 0,8		- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 5,0	+ 6,9
Nov.		+ 0,7	+ 1,5	+ 1,0	- 2,6	+ 1,0	+ 1,4		+ 0,8	+ 2,1	+ 0,1	+ 3,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 6,5	+ 17,0
Dez.		+ 1,7	+ 2,4	+ 1,2	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,6		+ 1,7		+ 1,0	+ 5,4	+ 1,1	+ 3,5	+ 37,5	+ 27,5
2017 Jan.		+ 1,9	+ 2,8	+ 1,0	+ 5,9	+ 1,1	+ 1,6		+ 1,9		+ 2,4	+ 7,5	+ 1,8	+ 6,0	+ 68,8	+ 31,4
Febr.		+ 2,2	+ 3,8	+ 1,1	+ 7,2	+ 1,3	+ 1,6		+ 2,2	+ 2,7	+ 3,1	+ 9,6	+ 2,5	+ 7,4	+ 72,2	+ 34,2
März		+ 1,5	+ 2,2	+ 1,6	+ 5,2	+ 0,5	+ 1,6		+ 1,6		+ 3,1	+ 10,3	+ 2,3	+ 6,1	+ 37,9	+ 24,4
April		+ 2,0	+ 1,8	+ 1,2	+ 5,0	+ 1,8	+ 1,7		+ 2,0		+ 3,4	+ 13,2	+ 2,6	+ 6,1	+ 33,7	+ 15,3
Mai		+ 1,4	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,8		+ 1,5	...	+ 2,8	...	...	...	+ 12,7	+ 7,2

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 2 Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren. 3 Strom, Gas und

andere Brennstoffe sowie Kraft- und Schmierstoffe. 4 Nettomieten. 5 Ohne Mehrwertsteuer. 6 HWWI-Rohstoffpreisindex Euroraum auf Euro-Basis. 7 Kohle, Rohöl (Brent) und Erdgas. 8 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 9 Ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer. 10 Ab September 2016 vorläufig.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 8. Einkommen der privaten Haushalte \*)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	380,7	6,9	1 053,3	2,6	1 569,2	- 0,8	156,2	- 5,9	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	385,3	1,2	1 087,5	3,2	1 606,4	2,4	160,1	2,5	10,0
2011	1 088,6	4,8	729,4	3,9	380,4	- 1,3	1 109,8	2,0	1 653,7	2,9	158,2	- 1,2	9,6
2012	1 133,0	4,1	756,8	3,8	387,6	1,9	1 144,5	3,1	1 695,6	2,5	157,6	- 0,4	9,3
2013	1 167,5	3,0	778,4	2,9	389,1	0,4	1 167,5	2,0	1 719,8	1,4	154,1	- 2,2	9,0
2014	1 213,0	3,9	807,1	3,7	400,2	2,8	1 207,3	3,4	1 759,5	2,3	165,1	7,1	9,4
2015	1 260,6	3,9	836,6	3,6	415,5	3,8	1 252,0	3,7	1 811,2	2,9	175,2	6,1	9,7
2016	1 311,0	4,0	868,7	3,8	427,6	2,9	1 296,3	3,5	1 862,4	2,8	180,9	3,2	9,7
2015 4.Vj.	348,7	4,2	231,6	4,5	103,5	3,1	335,1	4,0	459,3	3,0	38,4	5,7	8,4
2016 1.Vj.	305,4	4,5	202,4	4,5	107,5	1,7	309,9	3,5	459,5	2,7	59,5	3,0	13,0
2.Vj.	319,4	3,5	207,5	3,7	105,2	2,7	312,7	3,4	464,7	3,4	43,7	4,3	9,4
3.Vj.	323,4	3,9	218,8	3,6	108,2	4,2	327,0	3,8	465,9	2,4	37,9	2,2	8,1
4.Vj.	362,8	4,0	240,1	3,7	106,7	3,1	346,8	3,5	472,3	2,8	39,8	3,5	8,4
2017 1.Vj.	318,1	4,2	210,5	4,0	111,3	3,5	321,8	3,8	476,3	3,7	63,4	6,4	13,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2017. \* Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

### 9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				Grundvergütungen 2)			
	2010 = 100	% gegen Vorjahr	insgesamt	insgesamt ohne Einmalzahlungen	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,4	2,3	98,2	2,5	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,6	100,0	1,7	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,7	1,7	101,7	1,7	101,8	1,8	101,8	1,8	103,4	3,4
2012	104,4	2,7	104,4	2,6	104,7	2,9	104,7	2,9	106,2	2,7
2013	107,0	2,5	107,0	2,5	107,3	2,5	107,3	2,5	108,4	2,0
2014	110,1	2,9	110,0	2,8	110,1	2,7	110,1	2,7	111,4	2,8
2015	112,6	2,2	112,4	2,2	112,6	2,2	112,7	2,3	114,4	2,7
2016	115,0	2,1	114,7	2,1	115,0	2,1	115,2	2,2	117,2	2,5
2015 4.Vj.	125,6	2,3	125,3	2,2	125,7	2,2	113,5	2,3	125,1	2,7
2016 1.Vj.	106,4	2,0	106,1	1,9	106,5	2,3	113,9	2,3	110,6	2,9
2.Vj.	107,9	2,2	107,7	2,2	107,7	1,9	114,9	2,1	114,6	2,1
3.Vj.	117,4	2,1	117,1	2,2	117,5	2,2	115,8	2,2	115,4	2,5
4.Vj.	128,3	2,2	128,0	2,2	128,4	2,2	116,1	2,3	128,2	2,5
2017 1.Vj.	108,9	2,4	108,7	2,4	109,0	2,3	116,7	2,4	113,2	2,4
2016 Okt.	108,7	2,1	108,5	2,1	108,8	2,2	116,1	2,3	.	.
Nov.	165,7	2,1	165,4	2,1	165,9	2,1	116,1	2,3	.	.
Dez.	110,5	2,3	110,2	2,3	110,4	2,2	116,1	2,3	.	.
2017 Jan.	108,8	2,4	108,5	2,4	108,7	2,2	116,4	2,3	.	.
Febr.	108,9	2,6	108,7	2,6	109,0	2,6	116,7	2,6	.	.
März	109,1	2,2	108,8	2,2	109,2	2,2	116,9	2,2	.	.
April	110,2	2,4	109,9	2,4	110,3	2,5	117,4	2,5	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2017.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen \*)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahresende

Zeit	Aktiva								Passiva							
	Bilanzsumme	darunter:				darunter:			Eigenkapital	Schulden						
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		Zahlungsmittel <sup>1)</sup>	insgesamt	langfristig		kurzfristig		
												zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	Finanzschulden	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
<b>Insgesamt (Mrd €)</b>																
2013	1 902,2	1 171,1	385,0	485,2	232,4	731,1	187,5	175,8	136,5	569,6	1 332,6	706,0	377,5	626,6	191,0	163,1
2014	2 078,8	1 284,1	431,0	520,3	249,6	794,7	203,1	187,3	132,4	582,9	1 495,9	812,0	426,8	683,9	214,8	175,8
2015	2 226,6	1 394,6	470,7	565,2	273,1	832,0	215,6	190,6	136,2	633,8	1 592,8	860,8	465,4	732,0	233,1	180,3
2016 <sup>p)</sup>	2 371,4	1 479,8	493,0	595,4	289,7	891,6	227,0	218,0	152,2	676,0	1 695,5	889,0	481,9	806,5	258,5	192,9
2015 1.Hj.	2 163,8	1 346,9	453,6	539,8	270,0	816,8	217,9	197,4	127,0	622,4	1 541,4	830,0	440,6	711,4	223,0	173,2
2.Hj.	2 226,6	1 394,6	470,7	565,2	273,1	832,0	215,6	190,6	136,2	633,8	1 592,8	860,8	465,4	732,0	233,1	180,3
2016 1.Hj.	2 256,6	1 381,0	462,4	549,8	272,0	875,6	226,7	195,2	140,5	607,4	1 649,2	895,4	464,6	753,8	243,9	174,9
2.Hj. <sup>p)</sup>	2 371,4	1 479,8	493,0	595,4	289,7	891,6	227,0	218,0	152,2	676,0	1 695,5	889,0	481,9	806,5	258,5	192,9
in % der Bilanzsumme																
2013	100,0	61,6	20,2	25,5	12,2	38,4	9,9	9,2	7,2	29,9	70,1	37,1	19,8	32,9	10,0	8,6
2014	100,0	61,8	20,7	25,0	12,0	38,2	9,8	9,0	6,4	28,0	72,0	39,1	20,5	32,9	10,3	8,5
2015	100,0	62,6	21,1	25,4	12,3	37,4	9,7	8,6	6,1	28,5	71,5	38,7	20,9	32,9	10,5	8,1
2016 <sup>p)</sup>	100,0	62,4	20,8	25,1	12,2	37,6	9,6	9,2	6,4	28,5	71,5	37,5	20,3	34,0	10,9	8,1
2015 1.Hj.	100,0	62,3	21,0	25,0	12,5	37,8	10,1	9,1	5,9	28,8	71,2	38,4	20,4	32,9	10,3	8,0
2.Hj.	100,0	62,6	21,1	25,4	12,3	37,4	9,7	8,6	6,1	28,5	71,5	38,7	20,9	32,9	10,5	8,1
2016 1.Hj.	100,0	61,2	20,5	24,4	12,1	38,8	10,1	8,7	6,2	26,9	73,1	39,7	20,6	33,4	10,8	7,8
2.Hj. <sup>p)</sup>	100,0	62,4	20,8	25,1	12,2	37,6	9,6	9,2	6,4	28,5	71,5	37,5	20,3	34,0	10,9	8,1
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) <sup>2)</sup></b>																
2013	1 523,6	908,2	257,2	384,6	215,6	615,4	171,2	136,1	104,1	450,9	1 072,6	560,4	280,5	512,2	170,2	114,9
2014	1 655,6	989,4	276,5	411,9	236,0	666,2	185,7	140,3	98,9	451,4	1 204,2	644,0	318,6	560,2	193,3	122,4
2015	1 782,1	1 077,3	304,0	446,9	259,0	704,8	198,9	147,1	104,5	485,5	1 296,6	689,8	353,1	606,8	208,7	127,6
2016 <sup>p)</sup>	1 909,6	1 146,4	322,1	473,4	270,8	763,3	209,8	170,1	115,6	514,5	1 395,1	715,3	369,4	679,8	232,5	141,0
2015 1.Hj.	1 743,3	1 047,8	293,3	432,1	257,1	695,4	201,0	151,7	103,6	487,1	1 256,2	670,0	336,1	586,2	194,9	127,3
2.Hj.	1 782,1	1 077,3	304,0	446,9	259,0	704,8	198,9	147,1	104,5	485,5	1 296,6	689,8	353,1	606,8	208,7	127,6
2016 1.Hj.	1 818,4	1 059,3	296,6	432,5	254,2	759,1	210,1	150,0	112,3	466,0	1 352,3	717,9	351,0	634,4	219,2	130,0
2.Hj. <sup>p)</sup>	1 909,6	1 146,4	322,1	473,4	270,8	763,3	209,8	170,1	115,6	514,5	1 395,1	715,3	369,4	679,8	232,5	141,0
in % der Bilanzsumme																
2013	100,0	59,6	16,9	25,2	14,2	40,4	11,2	8,9	6,8	29,6	70,4	36,8	18,4	33,6	11,2	7,5
2014	100,0	59,8	16,7	24,9	14,3	40,2	11,2	8,5	6,0	27,3	72,7	38,9	19,2	33,8	11,7	7,4
2015	100,0	60,5	17,1	25,1	14,5	39,6	11,2	8,3	5,9	27,2	72,8	38,7	19,8	34,1	11,7	7,2
2016 <sup>p)</sup>	100,0	60,0	16,9	24,8	14,2	40,0	11,0	8,9	6,1	26,9	73,1	37,5	19,3	35,6	12,2	7,4
2015 1.Hj.	100,0	60,1	16,8	24,8	14,8	39,9	11,5	8,7	5,9	27,9	72,1	38,4	19,3	33,6	11,2	7,3
2.Hj.	100,0	60,5	17,1	25,1	14,5	39,6	11,2	8,3	5,9	27,2	72,8	38,7	19,8	34,1	11,7	7,2
2016 1.Hj.	100,0	58,3	16,3	23,8	14,0	41,8	11,6	8,3	6,2	25,6	74,4	39,5	19,3	34,9	12,1	7,2
2.Hj. <sup>p)</sup>	100,0	60,0	16,9	24,8	14,2	40,0	11,0	8,9	6,1	26,9	73,1	37,5	19,3	35,6	12,2	7,4
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)</b>																
2013	378,6	262,9	127,8	100,6	16,8	115,7	16,3	39,7	32,3	118,6	260,0	145,6	97,0	114,4	20,8	48,2
2014	423,2	294,7	154,6	108,4	13,6	128,6	17,4	47,0	33,5	131,5	291,7	168,0	108,3	123,7	21,6	53,4
2015	444,5	317,3	166,7	118,3	14,1	127,2	16,7	43,5	31,6	148,3	296,2	171,0	112,2	125,2	24,4	52,7
2016 <sup>p)</sup>	461,8	333,5	170,9	122,0	18,9	128,3	17,1	48,0	36,6	161,4	300,4	173,7	112,5	126,6	26,0	51,9
2015 1.Hj.	420,5	299,1	160,3	107,7	12,9	121,4	17,0	45,7	23,4	135,3	285,2	160,0	104,4	125,2	28,0	45,9
2.Hj.	444,5	317,3	166,7	118,3	14,1	127,2	16,7	43,5	31,6	148,3	296,2	171,0	112,2	125,2	24,4	52,7
2016 1.Hj.	438,3	321,7	165,8	117,3	17,8	116,6	16,6	45,3	28,2	141,4	296,9	177,4	113,6	119,4	24,7	45,0
2.Hj. <sup>p)</sup>	461,8	333,5	170,9	122,0	18,9	128,3	17,1	48,0	36,6	161,4	300,4	173,7	112,5	126,6	26,0	51,9
in % der Bilanzsumme																
2013	100,0	69,5	33,8	26,6	4,5	30,6	4,3	10,5	8,5	31,3	68,7	38,5	25,6	30,2	5,5	12,7
2014	100,0	69,6	36,5	25,6	3,2	30,4	4,1	11,1	7,9	31,1	68,9	39,7	25,6	29,2	5,1	12,6
2015	100,0	71,4	37,5	26,6	3,2	28,6	3,8	9,8	7,1	33,4	66,6	38,5	25,3	28,2	5,5	11,9
2016 <sup>p)</sup>	100,0	72,2	37,0	26,4	4,1	27,8	3,7	10,4	7,9	35,0	65,0	37,6	24,4	27,4	5,6	11,2
2015 1.Hj.	100,0	71,1	38,1	25,6	3,1	28,9	4,0	10,9	5,6	32,2	67,8	38,1	24,8	29,8	6,7	10,9
2.Hj.	100,0	71,4	37,5	26,6	3,2	28,6	3,8	9,8	7,1	33,4	66,6	38,5	25,3	28,2	5,5	11,9
2016 1.Hj.	100,0	73,4	37,8	26,8	4,1	26,6	3,8	10,3	6,4	32,3	67,7	40,5	25,9	27,3	5,6	10,3
2.Hj. <sup>p)</sup>	100,0	72,2	37,0	26,4	4,1	27,8	3,7	10,4	7,9	35,0	65,0	37,6	24,4	27,4	5,6	11,2

\* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- oder halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen, teil-

weise revidiert. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. 2 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.



## XII. Außenwirtschaft

### 1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum \*)

Mio €

Position	2014	2015	2016	2016		2017			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj. P)	Jan.	Febr.	März P)
A. Leistungsbilanz	+ 250 091	+ 336 415	+ 359 416	+ 97 769	+ 98 259	+ 75 747	+ 3 208	+ 27 789	+ 44 750
1. Warenhandel									
Ausfuhr	1 964 242	2 110 012	2 107 998	520 037	549 989	554 183	168 136	177 235	208 812
Einfuhr	1 723 277	1 759 899	1 732 925	428 286	455 382	479 374	158 749	149 704	170 921
Saldo	+ 240 964	+ 350 111	+ 375 073	+ 91 752	+ 94 606	+ 74 809	+ 9 387	+ 27 531	+ 37 891
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	713 996	775 948	787 137	206 896	205 174	188 944	62 099	59 403	67 442
Ausgaben	628 632	706 018	739 045	181 381	211 135	172 161	61 224	53 194	57 743
Saldo	+ 85 363	+ 69 930	+ 48 094	+ 25 515	- 5 960	+ 16 783	+ 875	+ 6 209	+ 9 699
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	630 047	640 729	623 463	145 402	176 553	147 905	47 185	46 753	53 967
Ausgaben	564 244	590 557	550 345	129 912	132 437	122 769	38 273	38 967	45 529
Saldo	+ 65 800	+ 50 174	+ 73 118	+ 15 490	+ 44 115	+ 25 136	+ 8 912	+ 7 786	+ 8 438
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	93 022	104 279	107 170	25 481	28 611	25 280	8 113	8 239	8 928
Ausgaben	235 060	238 079	244 038	60 467	63 114	66 259	24 079	21 975	20 205
Saldo	- 142 036	- 133 799	- 136 868	- 34 986	- 34 503	- 40 979	- 15 966	- 13 736	- 11 277
B. Vermögensänderungsbilanz	+ 14 167	- 13 251	- 1 348	+ 1 061	- 547	+ 318	- 228	+ 1 151	- 605
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 252 979	+ 299 560	+ 352 833	+ 120 312	+ 96 252	+ 42 306	+ 1 437	- 2 001	+ 42 870
1. Direktinvestitionen	+ 61 184	+ 237 130	+ 165 268	+ 115 124	+ 33 362	+ 21 745	+ 9 314	+ 282	+ 12 149
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 159 981	+ 847 353	+ 326 719	+ 39 309	+ 145 854	+ 225 346	+ 107 411	+ 95 145	+ 22 790
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 98 799	+ 610 225	+ 161 451	- 75 816	+ 112 492	+ 203 602	+ 98 098	+ 94 863	+ 10 641
2. Wertpapieranlagen	+ 32 867	+ 122 107	+ 494 170	+ 121 441	+ 74 236	+ 116 988	+ 12 625	+ 73 501	+ 30 862
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 459 120	+ 399 293	+ 395 319	+ 127 179	+ 13 369	+ 150 431	+ 43 685	+ 54 312	+ 52 434
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 139 790	+ 18 716	+ 22 471	+ 14 895	+ 24 614	+ 36 943	+ 24 316	+ 9 632	+ 2 995
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 226 811	+ 368 644	+ 371 692	+ 104 782	+ 14 651	+ 74 274	+ 24 642	+ 33 686	+ 15 946
Kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 92 520	+ 11 935	+ 1 157	+ 7 503	- 25 896	+ 39 213	- 5 273	+ 10 994	+ 33 492
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 426 255	+ 277 185	- 98 852	+ 5 737	- 60 867	+ 33 443	+ 31 060	- 19 189	+ 21 572
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 318 092	+ 222 371	+ 139 921	+ 70 830	+ 42 003	+ 29 357	+ 20 297	- 3 366	+ 12 426
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 127 440	+ 99 546	- 286 490	- 64 021	- 80 602	- 29 407	- 11 005	- 25 548	+ 7 146
Kurzfristige Schuldverschreibungen	- 19 277	- 44 733	+ 47 720	- 1 071	- 22 268	+ 33 492	+ 21 768	+ 9 725	+ 1 999
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 45 722	+ 90 347	+ 22 369	+ 23 773	+ 15 371	+ 7 603	+ 2 292	+ 4 947	+ 364
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 108 848	- 160 593	- 344 430	- 147 750	- 31 297	- 101 497	- 17 717	- 82 711	- 1 069
Eurosysteem	+ 31 510	- 25 390	- 151 070	- 34 843	- 90 066	- 26 115	+ 31 327	- 34 785	- 22 657
Staat	+ 11 832	+ 19 286	+ 2 475	- 652	- 2 755	+ 726	- 712	+ 4 233	- 2 795
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 99 280	- 122 527	- 154 353	- 89 211	+ 46 877	- 30 481	- 23 240	- 30 046	+ 22 805
Unternehmen und Privatpersonen	- 33 775	- 31 964	- 41 477	- 23 044	+ 14 647	- 45 627	- 25 092	- 22 113	+ 1 578
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 4 361	+ 10 569	+ 15 458	+ 7 724	+ 4 580	- 2 533	- 5 077	+ 1 981	+ 563
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 11 277	- 23 604	- 5 233	+ 21 481	- 1 459	- 33 762	- 1 544	- 30 942	- 1 276

\* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

## XII. Außenwirtschaft

### 2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)		Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen	Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Insgesamt	darunter: Währungs- reserven	
		Insgesamt	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)							
2002	+ 41 655	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 596	- 29 413	- 4 010	+ 8 038	- 2 065	- 29 606
2003	+ 31 347	+ 130 021	- 2 105	- 48 708	- 18 920	- 31 047	+ 5 920	+ 47 559	- 445	+ 10 292
2004	+ 101 205	+ 153 166	- 6 859	- 38 713	+ 16 860	- 30 109	- 119	+ 112 834	- 1 470	+ 11 748
2005	+ 105 730	+ 157 010	- 6 068	- 40 600	+ 20 905	- 31 585	- 2 334	+ 96 436	- 2 182	- 6 960
2006	+ 135 959	+ 161 447	- 4 205	- 34 641	+ 41 453	- 32 300	- 1 328	+ 157 142	- 2 934	+ 22 511
2007	+ 169 636	+ 201 989	- 922	- 34 881	+ 36 332	- 33 804	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 15 130
2008	+ 143 318	+ 184 521	- 3 586	- 31 467	+ 24 724	- 34 461	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 21 088
2009	+ 141 233	+ 141 167	- 6 064	- 19 648	+ 54 757	- 35 043	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 9 683
2010	+ 144 890	+ 161 146	- 5 892	- 27 041	+ 50 665	- 39 880	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 53 351
2011	+ 165 078	+ 163 426	- 8 900	- 31 574	+ 68 235	- 35 010	+ 419	+ 120 857	+ 2 836	- 44 639
2012	+ 193 590	+ 200 401	- 10 518	- 32 775	+ 64 858	- 38 894	- 413	+ 151 417	+ 1 297	- 41 759
2013	+ 189 616	+ 212 662	- 3 663	- 41 376	+ 61 969	- 43 639	- 563	+ 225 360	+ 838	+ 36 307
2014	+ 218 026	+ 228 361	- 5 873	- 25 323	+ 56 177	- 41 188	+ 2 355	+ 238 630	- 2 564	+ 18 248
2015	+ 259 963	+ 261 182	- 2 668	- 18 602	+ 57 370	- 39 987	- 635	+ 234 603	- 2 213	- 24 725
2016 r)	+ 261 179	+ 271 486	- 1 434	- 22 419	+ 52 136	- 40 023	+ 1 112	+ 235 623	+ 1 686	- 26 668
2014 2.Vj.	+ 45 959	+ 54 885	- 1 426	- 4 811	+ 3 046	- 7 160	- 28	+ 57 793	- 610	+ 11 861
3.Vj.	+ 55 457	+ 60 537	- 2 570	- 12 921	+ 15 683	- 7 843	+ 420	+ 52 796	+ 332	+ 3 081
4.Vj.	+ 66 413	+ 60 143	- 2 536	- 3 609	+ 21 123	- 11 244	- 216	+ 68 678	- 1 722	+ 2 481
2015 1.Vj.	+ 59 401	+ 60 330	- 1 426	- 2 104	+ 17 030	- 15 855	+ 298	+ 29 421	- 21	- 30 277
2.Vj.	+ 59 356	+ 68 659	- 1 737	- 2 871	+ 611	- 7 043	+ 505	+ 72 121	- 465	+ 12 260
3.Vj.	+ 67 057	+ 67 516	+ 978	- 10 628	+ 16 866	- 6 697	+ 701	+ 67 337	- 1 455	- 421
4.Vj.	+ 74 149	+ 64 676	- 483	- 2 999	+ 22 864	- 10 391	- 2 138	+ 65 723	- 272	- 6 287
2016 1.Vj. r)	+ 64 277	+ 64 120	+ 621	- 3 383	+ 16 933	- 13 394	- 269	+ 36 937	+ 1 228	- 27 071
2.Vj. r)	+ 70 006	+ 77 864	+ 242	- 4 075	+ 584	- 4 367	+ 1 092	+ 62 620	+ 761	- 8 478
3.Vj. r)	+ 58 925	+ 67 878	- 126	- 11 841	+ 13 516	- 10 628	+ 228	+ 61 531	- 261	+ 2 377
4.Vj. r)	+ 67 971	+ 61 623	- 2 171	- 3 121	+ 21 103	- 11 634	+ 61	+ 74 535	- 43	+ 6 504
2017 1.Vj.	+ 65 853	+ 67 224	+ 2 419	- 3 315	+ 15 902	- 13 958	+ 457	+ 64 362	- 360	- 1 949
2014 Nov.	+ 19 065	+ 18 269	- 216	- 1 207	+ 5 543	- 3 541	+ 158	+ 20 848	+ 30	+ 1 625
Dez.	+ 25 500	+ 18 852	- 1 090	+ 1 659	+ 10 091	- 5 101	- 222	+ 31 053	- 1 955	+ 5 775
2015 Jan.	+ 14 983	+ 15 511	- 1 117	- 873	+ 4 580	- 4 236	+ 28	- 2 145	+ 372	- 17 156
Febr.	+ 16 422	+ 19 540	- 767	- 993	+ 5 410	- 7 535	+ 65	+ 10 355	+ 266	- 6 132
März	+ 27 996	+ 25 280	+ 458	- 238	+ 7 039	- 4 084	+ 204	+ 21 211	- 660	- 6 989
April	+ 21 755	+ 22 266	- 1 084	- 514	+ 2 898	- 2 895	+ 377	+ 30 681	- 69	+ 8 549
Mai	+ 11 465	+ 20 915	- 690	- 1 177	- 6 268	- 2 005	+ 483	+ 16 041	- 78	+ 4 093
Juni	+ 26 136	+ 25 478	+ 38	- 1 180	+ 3 980	- 2 143	+ 355	+ 25 400	- 318	- 382
Juli	+ 25 776	+ 25 151	- 896	- 3 062	+ 6 027	- 2 339	+ 448	+ 20 865	- 1 170	- 5 359
Aug.	+ 14 760	+ 16 897	+ 661	- 4 616	+ 5 265	- 2 785	+ 44	+ 21 976	- 180	+ 7 171
Sept.	+ 26 521	+ 25 469	+ 1 213	- 2 950	+ 5 575	- 1 573	+ 209	+ 24 497	- 105	- 2 233
Okt.	+ 22 205	+ 23 927	+ 147	- 4 630	+ 6 013	- 3 105	- 85	+ 20 171	+ 154	- 1 949
Nov.	+ 25 362	+ 22 542	+ 4	- 685	+ 6 368	- 2 863	+ 183	+ 24 896	- 548	- 649
Dez.	+ 26 582	+ 18 207	- 634	+ 2 315	+ 10 483	- 4 423	- 2 236	+ 20 656	+ 123	- 3 689
2016 Jan. r)	+ 14 597	+ 13 864	- 3	- 1 534	+ 4 518	- 2 251	- 37	- 2 007	- 186	- 16 566
Febr. r)	+ 20 582	+ 22 729	+ 724	- 230	+ 5 600	- 7 517	+ 520	+ 18 706	+ 1 478	- 2 396
März r)	+ 29 099	+ 27 528	- 99	- 1 619	+ 6 815	- 3 626	- 752	+ 20 238	- 64	- 8 108
April r)	+ 28 103	+ 27 954	- 116	- 876	+ 2 727	- 1 702	+ 1 287	+ 25 738	+ 696	- 3 652
Mai r)	+ 17 885	+ 23 371	+ 511	- 906	- 4 001	- 579	+ 268	+ 14 378	+ 776	- 3 774
Juni r)	+ 24 018	+ 26 539	- 153	- 2 293	+ 1 858	- 2 086	- 463	+ 22 504	- 711	- 1 051
Juli r)	+ 18 196	+ 20 755	+ 520	- 3 615	+ 4 493	- 3 436	- 139	+ 18 115	+ 342	+ 57
Aug. r)	+ 16 990	+ 21 394	- 367	- 5 003	+ 5 091	- 4 492	- 126	+ 18 180	+ 93	+ 1 316
Sept. r)	+ 23 739	+ 25 730	- 279	- 3 222	+ 3 932	- 2 700	+ 493	+ 25 236	- 695	+ 1 004
Okt. r)	+ 18 796	+ 20 877	+ 163	- 3 579	+ 5 082	- 3 584	- 182	+ 27 769	- 145	+ 9 154
Nov. r)	+ 24 548	+ 23 683	- 385	- 787	+ 5 680	- 4 029	- 90	+ 23 140	+ 140	- 1 318
Dez. r)	+ 24 627	+ 17 063	- 1 949	+ 1 244	+ 10 340	- 4 021	+ 332	+ 23 626	- 38	- 1 333
2017 Jan.	+ 13 979	+ 16 000	+ 278	- 1 271	+ 6 080	- 6 830	- 262	+ 16 099	- 124	+ 2 383
Febr.	+ 20 744	+ 23 148	+ 993	- 777	+ 3 008	- 4 635	+ 271	+ 3 984	- 216	- 17 032
März	+ 31 130	+ 28 076	+ 1 148	- 1 268	+ 6 814	- 2 492	+ 448	+ 44 279	- 21	+ 12 700
April p)	+ 15 061	+ 20 561	+ 1 368	- 1 244	+ 4 013	- 8 269	- 293	+ 19 288	- 2	+ 4 520

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von

nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

## XII. Außenwirtschaft

### 3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern \*)

Mio €

Ländergruppe/Land		2014	2015	2016	2016		2017			
					November	Dezember	Januar	Februar	März	April p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 123 746	1 193 555	1 206 857	107 972	97 389	98 760	102 405	118 227	101 031
	Einfuhr	910 145	949 245	954 825	85 862	78 807	84 036	82 383	92 931	82 953
	Saldo	+ 213 601	+ 244 310	+ 252 032	+ 22 110	+ 18 582	+ 14 724	+ 20 023	+ 25 295	+ 18 078
I. Europäische Länder	Ausfuhr	761 914	803 425	821 179	73 654	62 701	68 399	70 684	79 292	...
	Einfuhr	642 738	653 782	658 279	59 417	53 806	56 773	57 732	64 038	...
	Saldo	+ 119 176	+ 149 643	+ 162 899	+ 14 237	+ 8 895	+ 11 626	+ 12 952	+ 15 254	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	648 446	692 493	707 694	63 244	54 114	58 732	61 267	67 961	...
	Einfuhr	527 117	543 334	552 008	49 306	44 729	46 616	48 049	53 324	...
	Saldo	+ 121 329	+ 149 159	+ 155 687	+ 13 938	+ 9 385	+ 12 116	+ 13 219	+ 14 637	...
Euroraum (19)	Ausfuhr	413 753	434 075	442 451	39 731	34 391	37 078	38 277	42 488	...
	Einfuhr	350 550	356 643	359 325	31 669	29 180	30 302	31 253	34 520	...
	Saldo	+ 63 203	+ 77 432	+ 83 125	+ 8 061	+ 5 212	+ 6 775	+ 7 024	+ 7 968	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	47 345	46 196	47 074	4 098	3 713	3 942	4 150	4 617	...
	Einfuhr	42 548	40 116	41 091	3 617	3 322	3 409	3 627	4 060	...
	Saldo	+ 4 797	+ 6 079	+ 5 983	+ 481	+ 390	+ 533	+ 523	+ 557	...
Frankreich	Ausfuhr	100 580	102 762	101 387	9 233	7 784	8 599	8 678	9 335	...
	Einfuhr	66 714	66 819	65 620	5 287	4 904	5 465	5 361	5 935	...
	Saldo	+ 33 866	+ 35 943	+ 35 767	+ 3 947	+ 2 880	+ 3 134	+ 3 317	+ 3 400	...
Italien	Ausfuhr	54 240	57 987	61 437	5 580	4 595	5 096	5 350	5 975	...
	Einfuhr	48 522	49 038	51 785	4 648	4 122	4 170	4 425	4 848	...
	Saldo	+ 5 718	+ 8 949	+ 9 653	+ 932	+ 474	+ 926	+ 925	+ 1 127	...
Niederlande	Ausfuhr	72 736	79 191	79 008	6 823	6 578	6 854	6 847	7 736	...
	Einfuhr	87 796	87 889	83 351	7 381	7 301	7 545	7 525	8 177	...
	Saldo	- 15 060	- 8 697	- 4 343	- 558	- 723	- 691	- 677	- 441	...
Österreich	Ausfuhr	55 807	58 217	59 772	5 404	4 528	4 722	5 009	5 579	...
	Einfuhr	36 218	37 250	38 631	3 466	3 004	3 227	3 319	3 716	...
	Saldo	+ 19 590	+ 20 967	+ 21 142	+ 1 938	+ 1 524	+ 1 495	+ 1 690	+ 1 864	...
Spanien	Ausfuhr	34 820	38 715	40 615	3 864	3 110	3 404	3 624	4 068	...
	Einfuhr	24 804	26 442	27 828	2 697	2 528	2 454	2 670	2 983	...
	Saldo	+ 10 016	+ 12 273	+ 12 787	+ 1 167	+ 582	+ 950	+ 954	+ 1 085	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	234 693	258 417	265 244	23 514	19 722	21 654	22 991	25 473	...
	Einfuhr	176 567	186 691	192 682	17 637	15 550	16 314	16 796	18 804	...
	Saldo	+ 58 126	+ 71 727	+ 72 561	+ 5 877	+ 4 173	+ 5 340	+ 6 195	+ 6 669	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	79 163	89 018	86 146	7 246	6 048	6 769	7 314	8 193	...
	Einfuhr	38 545	38 414	35 725	3 246	2 968	2 967	2 999	3 699	...
	Saldo	+ 40 618	+ 50 604	+ 50 422	+ 4 000	+ 3 081	+ 3 802	+ 4 315	+ 4 494	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	113 468	110 932	113 484	10 410	8 587	9 667	9 416	11 331	...
	Einfuhr	115 621	110 448	106 272	10 111	9 076	10 156	9 683	10 714	...
	Saldo	- 2 153	+ 484	+ 7 213	+ 299	- 489	- 490	- 267	+ 617	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	46 202	49 070	50 331	4 615	3 848	4 420	4 303	5 138	...
	Einfuhr	39 392	42 089	43 944	4 374	3 696	4 188	3 765	4 362	...
	Saldo	+ 6 810	+ 6 981	+ 6 387	+ 241	+ 153	+ 232	+ 538	+ 776	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	358 337	387 398	382 941	34 090	34 469	30 141	31 508	38 731	...
	Einfuhr	267 407	295 461	296 540	26 445	25 001	27 103	24 651	28 893	...
	Saldo	+ 90 930	+ 91 936	+ 86 401	+ 7 646	+ 9 468	+ 3 038	+ 6 858	+ 9 837	...
1. Afrika	Ausfuhr	22 505	23 897	24 504	2 004	2 174	1 893	2 345	2 385	...
	Einfuhr	20 242	18 307	16 667	1 457	1 624	1 566	1 572	1 866	...
	Saldo	+ 2 263	+ 5 590	+ 7 837	+ 547	+ 550	+ 327	+ 772	+ 519	...
2. Amerika	Ausfuhr	135 293	156 982	147 703	13 200	11 995	12 040	12 208	15 288	...
	Einfuhr	74 191	85 582	83 375	7 671	6 950	7 371	6 725	8 453	...
	Saldo	+ 61 103	+ 71 400	+ 64 328	+ 5 529	+ 5 045	+ 4 669	+ 5 483	+ 6 834	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	95 928	113 733	106 911	9 767	8 600	8 944	8 963	11 232	...
	Einfuhr	49 207	60 217	57 937	5 277	4 685	4 943	4 633	5 998	...
	Saldo	+ 46 721	+ 53 516	+ 48 974	+ 4 491	+ 3 915	+ 4 001	+ 4 330	+ 5 233	...
3. Asien	Ausfuhr	190 973	196 297	200 357	17 937	19 384	15 415	16 136	20 077	...
	Einfuhr	170 050	188 621	193 498	17 062	16 194	17 822	15 988	18 231	...
	Saldo	+ 20 923	+ 7 676	+ 6 860	+ 875	+ 3 190	- 2 407	+ 148	+ 1 846	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	35 462	39 518	36 785	3 239	4 330	2 331	2 727	3 459	...
	Einfuhr	7 865	7 330	6 579	588	545	461	513	562	...
	Saldo	+ 27 598	+ 32 188	+ 30 206	+ 2 651	+ 3 785	+ 1 870	+ 2 214	+ 2 897	...
Japan	Ausfuhr	16 910	16 968	18 344	1 732	1 570	1 577	1 521	1 844	...
	Einfuhr	19 007	20 180	21 935	1 924	1 731	1 946	1 842	2 124	...
	Saldo	- 2 097	- 3 213	- 3 590	- 192	- 161	- 369	- 321	- 280	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	74 369	71 284	76 088	7 054	7 251	6 273	6 297	7 885	...
	Einfuhr	79 828	91 930	93 834	8 483	8 079	8 757	7 386	8 176	...
	Saldo	- 5 459	- 20 646	- 17 746	- 1 429	- 828	- 2 484	- 1 089	- 290	...
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	48 476	51 510	51 918	4 344	4 543	3 901	4 025	5 072	...
	Einfuhr	38 782	42 478	42 871	3 715	3 630	4 080	3 770	4 574	...
	Saldo	+ 9 695	+ 9 032	+ 9 046	+ 629	+ 913	- 179	+ 255	+ 498	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	9 566	10 221	10 377	949	916	792	820	981	...
	Einfuhr	2 924	2 951	3 000	255	234	345	366	343	...
	Saldo	+ 6 642	+ 7 271	+ 7 377	+ 694	+ 683	+ 448	+ 454	+ 639	...

\* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem jeweils neuesten Stand. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional

nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

## XII. Außenwirtschaft

### 4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:						Regierungsleistungen 2)	Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transportdienstleistungen	Reiseverkehr 1)	Finanzdienstleistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen				
2012	- 32 775	- 10 189	- 35 422	+ 8 793	+ 3 030	+ 1 442	- 9 459	+ 3 103	+ 2 187	+ 61 666	+ 1 005
2013	- 41 376	- 9 881	- 37 713	+ 8 056	+ 3 656	- 870	- 5 518	+ 3 073	+ 541	+ 60 205	+ 1 223
2014	- 25 323	- 7 301	- 37 653	+ 7 008	+ 3 639	+ 2 785	- 1 418	+ 3 024	+ 451	+ 54 849	+ 877
2015	- 18 602	- 5 476	- 36 595	+ 9 331	+ 4 942	+ 4 037	- 3 116	+ 3 106	+ 783	+ 56 948	- 361
2016	- 22 419	- 5 962	- 39 467	+ 9 189	+ 6 450	+ 3 312	- 3 276	+ 3 119	+ 652	+ 53 196	- 1 712
2015 3.Vj.	- 10 628	- 1 653	- 14 475	+ 2 501	+ 926	+ 321	- 364	+ 779	- 488	+ 18 557	- 1 203
4.Vj.	- 2 999	- 1 865	- 8 595	+ 2 526	+ 1 662	+ 1 985	- 1 239	+ 585	+ 372	+ 19 476	+ 3 016
2016 1.Vj.	- 3 383	- 1 660	- 6 305	+ 2 095	+ 1 215	+ 219	- 819	+ 852	+ 756	+ 16 817	- 640
2.Vj.	- 4 075	- 1 080	- 8 720	+ 2 174	+ 1 190	+ 1 238	- 687	+ 831	+ 107	+ 3 501	- 2 810
3.Vj.	- 11 841	- 1 414	- 16 101	+ 1 892	+ 1 629	+ 483	- 173	+ 833	- 384	+ 15 089	- 1 190
4.Vj.	- 3 121	- 1 808	- 8 341	+ 3 029	+ 2 416	+ 1 372	- 1 597	+ 604	+ 386	+ 17 788	+ 2 928
2017 1.Vj.	- 3 315	- 1 260	- 5 956	+ 2 016	+ 1 223	+ 426	- 1 464	+ 723	+ 740	+ 16 280	- 1 118
2016 Juni	- 2 293	- 465	- 4 011	+ 668	- 12	+ 930	+ 35	+ 296	- 6	+ 3 862	- 1 997
Juli	- 3 615	- 366	- 4 510	+ 706	+ 538	- 239	- 324	+ 288	- 158	+ 5 025	- 374
Aug.	- 5 003	- 623	- 6 400	+ 621	+ 827	+ 51	- 207	+ 257	- 117	+ 5 611	- 404
Sept.	- 3 222	- 424	- 5 190	+ 565	+ 264	+ 672	+ 357	+ 288	- 109	+ 4 453	- 413
Okt.	- 3 579	- 480	- 5 329	+ 640	+ 1 081	- 14	- 166	+ 198	+ 175	+ 5 491	- 583
Nov.	- 787	- 773	- 1 988	+ 1 321	+ 727	+ 29	- 728	+ 209	+ 151	+ 5 940	- 412
Dez.	+ 1 244	- 555	- 1 025	+ 1 068	+ 609	+ 1 357	- 702	+ 197	+ 60	+ 6 357	+ 3 923
2017 Jan.	- 1 271	- 470	- 1 575	+ 831	+ 289	- 317	- 660	+ 201	+ 271	+ 6 219	- 410
Febr.	- 777	- 298	- 1 459	+ 478	+ 484	+ 62	- 498	+ 277	+ 272	+ 3 072	- 335
März	- 1 268	- 492	- 2 921	+ 707	+ 450	+ 681	- 307	+ 244	+ 197	+ 6 989	- 373
April p)	- 1 244	- 406	- 1 760	+ 867	+ 698	- 262	- 731	+ 186	- 51	+ 4 505	- 442

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den

Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen. 3 Enthält u.a. Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

### 5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)					
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Persönliche Übertragungen 3)	darunter:			
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Heimatüberweisungen			
2012	- 38 894	- 25 446	- 5 167	+ 5 206	- 13 448	- 2 952	- 2 952	- 413	+ 1 745	- 2 158
2013	- 43 639	- 28 923	- 4 733	+ 6 174	- 14 715	- 3 250	- 3 229	+ 563	+ 1 105	- 1 668
2014	- 41 188	- 28 106	- 5 972	+ 8 101	- 13 082	- 3 476	- 3 451	+ 2 355	+ 2 898	- 542
2015	- 39 987	- 24 925	- 6 648	+ 9 830	- 15 062	- 3 540	- 3 523	- 635	+ 2 377	- 3 012
2016	- 40 023	- 26 238	- 8 376	+ 9 934	- 13 785	- 4 250	- 4 233	+ 1 112	+ 3 324	- 2 212
2015 3.Vj.	- 6 697	- 3 781	- 1 197	+ 1 211	- 2 916	- 885	- 881	+ 701	+ 877	- 176
4.Vj.	- 10 391	- 6 832	- 2 111	+ 1 002	- 3 560	- 885	- 881	- 2 138	+ 279	- 2 418
2016 1.Vj.	- 13 394	- 10 097	- 2 840	+ 1 307	- 3 297	- 1 089	- 1 086	- 269	- 521	+ 253
2.Vj.	- 4 367	- 844	- 1 567	+ 5 561	- 3 523	- 1 053	- 1 049	+ 1 092	+ 2 219	- 1 127
3.Vj.	- 10 628	- 6 860	- 1 702	+ 1 772	- 3 768	- 1 053	- 1 049	+ 228	+ 887	- 659
4.Vj.	- 11 634	- 8 437	- 2 267	+ 1 294	- 3 197	- 1 055	- 1 049	+ 61	+ 739	- 679
2017 1.Vj.	- 13 958	- 7 816	- 2 668	+ 1 774	- 6 141	- 1 157	- 1 153	+ 457	+ 643	- 186
2016 Juni	- 2 086	- 753	- 649	+ 1 312	- 1 333	- 351	- 350	- 463	+ 426	- 889
Juli	- 3 436	- 2 304	- 451	+ 384	- 1 132	- 352	- 350	- 139	+ 88	- 227
Aug.	- 4 492	- 2 983	- 983	+ 264	- 1 510	- 350	- 350	- 126	+ 145	- 271
Sept.	- 2 700	- 1 573	- 268	+ 1 124	- 1 127	- 351	- 350	+ 493	+ 653	- 160
Okt.	- 3 584	- 2 831	- 659	+ 329	- 754	- 352	- 350	- 182	- 11	- 170
Nov.	- 4 029	- 2 910	- 451	+ 27	- 1 119	- 353	- 350	- 90	+ 244	- 334
Dez.	- 4 021	- 2 696	- 1 157	+ 937	- 1 325	- 351	- 350	+ 332	+ 507	- 175
2017 Jan.	- 6 830	- 3 731	- 1 622	+ 189	- 3 099	- 386	- 384	- 262	- 85	- 178
Febr.	- 4 635	- 2 699	- 699	+ 714	- 1 936	- 385	- 384	+ 271	+ 8	+ 263
März	- 2 492	- 1 386	- 347	+ 871	- 1 106	- 386	- 384	+ 448	+ 719	- 271
April p)	- 8 269	- 1 792	- 338	+ 816	- 6 477	- 385	- 384	- 293	- 28	- 265

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

### 6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2012	- 413	+ 1 745	- 2 158
2013	- 563	+ 1 105	- 1 668
2014	+ 2 355	+ 2 898	- 542
2015	- 635	+ 2 377	- 3 012
2016	+ 1 112	+ 3 324	- 2 212
2015 3.Vj.	+ 701	+ 877	- 176
4.Vj.	- 2 138	+ 279	- 2 418
2016 1.Vj.	- 269	- 521	+ 253
2.Vj.	+ 1 092	+ 2 219	- 1 127
3.Vj.	+ 228	+ 887	- 659
4.Vj.	+ 61	+ 739	- 679
2017 1.Vj.	+ 457	+ 643	- 186
2016 Juni	- 463	+ 426	- 889
Juli	- 139	+ 88	- 227
Aug.	- 126	+ 145	- 271
Sept.	+ 493	+ 653	- 160
Okt.	- 182	- 11	- 170
Nov.	- 90	+ 244	- 334
Dez.	+ 332	+ 507	- 175
2017 Jan.	- 262	- 85	- 178
Febr.	+ 271	+ 8	+ 263
März	+ 448	+ 719	- 271
April p)	- 293	- 28	- 265

## XII. Außenwirtschaft

### 7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2014	2015	2016	2016		2017			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Febr.	März	April <sup>1)</sup>
<b>I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)</b>	+ 301 030	+ 249 102	+ 380 469	+ 43 925	+ 30 612	+ 228 744	+ 54 164	+ 67 879	- 6 979
1. Direktinvestitionen	+ 83 960	+ 101 357	+ 69 323	+ 14 710	+ 21 373	+ 48 982	+ 3 904	+ 31 153	+ 906
Beteiligungskapital	+ 56 733	+ 67 801	+ 61 655	+ 13 456	+ 15 717	+ 16 835	+ 3 904	+ 5 723	+ 6 816
darunter:									
Reinvestierte Gewinne <sup>1)</sup>	+ 18 535	+ 9 711	+ 13 224	+ 5 960	- 79	+ 6 206	+ 815	+ 2 805	+ 3 401
Direktinvestitionskredite	+ 27 227	+ 33 556	+ 7 668	+ 1 254	+ 5 655	+ 32 147	+ 1	+ 25 431	- 5 910
2. Wertpapieranlagen	+ 146 979	+ 122 005	+ 96 602	+ 19 344	- 573	+ 30 952	+ 10 795	+ 8 815	+ 1 044
Aktien <sup>2)</sup>	+ 8 935	+ 19 561	+ 17 288	+ 8 014	+ 3 383	+ 5 528	+ 1 581	+ 2 780	- 5 294
Investmentsfondanteile <sup>3)</sup>	+ 42 057	+ 34 626	+ 36 586	+ 8 902	+ 9 923	+ 16 923	+ 2 849	+ 5 523	+ 3 829
Langfristige Schuldverschreibungen <sup>4)</sup>	+ 95 025	+ 73 519	+ 48 826	+ 5 249	- 9 718	+ 5 347	+ 3 858	+ 281	+ 2 348
Kurzfristige Schuldverschreibungen <sup>5)</sup>	+ 963	- 5 700	- 6 098	- 2 821	- 4 161	+ 3 155	+ 2 507	+ 231	+ 161
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen <sup>6)</sup>	+ 31 896	+ 26 202	+ 32 792	+ 10 523	+ 13 473	+ 0	+ 3 093	- 2 704	+ 1 486
4. Übriger Kapitalverkehr <sup>7)</sup>	+ 40 759	+ 1 750	+ 180 067	- 392	- 3 617	+ 149 170	+ 36 587	+ 30 635	- 10 413
Monetäre Finanzinstitute <sup>8)</sup>									
langfristig	+ 76 296	- 90 287	+ 18 747	- 29 468	- 1 411	+ 72 179	+ 21 160	+ 10 023	- 13 312
kurzfristig	+ 21 139	- 2 803	+ 45 099	+ 7 704	+ 27 253	+ 12 896	+ 3 682	+ 7 325	+ 1 659
Unternehmen und Privatpersonen <sup>9)</sup>									
langfristig	+ 55 156	- 87 484	- 26 353	- 37 172	- 28 664	+ 59 283	+ 17 478	+ 2 698	- 14 971
kurzfristig	- 2 952	- 19 122	- 10 373	- 10 673	- 31 064	+ 794	- 6 806	+ 6 464	- 13 096
Staat	+ 6 364	+ 12 513	+ 1 254	+ 979	+ 886	- 162	- 341	+ 275	+ 621
Bundesbank	- 9 316	- 31 635	- 11 627	- 11 652	- 31 950	+ 956	- 6 465	+ 6 189	- 13 717
langfristig	+ 17 295	- 12 205	+ 1 202	+ 4 693	- 9 717	- 567	+ 3 832	- 1 480	+ 1 605
kurzfristig	- 405	- 7 557	- 5 331	- 1 157	- 447	- 1 253	+ 312	+ 30	- 1
Bundesbank	+ 17 700	- 4 648	+ 6 533	+ 5 850	- 9 270	+ 686	+ 3 520	- 1 510	+ 1 606
5. Währungsreserven	- 49 880	+ 123 364	+ 170 491	+ 35 056	+ 38 574	+ 76 764	+ 18 402	+ 15 629	+ 14 389
<b>II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)</b>	- 2 564	- 2 213	+ 1 686	- 261	- 43	- 360	- 216	- 21	- 2
1. Direktinvestitionen	+ 62 400	+ 14 499	+ 144 846	- 17 605	- 43 923	+ 164 383	+ 50 180	+ 23 600	- 26 267
Beteiligungskapital	+ 11 930	+ 47 284	+ 46 695	+ 7 072	- 7 520	+ 28 686	+ 7 283	+ 18 072	- 4 880
darunter:									
Reinvestierte Gewinne <sup>1)</sup>	+ 23 558	+ 20 935	+ 12 126	+ 2 279	- 886	+ 5 627	+ 2 044	+ 2 312	+ 1 783
Direktinvestitionskredite	+ 3 325	+ 4 375	+ 5 905	+ 3 017	+ 378	+ 3 565	+ 1 311	+ 1 150	+ 1 246
2. Wertpapieranlagen	- 11 628	+ 26 349	+ 34 569	+ 4 793	- 6 634	+ 23 059	+ 5 239	+ 15 760	- 6 664
Aktien <sup>2)</sup>	+ 13 483	- 74 941	- 111 309	- 29 084	- 51 609	- 20 789	- 18 401	- 6 331	- 14 525
Investmentsfondanteile <sup>3)</sup>	+ 6 314	+ 9 725	- 985	+ 1 198	+ 6 402	+ 1 460	- 642	+ 1 317	+ 2 393
Langfristige Schuldverschreibungen <sup>4)</sup>	- 3 790	+ 7 345	- 6 928	- 2 175	- 449	+ 136	- 133	+ 802	- 1 120
Kurzfristige Schuldverschreibungen <sup>5)</sup>	+ 14 131	- 101 208	- 95 730	- 24 063	- 29 253	- 12 459	- 13 298	- 8 421	- 12 077
3. Übriger Kapitalverkehr <sup>7)</sup>	- 3 171	+ 9 197	- 7 666	- 4 044	- 28 308	- 9 926	- 4 327	- 29	- 3 720
Monetäre Finanzinstitute <sup>8)</sup>	+ 36 987	+ 42 156	+ 209 460	+ 4 407	+ 15 206	+ 156 485	+ 61 298	+ 11 859	- 6 861
langfristig	+ 32 480	- 41 166	+ 86 802	+ 884	- 23 705	+ 107 204	+ 22 124	- 9 829	+ 21 277
kurzfristig	- 14 558	- 19 536	+ 5 834	+ 5 499	+ 7 425	+ 2 847	- 1 106	+ 4 021	- 1 494
Unternehmen und Privatpersonen <sup>9)</sup>	+ 47 039	- 21 630	+ 80 968	- 4 615	- 31 130	+ 104 357	+ 23 230	- 13 850	+ 22 771
langfristig	+ 16 355	+ 10 459	+ 1 988	- 24 742	- 3 712	+ 13 837	+ 5 930	+ 8 266	- 12 814
kurzfristig	+ 2 960	+ 15 960	+ 6 716	+ 4 260	+ 1 142	+ 3 042	+ 2 972	- 1 307	+ 340
Staat	+ 13 395	- 5 501	- 4 728	- 29 001	- 4 854	+ 10 795	+ 2 959	+ 9 573	- 13 154
Bundesbank	- 5 575	- 11 521	+ 1 796	- 3 257	- 7 892	+ 1 161	+ 1 017	- 2 117	+ 4 896
langfristig	- 931	- 3 942	- 2 847	- 242	- 1 041	- 2 850	- 68	- 347	- 39
kurzfristig	- 4 645	- 7 579	+ 4 642	- 3 015	- 6 850	+ 4 012	+ 1 086	- 1 769	+ 4 936
Bundesbank	- 6 273	+ 84 383	+ 118 874	+ 31 521	+ 50 515	+ 34 282	+ 32 226	+ 15 538	- 20 221
<b>III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)</b>	+ 238 630	+ 234 603	+ 235 623	+ 61 531	+ 74 535	+ 64 362	+ 3 984	+ 44 279	+ 19 288

<sup>1</sup> Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). <sup>2</sup> Einschl. Genussscheine. <sup>3</sup> Einschl. reinvestierter Erträge. <sup>4</sup> Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. <sup>5</sup> Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. <sup>6</sup> Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. <sup>7</sup> Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. <sup>8</sup> Ohne Bundesbank. <sup>9</sup> Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

## XII. Außenwirtschaft

### 8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank <sup>o)</sup>

Mio €

Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslands-passiva <sup>3) 4)</sup>	Netto-Auslandsposition (Spalte 1 abzüglich Spalte 10)
	insgesamt	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen				
		insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapiereanlagen	insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB <sup>1)</sup>	Wertpapieranlagen <sup>2)</sup>		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1999 Jan. <sup>5)</sup>	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
1999	141 958	93 039	32 287	1 948	6 383	52 420	48 919	26 275	–	7 830	134 128
2000	100 762	93 815	32 676	1 894	5 868	53 377	6 947	– 6 851	–	8 287	92 475
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	– 30 857	–	10 477	65 670
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 278	37 670
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 329	12 065
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 801	318 907
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	600 762	389 688
2014 Sept.	696 802	156 367	104 629	14 113	7 751	29 873	492 348	479 920	48 087	386 210	310 592
Okt.	681 790	154 133	101 929	14 125	7 628	30 450	481 136	468 708	46 521	396 338	285 452
Nov.	682 969	155 424	103 245	14 045	7 520	30 615	480 294	467 866	47 250	400 642	282 327
Dez.	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490
2015 Jan.	751 062	176 741	121 607	14 895	6 488	33 751	527 698	515 266	46 623	451 800	299 262
Febr.	744 552	172 120	116 647	14 956	6 361	34 157	525 795	513 365	46 637	443 519	301 033
März	767 856	176 922	119 988	15 311	5 944	35 679	544 130	531 701	46 804	434 696	333 160
April	762 437	171 758	116 812	14 967	5 796	34 184	544 620	532 192	46 058	436 061	326 376
Mai	758 500	173 842	118 141	15 124	5 744	34 833	538 619	526 191	46 039	436 637	321 869
Juni	756 263	168 299	113 838	15 000	5 617	33 844	543 502	531 074	44 461	439 905	316 357
Juli	763 247	163 071	108 872	15 172	4 919	34 107	555 013	542 585	45 162	444 709	318 537
Aug.	781 286	162 917	110 012	14 934	5 164	32 807	573 712	561 284	44 657	440 954	340 331
Sept.	774 428	161 922	108 959	14 941	5 191	32 831	567 602	555 174	44 903	462 529	311 899
Okt.	786 694	166 664	112 836	15 126	5 199	33 503	575 246	562 818	44 784	468 522	318 172
Nov.	813 320	163 816	108 820	15 475	5 217	34 303	604 946	592 518	44 558	482 779	330 541
Dez.	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 801	318 907
2016 Jan.	807 971	164 656	111 126	15 055	5 197	33 278	599 427	587 000	43 888	473 127	334 844
Febr.	839 336	177 917	122 535	15 109	6 899	33 374	617 434	605 006	43 985	489 497	349 839
März	837 375	171 266	117 844	14 730	6 730	31 962	621 617	609 190	44 491	492 161	345 214
April	856 266	175 738	121 562	14 793	6 759	32 623	638 201	625 774	42 327	495 599	360 667
Mai	884 887	173 927	118 133	14 970	6 839	33 984	667 972	655 544	42 988	501 617	383 270
Juni	922 232	184 628	128 963	14 746	6 780	34 139	693 498	681 070	44 106	518 466	403 766
Juli	904 044	186 300	130 417	14 698	6 736	34 449	672 748	660 320	44 996	518 921	385 124
Aug.	918 692	183 951	128 171	14 685	6 642	34 452	689 906	677 479	44 834	525 322	393 370
Sept.	957 860	183 796	128 795	14 657	6 605	33 738	728 554	715 738	45 510	549 884	407 976
Okt.	947 718	181 623	126 245	14 708	6 631	34 039	720 795	708 029	45 300	545 661	402 057
Nov.	991 108	177 348	121 032	14 917	6 572	34 826	766 905	754 057	46 855	557 911	433 198
Dez.	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	600 762	389 688
2017 Jan.	1 034 804	177 256	121 656	14 806	6 523	34 270	809 862	795 621	47 687	587 121	447 682
Febr.	1 060 894	184 666	128 507	14 976	6 248	34 935	828 264	814 375	47 964	619 529	441 365
März	1 075 039	181 898	126 158	14 886	6 183	34 671	843 892	829 751	49 249	634 974	440 065
April	1 089 144	180 726	126 011	14 697	6 055	33 963	858 281	843 439	50 137	614 540	474 604
Mai	1 098 879	175 958	122 486	14 459	5 907	33 107	871 724	857 272	51 197	615 739	483 140

<sup>o)</sup> Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der je-

weiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. **3** Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland \*)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
<b>Alle Länder</b>														
2013	787 308	282 026	505 282	325 614	179 668	164 454	15 214	939 252	144 884	794 368	632 110	162 258	95 302	66 957
2014	833 644	279 559	554 085	365 230	188 856	174 058	14 798	959 833	154 566	805 267	636 328	168 939	102 126	66 813
2015	866 912	265 170	601 743	409 858	191 885	177 397	14 488	1 003 050	150 054	852 996	672 312	180 684	109 062	71 622
2016	855 814	241 683	614 131	412 871	201 260	187 086	14 174	1 025 815	128 831	896 984	708 734	188 250	115 808	72 443
2016 Nov.	875 646	253 380	622 266	420 289	201 977	187 115	14 862	1 030 121	128 304	901 817	716 558	185 259	110 605	74 655
2016 Dez.	855 814	241 683	614 131	412 871	201 260	187 086	14 174	1 025 815	128 831	896 984	708 734	188 250	115 808	72 443
2017 Jan.	861 809	239 100	622 710	422 879	199 831	185 609	14 222	1 027 892	123 897	903 995	723 238	180 757	107 842	72 916
2017 Febr.	859 012	232 639	626 372	421 305	205 068	190 478	14 590	1 038 330	125 004	913 326	724 197	189 129	113 847	75 282
2017 März	887 996	232 783	655 213	438 025	217 189	202 812	14 377	1 068 018	128 102	939 916	743 702	196 214	121 734	74 480
2017 April	865 284	220 261	645 023	433 894	211 129	196 599	14 530	1 046 681	121 736	924 945	733 161	191 785	117 084	74 700
<b>Industrieländer <sup>1)</sup></b>														
2013	697 475	278 723	418 753	296 675	122 077	108 620	13 458	852 420	143 577	708 843	594 623	114 220	79 543	34 676
2014	733 191	274 660	458 531	330 034	128 497	115 398	13 099	869 392	153 412	715 980	595 396	120 583	85 122	35 461
2015	761 648	261 267	500 381	368 033	132 348	119 309	13 038	906 968	145 136	761 832	635 205	126 627	90 716	35 911
2016	748 340	237 789	510 551	371 663	138 888	126 211	12 677	931 963	124 504	807 460	674 402	133 058	95 933	37 125
2016 Nov.	768 273	249 439	518 834	379 053	139 781	126 442	13 338	936 319	123 939	812 380	682 507	129 873	92 688	37 185
2016 Dez.	748 340	237 789	510 551	371 663	138 888	126 211	12 677	931 963	124 504	807 460	674 402	133 058	95 933	37 125
2017 Jan.	752 958	235 258	517 700	380 068	137 632	125 029	12 604	936 221	120 397	815 824	689 166	126 659	89 129	37 530
2017 Febr.	747 595	228 425	519 170	377 934	141 236	128 239	12 997	943 381	121 211	822 170	689 721	132 448	94 191	38 257
2017 März	771 527	228 776	542 751	391 878	150 873	138 047	12 826	973 574	123 684	849 890	710 107	139 783	101 848	37 935
2017 April	747 939	216 451	531 487	386 638	144 849	131 908	12 941	952 246	117 820	834 426	699 929	134 497	96 586	37 911
<b>EU-Länder <sup>1)</sup></b>														
2013	589 286	264 271	325 014	237 949	87 066	76 539	10 527	713 044	129 044	583 999	504 337	79 663	53 340	26 323
2014	617 489	259 516	357 973	266 777	91 196	80 585	10 611	724 674	138 894	585 780	502 054	83 726	56 580	27 147
2015	626 482	243 139	383 344	289 190	94 153	83 665	10 488	743 011	134 564	608 448	524 316	84 132	58 384	25 748
2016	605 613	219 938	385 675	288 730	96 945	86 930	10 016	757 649	114 258	643 390	555 414	87 976	61 160	26 817
2016 Nov.	625 614	230 963	394 651	295 122	99 529	88 970	10 559	761 902	113 900	648 002	560 271	87 731	61 015	26 716
2016 Dez.	605 613	219 938	385 675	288 730	96 945	86 930	10 016	757 649	114 258	643 390	555 414	87 976	61 160	26 817
2017 Jan.	609 464	217 258	392 206	294 482	97 723	87 860	9 863	761 687	107 975	653 712	567 612	86 100	58 805	27 295
2017 Febr.	605 236	210 465	394 771	293 345	101 426	91 179	10 248	767 240	110 276	656 963	567 253	89 710	62 133	27 577
2017 März	618 618	209 900	408 718	301 027	107 691	97 616	10 075	793 285	109 512	683 773	588 420	95 353	68 002	27 351
2017 April	597 091	197 169	399 922	297 542	102 380	92 116	10 265	780 262	107 422	672 841	581 524	91 317	64 010	27 307
<b>darunter: Euroraum <sup>2)</sup></b>														
2013	428 179	197 430	230 749	174 605	56 143	49 968	6 175	603 366	101 722	501 645	448 142	53 502	36 671	16 832
2014	456 469	204 043	252 426	194 207	58 219	51 999	6 220	606 525	107 694	498 831	444 401	54 430	37 498	16 932
2015	465 919	195 751	270 168	208 862	61 305	54 730	6 575	598 884	93 947	504 937	452 298	52 639	37 994	14 644
2016	445 368	167 575	277 794	213 498	64 295	57 575	6 721	609 399	75 639	533 760	477 891	55 869	41 068	14 801
2016 Nov.	455 203	177 147	278 057	213 176	64 880	58 238	6 642	615 201	80 742	534 459	479 132	55 327	40 611	14 716
2016 Dez.	445 368	167 575	277 794	213 498	64 295	57 575	6 721	609 399	75 639	533 760	477 891	55 869	41 068	14 801
2017 Jan.	444 996	165 652	279 345	214 462	64 882	58 182	6 700	613 663	73 752	539 911	485 880	54 031	39 036	14 995
2017 Febr.	443 805	161 817	281 989	215 485	66 504	59 343	7 161	622 955	77 170	545 785	488 796	56 989	41 686	15 303
2017 März	449 986	158 004	291 982	221 726	70 256	63 246	7 010	638 661	72 629	566 032	504 951	61 081	45 743	15 338
2017 April	437 462	149 167	288 294	220 905	67 389	60 219	7 170	631 196	70 355	560 841	501 602	59 239	43 961	15 279
<b>Schwellen- und Entwicklungsländer <sup>3)</sup></b>														
2013	89 826	3 303	86 523	28 937	57 586	55 829	1 757	86 829	1 307	85 522	37 487	48 035	15 755	32 280
2014	100 400	4 849	95 551	35 193	60 358	58 659	1 699	90 439	1 153	89 285	40 931	48 354	17 003	31 352
2015	104 276	3 094	101 182	41 825	59 358	57 908	1 450	91 912	947	90 964	36 908	54 057	18 346	35 711
2016	106 063	2 647	103 416	41 192	62 224	60 727	1 497	90 708	1 401	89 307	34 132	55 175	19 875	35 300
2016 Nov.	105 996	2 791	103 205	41 200	62 005	60 481	1 524	90 431	1 252	89 178	33 850	55 328	17 875	37 453
2016 Dez.	106 063	2 647	103 416	41 192	62 224	60 727	1 497	90 708	1 401	89 307	34 132	55 175	19 875	35 300
2017 Jan.	107 458	2 600	104 858	42 799	62 059	60 441	1 618	89 304	1 382	87 922	33 872	54 050	18 681	35 369
2017 Febr.	110 007	2 942	107 064	43 359	63 705	62 113	1 593	92 355	1 446	90 909	34 276	56 633	19 625	37 008
2017 März	115 050	2 761	112 289	46 112	66 177	64 627	1 551	91 237	1 457	89 780	33 396	56 384	19 857	36 527
2017 April	115 359	2 537	112 822	46 690	66 131	64 542	1 589	91 855	1 613	90 242	33 003	57 238	20 464	36 774

\* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleich-

bar. **1** Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. **2** Ab Januar 2014 einschl. Lettland; ab Januar 2015 einschl. Litauen. **3** Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Juni 2013 einschl. Kroatien. **r** Berichtigt.

## XII. Außenwirtschaft

### 10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen \*)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,2556	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2016 Juni	1,5173	7,4023	7,4371	118,45	1,4477	9,3278	9,3338	1,0894	1,1229	0,79049
Juli	1,4694	7,3910	7,4390	115,25	1,4428	9,3690	9,4742	1,0867	1,1069	0,84106
Aug.	1,4690	7,4537	7,4408	113,49	1,4557	9,3030	9,4913	1,0881	1,1212	0,85521
Sept.	1,4768	7,4819	7,4475	114,22	1,4677	9,1971	9,5655	1,0919	1,1212	0,85228
Okt.	1,4470	7,4198	7,4402	114,47	1,4594	9,0009	9,7073	1,0887	1,1026	0,89390
Nov.	1,4331	7,3883	7,4406	116,93	1,4519	9,0807	9,8508	1,0758	1,0799	0,86894
Dez.	1,4356	7,2983	7,4362	122,39	1,4070	9,0252	9,7095	1,0750	1,0543	0,84441
2017 Jan.	1,4252	7,3189	7,4355	122,14	1,4032	8,9990	9,5110	1,0714	1,0614	0,86100
Febr.	1,3886	7,3143	7,4348	120,17	1,3942	8,8603	9,4762	1,0660	1,0643	0,85273
März	1,4018	7,3692	7,4356	120,68	1,4306	9,0919	9,5279	1,0706	1,0685	0,86560
April	1,4241	7,3892	7,4376	118,29	1,4408	9,1993	9,5941	1,0727	1,0723	0,84824
Mai	1,4878	7,6130	7,4400	124,09	1,5041	9,4001	9,7097	1,0904	1,1058	0,85554

\* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beihft 5 Devisenkursstatistik.

1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

### 11. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

## XII. Außenwirtschaft

### 12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft \*)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft															
	EWK-19 1)		EWK-38 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)						auf Basis der Verbraucherpreisindizes									
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 4)	26 ausgewählte Industrieländer 5)			37 Länder 6)	26 ausgewählte Industrieländer 5)	37 Länder 6)	56 Länder 7)							
							insgesamt	Euro-Länder	Nicht-Euro-Länder											
1999	96,3	96,0	96,1	96,0	96,5	95,8	97,8	99,5	95,8	97,6	98,2	98,0	97,7							
2000	87,1	86,5	85,9	85,2	87,9	85,8	91,7	97,3	85,1	90,7	92,9	91,9	90,9							
2001	87,8	87,1	86,5	86,1	90,5	86,9	91,5	96,3	85,9	90,0	92,9	91,4	90,8							
2002	90,1	90,2	89,5	89,5	95,0	90,5	92,2	95,4	88,5	90,5	93,5	91,9	91,7							
2003	100,7	101,3	100,4	100,7	106,9	101,4	95,6	94,5	97,6	94,7	97,1	96,5	96,7							
2004	104,5	105,0	103,3	104,2	111,5	105,1	95,8	93,2	99,9	95,0	98,5	98,0	98,3							
2005	102,9	103,5	101,2	102,3	109,5	102,5	94,7	91,9	99,0	92,8	98,5	96,9	96,6							
2006	102,8	103,5	100,4	101,1	109,4	101,8	93,5	90,3	98,4	91,1	98,6	96,5	95,8							
2007	106,3	106,2	102,3	103,4	112,9	103,8	94,4	89,4	102,4	91,3	100,9	97,9	97,0							
2008	109,4	108,3	103,7	106,7	117,1	105,8	94,5	88,0	105,4	90,4	102,2	97,8	97,1							
2009	110,8	109,0	104,5	111,5	120,0	106,8	94,7	88,8	104,6	91,0	101,8	98,0	97,5							
2010	103,6	101,3	96,2	103,5	111,5	97,8	92,2	88,5	98,2	87,1	98,8	93,6	92,0							
2011	103,3	100,2	94,1	102,0	112,2	97,2	91,8	88,2	97,6	86,2	98,2	92,8	91,3							
2012	97,6	95,0	88,6	95,9	107,0	92,4	90,0	88,2	92,6	83,6	95,9	89,8	88,3							
2013	101,2	98,2	91,7	98,9	111,9	95,5	92,4	88,7	98,4	85,6	98,3	91,6	90,2							
2014	101,8	97,9	91,9	100,0	114,7	96,1	93,2	89,6	98,9	86,4	98,5	91,8	91,0							
2015	92,4	88,4	83,6	89,6	106,5	p)	87,8	90,7	90,6	90,6	82,9	94,7	86,9	p)	86,3					
2016	94,8	90,1	p)	85,7	p)	90,6	110,4	p)	90,0	91,5	91,2	91,8	84,2	p)	95,2	p)	87,8	p)	87,4	
2014 Juni	102,7	98,7			115,1	96,5						98,7	92,3	91,2						
Juli	102,3	98,2			114,7	95,9						98,7	92,2	91,1						
Aug.	101,5	97,5	91,1	99,4	114,0	95,3	92,9	89,6	98,1	86,1	98,4	91,8	90,7							
Sept.	99,9	95,9			112,3	93,9					98,0	91,0	89,9							
Okt.	99,1	95,0			111,8	93,2					97,6	90,4	89,4							
Nov.	99,0	94,9	89,5	97,3	111,9	93,2	92,7	89,9	97,0	85,4	97,7	90,3	89,5							
Dez.	99,0	94,8			113,1	93,9					97,6	90,3	89,8							
2015 Jan.	95,2	91,0			108,9	90,1					95,7	88,2	87,5							
Febr.	93,3	89,5	84,1	91,3	107,0	88,7	90,7	90,4	91,0	82,9	95,3	87,6	86,9							
März	90,6	86,9			103,8	85,9					94,2	86,1	85,2							
April	89,7	86,1			102,4	84,7					94,0	85,7	84,5							
Mai	91,6	87,8	82,4	88,3	104,7	86,5	90,3	90,5	89,8	82,3	94,6	86,6	85,6							
Juni	92,3	88,5			106,0	87,6					94,7	86,9	86,1							
Juli	91,3	87,5			105,1	86,6					94,3	86,3	85,6							
Aug.	93,0	88,9	83,9	89,7	108,1	88,9	90,9	90,7	90,9	83,1	94,9	87,2	87,0							
Sept.	93,8	89,7			109,6	90,1					95,1	87,6	87,7							
Okt.	93,6	89,6			109,0	89,6					95,1	87,6	87,4							
Nov.	91,1	87,1	84,1	89,3	106,0	p)	86,9	90,9	90,9	90,8	83,3	94,1	86,3	p)	85,9					
Dez.	92,5	88,3			108,0	p)	88,4				94,3	86,7	p)	86,5						
2016 Jan.	93,6	89,1	p)	85,5	p)	90,5	109,9	p)	89,5		94,5	87,1	p)	87,3						
Febr.	94,7	90,0	p)	85,5	p)	90,5	111,3	p)	90,9	91,5	91,2	91,6	84,1	95,0	87,6	p)	87,7			
März	94,1	89,5			110,0	p)	89,9				95,0	87,4	p)	87,3						
April	94,8	90,1			110,6	p)	90,2				95,3	87,8	p)	87,5						
Mai	95,1	90,5	p)	85,9	p)	90,8	111,1	p)	90,7	91,5	91,2	91,7	84,4	95,2	88,1	p)	87,9			
Juni	94,7	90,3			110,5	p)	90,3				94,9	87,8	p)	87,5						
Juli	94,9	90,4			110,2	p)	89,9				95,2	87,9	p)	87,3						
Aug.	95,2	90,6	p)	86,0	p)	90,6	110,6	p)	90,2	91,6	91,1	92,1	84,3	95,4	88,0	p)	87,5			
Sept.	95,4	90,7			110,9	p)	90,3				95,5	88,0	p)	87,6						
Okt.	95,5	90,8			110,6	p)	90,1				95,8	88,2	p)	87,5						
Nov.	95,0	90,2	p)	85,6	p)	90,3	110,3	p)	89,7	91,5	91,1	91,9	84,1	95,2	87,7	p)	87,1			
Dez.	94,2	89,6			109,2	p)	88,9				p)	95,2	p)	87,7	p)	87,0				
2017 Jan.	94,4	89,8			109,7	p)	89,1				p)	95,1	p)	87,5	p)	86,8				
Febr.	93,9	89,5			108,8	p)	88,5	p)	91,1	p)	90,9	91,1	p)	83,4	p)	94,9	p)	87,4	p)	86,5
März	94,4	89,8			109,2	p)	88,6				p)	95,1	p)	87,5	p)	86,5				
April	94,1	89,6			108,8	p)	88,3				p)	94,9	p)	87,4	p)	86,3				
Mai	96,0	91,2			111,1	p)	89,9				p)	95,8	p)	88,3	p)	87,4				

\* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und August 2015, S. 42 ff.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.eu). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitts der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die Schätzungen berücksichtigt. 3 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasi-

lien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 Für Argentinien liegen aufgrund des am 7. Januar 2016 von der Regierung ausgerufenen Notstands im nationalen Statistiksystem derzeit keine Verbraucherpreisindizes vor. Aus diesem Grund fällt Argentinien seit Februar 2016 aus dieser Berechnung heraus. Über das weitere Vorgehen mit Blick auf die Einbeziehung Argentiniens wird in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung entschieden werden. 5 Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 6 Euro-Länder (siehe Fußnote 5) sowie Länder der EWK-19-Gruppe. 7 Euro-Länder sowie Länder der EWK-38-Gruppe (siehe Fußnote 2).

# Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem stehen aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken im Internet bereit.

## ■ Geschäftsbericht

- Globalisierung und die Transmission globaler finanzieller Schocks in die EWU-Mitgliedstaaten – Folgen für die (nationale) Wirtschaftspolitik
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2015

## ■ Finanzstabilitätsbericht

## ■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2016 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2017 beigefügte Verzeichnis.

### Oktober 2016

- Gemeindefinanzen: Entwicklung und ausgewählte Aspekte
- Bedeutung und Wirkung des Hochfrequenzhandels am deutschen Kapitalmarkt

## Aufsätze im Monatsbericht

### November 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2016

### Juli 2016

- Entwicklungen im Bank Lending Survey seit Beginn der Finanzkrise
- Ansatzpunkte zur Bewältigung von Staatsschuldenkrisen im Euro-Raum
- Abwicklung und Restrukturierung von Banken – Die neuen Mindestanforderungen TLAC und MREL

### Dezember 2016

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Ausblick auf das Jahr 2019
- Lohndynamik bei hoher Arbeitslosigkeit im Euro-Raum
- Ertragslage und Finanzungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2015

### August 2016

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2016

### Januar 2017

- Anleihekäufe des Eurosystems und der Wechselkurs des Euro

### September 2016

- Verteilungseffekte der Geldpolitik

- Zur jüngeren Entwicklung der Verschuldung des nichtfinanziellen Privatsektors in ausgewählten Ländern des Euro-Raums.

#### Februar 2017

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2016/2017

#### März 2017

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2016
- Zur Konjunkturbereinigung der Länder im Rahmen der Schuldenbremse

#### April 2017

- Die Rolle von Banken, Nichtbanken und Zentralbank im Geldschöpfungsprozess
- Demografischer Wandel, Zuwanderung und das Produktionspotenzial der deutschen Wirtschaft

#### Mai 2017

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2017

#### Juni 2017

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Ausblick auf das Jahr 2019
- Zur Ausgestaltung und Umsetzung der europäischen Fiskalregeln

## Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik <sup>1)</sup>
- 2 Kapitalmarktstatistik <sup>1)</sup>
- 3 Zahlungsbilanzstatistik <sup>1)</sup>
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen <sup>1)</sup>
- 5 Devisenkursstatistik

## Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 <sup>2)</sup>

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 <sup>2)</sup>

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 <sup>2)</sup>

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 <sup>2)</sup>

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 <sup>2)</sup>

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 <sup>2)</sup>

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

## ■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2017<sup>3)</sup>
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2017<sup>2)3)</sup>
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013<sup>2)3)</sup>
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2011 bis 2016, Mai 2017<sup>3)</sup>
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2013, Mai 2015<sup>3)</sup>
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2012 bis 2013, Mai 2017<sup>2)3)</sup>
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990<sup>o)</sup>
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2017<sup>1)</sup>
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011<sup>2)</sup>

## ■ Diskussionspapiere<sup>\*)</sup>

- 08/2017  
 The effects of US monetary policy shocks: applying external instrument identification to a dynamic factor model
- 09/2017  
 Drivers of systemic risk: Do national and European perspectives differ?
- 10/2017  
 Interest rate risk of life insurers – evidence from accounting data
- 11/2017  
 Growth expectations, undue optimism, and short-run fluctuations
- 12/2017  
 Chow-Lin X N: how adding a panel dimension can improve accuracy
- 13/2017  
 Asymmetric arbitrage trading on offshore and onshore renminbi markets
- 14/2017  
 The effect of investing abroad on investment at home: On the role of technology, tax savings, and internal capital markets
- 15/2017  
 M-PRESS-CreditRisk: A holistic micro- and macroprudential approach to capital requirements
- 16/2017  
 CDS and credit: Testing the small bang theory of the financial universe with micro data
- 17/2017  
 Financial crises and the dynamic linkages between stock and bond returns

---

<sup>o)</sup> Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.  
<sup>\*</sup> Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.  
 Weitere Anmerkungen siehe S. 86\*.

## ■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 <sup>2)</sup>

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 <sup>2)</sup>

---

**1** Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

**2** Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

**3** Nur im Internet verfügbar.